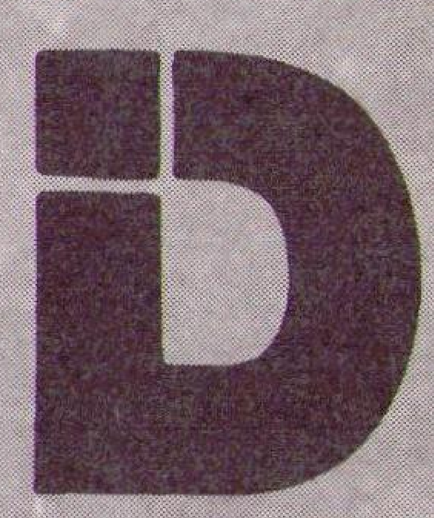
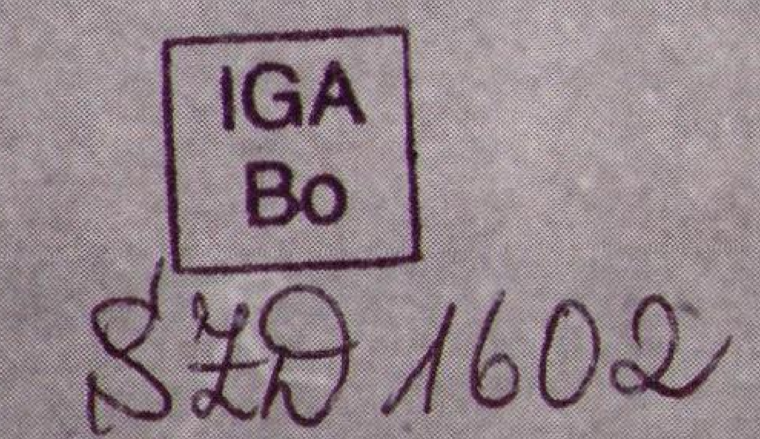
Informations-Dienst
zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



ERSCHEINT WÖCHENTLICH Nr. 266 27. Januar 1979 1,50 DM incl. 6% Mwst. D 1870 CX

Redaktionsschluß: Donnerstag 16 Uhr
Postanschrift: Postfach 900 343, 6000 Frankfurt 90
Telefon: 0611 / 70 43 52
Druck: Druckladen GmbH, Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt



DER SCHAH IST DA!

Friedland,
25. Januar 1979

Nun ist er da, endlich. Wie wir soeben - kurz vor Redaktionsschluß erfahren , ist der Schah von Persien heute abend zusammen mit seiner Frau Farah, seinen Kindern, einer Erbtante und 25 Palasthündchen im Auffanglager Friedland eingetroffen.. Schwestern des Deutschen Roten Kreuzes überreichten ihm und seinem Gefolge zur Begrüßung einen Satz warmer Decken.

NOCH FREI: AUSLANDSSTIPENDIEN

WIESBADEN
23.Januar

Die ZIS (Europäische Organisation für Reisestudienstpiendien) sucht noch Bewerber für 500,- Stipendien für die Sommerferien. Bedingungen: allein reisen, Alter 17-22 , ein Thema im Ausland recherchieren. Nähere Infos dazu gibt's bei mir. Wichtig ist, daß Anfragen bei mir bald eingehen sollten, da die endgültigen Bewerbungen bis zum 15.2. vorliegen sollten (oder zumindest bis zum 15.2. das genaue Thema der Reise feststehen muß).

Kontakt: **Klaus Neumann, Körnerstraße 6, 2.HH in 6200 Wiesbaden**

MARIJUANA-ZUCHTBUCH NICHT JUGENDGEFÄHRDEND

NÜRNBERG
Januar '79

Im Mai 1978 stellte das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung von Baden-Württemberg einen Antrag bei der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften, das Buch „Marijuana Growers Guide" auf die Liste für jugendgefährdende Schriften zu setzen. Mitte Dezember wurde der Antrag ohne Gründe zurückgenommen. Das Buch erscheint also weiterhin im Volksverlag, 8531 Jobstgreuth 12, Tel. 09846/ 397.

ZIVILDIENSTLEISTENDE GESUCHT !

SCHOPFLOCH
16. Januar

Das Rehabilitationszentrum für psychisch Erkrankte ist eine sozialtherapeutische Einrichtung mit Werkstatt und Wohngruppen:

Wir sind ein Rehabilitationswohnheim für ca. 35 psychisch Kranke. Wir suchen baldmöglichst Zivildienstleistende für eigenverantwortliche Arbeiten in der Betreuung der Klienten. Interessenten wenden sich bitte an: **Reha-Wohnheim „Pfulb", z.H. Jörg Sauter, Am Sommerberg, 7318 Lenningen-Schopfloch/Alb, Tel. 07026/ 2192.**

POLIZEIMASSNAHMEN – POLIZEIENTWICKLUNG – POLIZEIGESETZGEBUNG

MAINZ
Januar '79

Am 10. und 11. Februar findet in Mainz im Haus der Ev. Studentengemeinde, Am Gonsenheimer Spieß 1, eine Arbeitstagung zu obiger Thematik statt. Hierzu gibt es Arbeitsmappen gegen Entgelt, die Veranstaltung kostet auch Geld und anmelden bzw. weitere Informationen bekommt ihr über:

Clemens Rothkegel, Böckstr. 39, 1000 Berlin 61 oder Ekkehard Waldaestel, Dahlmannstr. 10, 6ooo Frankfurt 60.



BEIDE AUFNAHMEN WURDEN AUF DEM PLATZ DES HIMMLISCHEN FEELINGS GEMACHT



Ein Zug voll Coke für China

HONGKONG, 23. Januar (dpa/UPI). Für China bricht am heutigen Mittwoch das Coca-Cola-Zeitalter an, nachdem am Dienstag die ersten 500 000 Flaschen des Getränkes in der britischen Kronkolonie Hongkong auf einen Zug geladen worden sind, der in Richtung Kanton und Schanghai fährt. Ein Teil der Ladung ist für die Hauptstadt Peking bestimmt. Damit werden die Chinesen nach 30 Jahren zum erstenmal wieder ein ausländisches Erfrischungsgetränk trinken können. Denn bereits zwischen 1928 und 1949 gab es in China Coca-Cola zu kaufen.

LÜRIK UND KRITIK

MÜNCHEN
16. Januar

Schreibt ihr Gedichte über eure Arbeitssituation, eure politischen Erfahrungen, eure persönliche Lebenssituation? Wir wollen eine politisch bzw. gesellschaftskritisch orientierte Lyrikzeitschrift herausgeben und würden gern eure Gedichte veröffentlichen:
Manuskripte an Der Landbote, Wörthstr. 24, 8000 München 80.

WIE EIN BUCH ÜBER DIE ALTERNATIVPRESSE ENTSTEHT

OLDENBURG
10. Januar

Auf dem letzten Treffen der Alternativpresse in Braunschweig wurde es allgemein begrüßt, ein Buch über die Alternativpresse zusammenzustellen. Die Koordination dieses Unternehmens hat der Rainer vom Oldenburger ‚Nordwind' übernommen. Nun steht er einsam und verlassen im Wind, denn die vielen Zeitungsleute sind dem Aufruf nicht gefolgt, oder sie haben einfach Exemplare ihrer fantastischen Druckwerke an den Rainer geschickt, der dann Texte dazu machen sollte. Eigentlich war aber an Selbstdarstellungen gedacht, exemplarische Artikel, schöne Fotos und gute Zeichnungen — nicht an einen Katalog. In einem Brief schreibt Rainer:

„Bilder, Lay Out, Länge, Viel, Wenig, Bunt Eintönig, Spannend, Fotos, Comics, Langweilig, Technik, Quer, Kreuz, Silbrig, Laut, Gassen, Wege, Tunnel — jede und jeder solls machen, wie sie und er es meinen — ich stelle mir inzwischen ein buntes Kaleidoskop (was ist das eigentlich?) vor, ein Buch, das mensch hier und da aufschlagen kann und überall mal ein bißchen lesen, bekucken, sich wundern, ahahen, belernen. Das bedeutet, und setzt voraus, daß hier keinerlei Zensur, Kürzung, Umarbeit... stattfinden wird. Ausnahmen: wenns direkt von den Schreibern gewünscht wird. Und: wichtig finde ich Berichte über Zeitungen, die kaputt gegangen sind! Wenn sich da wer aufraffen könnte von denen, die aufgehört haben! Also Leute, macht mal, schreibt eure Beiträge, so noch nicht geschehen und laßt sie herexpedieren, wie ist mir egal, z.B. mit Hilfe der Bundespost. viele liebe grüße aus dem Norden und vielleicht sehen wir uns bald mal, wär doch schön, Rainer.

NORDWIND, Rainer Künsken, Johann Justus Weg 92c bei Trüg, 2900 Oldenburg, Tel. 0441-63254.

„WECHSELWIRKUNG"

BERLIN
Januar '78

Mit der soeben erschienen Nullnummer der WECHSELWIRKUNG wird die Herausgabe einer Vierteljahreszeitschrift begonnen, die sich zum Ziel setzt, die politische Diskussion unter Naturwissenschaftlern, Technikern und Ingenieuren in der BRD über ihre Arbeitsinhalte und -konflikte zu verbreitern und zu intensivieren. WECHSELWIRKUNG wendet sich an alle, die in Ausbildung, Hochschule, Industrie und Forschung im naturwissenschaftlich-technischen Bereich tätig sind.

Die Themen der Nullnummer: Soziale Auswirkungen neuer Technologien — Mikroprozessoren, Bürorationalisierung, neue Technologien im Druckgewerbe, Arbeitskampf bei Lucas Aerospace in England — Genmanipulation, Frauen in Naturwissenschaft und Technik, Entlassung bei der KWU-Offenbach, Streik iranischer Ingenieure bei der KWU, Aktionskreis Leben, Rezensionen, Vorstellung von Projekten, Nachrichten.

Die Nullnummer mit einem Umfang von 60 Seiten kann für DM 5,— über **Reinhard Behnisch, Hauptstraße 31, 1000 Berlin 62** bezogen werden.

BEITRÄGE FÜR SCHWULENZEITUNG GESUCHT

Die Schwule Aktion Bremen, Postfach 101643, 28 Bremen ruft auf, für folgende Themenschwerpunkte in der ROSA (Schwulenzeitung) Beiträge zu schicken über: Schwule leben!, Schwule und Alter, Schwule und Medien'!



WDR 3: ABGESETZTER SCHWULENFILM LÄUFT AM 30.JANUAR

BIELEFELD
25.Januar

Im Dezember '78 setzte der WDR den Film „Schauplatz: Gerichtstraße — Schwulengruppe in Bielefeld" kurzfristig aus angeblich „aktuellem Anlaß" ab. Ein neuer Sendetermin wurde nicht genannt. Einen Monat lang blieb der WDR — trotz zahlreicher Anfragen und Proteste von Organisationen und Einzelpersonen — stumm. Offenbar aufgrund dieser Reaktionen wurde nun aber doch ein neuer Sendetermin bekanntgegeben:
Dienstag, der 30.Januar um 20.15 Uhr im Dritten Programm.

PALÄSTINA-WOCHE

FRANKFURT
24. JANUAR

Der palästinensische Studentenverband und das Palästina-komitee laden am Mittwoch, 31. Januar, 19. Uhr, zu einer Veranstaltung in die Frankfurter Universität (Hörsaal I oder VI) ein. PLO-Vertreter berichten über die aktuelle Lage in Palästina und im Iran.

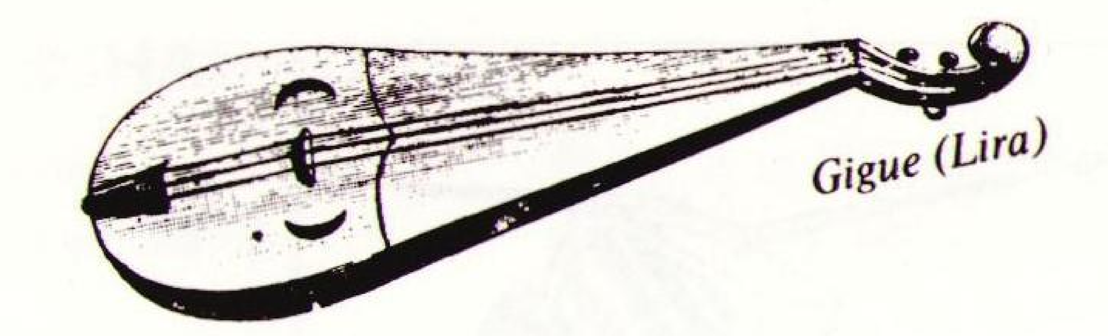
Am 2. Februar wird ab 19.00 Uhr im Studentenhaus über politische Gefangene in Israel diskutiert. Ein Palästina-Fest beginnt am 4. Februar um 15. Uhr im Volksbildungsheim (Tanz, Theater, Folklore, Film).

Kontakt: Palästina-Komitee, c/o Gernot Zingelmann, Postfach 180 445, 6000 Frankfurt

DOKUMENTATION ÜBER PETER KLAAS

MAINTAL
Januar '79

Der Lehrer Peter Klaas, Zwei-Drittel-Lehrer an der Integrierten Gesamtschule in Maintal 2, wurde fristlos entlassen, weil er mit seiner Schulklasse (8c) einen Gerichtsprozeß besuchte, in dem fünf KBWler angeklagt waren. In der Kommunistischen Volkszeitung war Bundesarbeitsminister Ehrenberg als „Schreibtischmörder" bezeichnet worden (im Zusammenhang mit dem Kostendämpfungsgesetz fürs Gesundheitswesen). Klaas behandelte im Unterricht die Stellen- und Bettenstreichungen an den Frankfurter Universitätskliniken. Die Schulgruppe der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Maintal 2 hat eine Dokumentation zu dem Fall herausgegeben.
Kontakt: GEW-Schulgruppe, IGS, 6457 Maintal 2

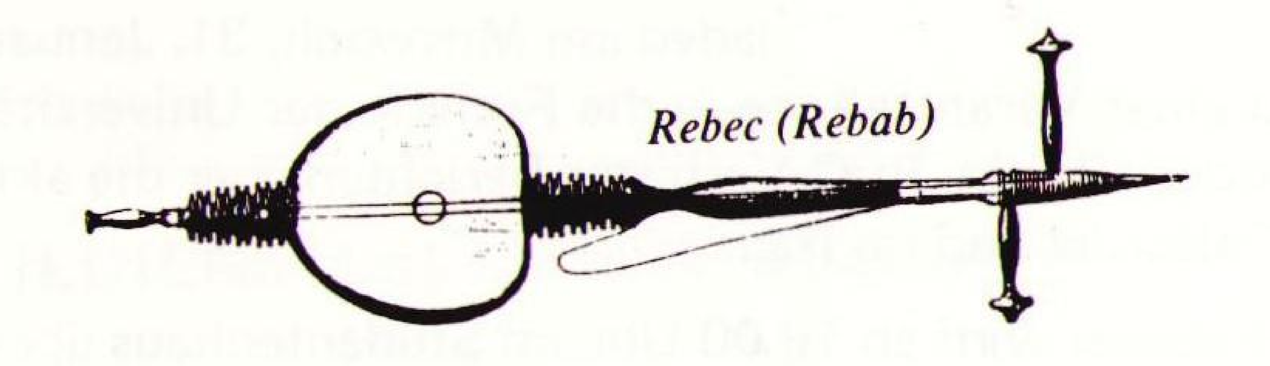


Briefe und Anregungen

UND DANN GEHTS NACH BONN AUF!...

Koblenz *Zum Marsch auf Bonn, den Klaus der Geiger mit vielen anderen Leuten zusammen im Frühjahr nach Bonn machen will* (siehe ID 251/253/255), *kommt aus Koblenz ein Brief:*

Noch was zum Vorschlag, nach Bonn zu marschieren: Alle Leute, die aus dem Süden anmarschiert kommen, müssen ja wohl oder übel hier durch Koblenz. Um der ganzen Aktion noch etwas mehr Attraktivität zu geben, könnten wir in Koblenz ein riesiges Festival am Gründonnerstag am malerischen "Deutschen Eck" veranstalten. Anschließend könnten wir geschlossen zu den Rheinwiesen laufen (etwa 5 Kilometer über die längste Rheinpromenade Westdeutschlands). Dort unser Lager aufschlagen und dann am Karfreitag unseren Weg nach Norden fortsetzen. Nach ein paar Kilometern kämen wir dann am im Bau befindlichen Atomkraftwerk Mülheim-Kärlich vorbei. Und wenn wir schon genügend Leute sind, könnten wir zur Abwechslung und Auffrischung unserer inneren Energien ein kleines Aktiv-Festival abhalten. Kleine Verzögerungen eingerechnet könnten wir dann bequem bis Samstagabend in Bonn sein. Musiker und Theaterleute, die Interesse haben, bein Festival am "Deutschen Eck" mitzumachen, möchten sich doch bitte vorher melden.
Also machts gut, bis später, eure Koblenzer.
Kontakt: Koblenzer Blatt, c/o Werner Gölitzer, Lindenallee 28, 54 Koblenz



FORUM ALTERNATIV
Postfach 45
1231 Wien

Wien, 5. Januar 79

Lieber Klaus!

Weltabgeschieden, wie wir hier leben, erfahren wir aus dem II vom 4. November 78, daß sich so viele Menschen über deinen Vorschlag freuen und Vorschläge machen. Leider kennen wir deinen Vorschlag überhaupt nicht. Handelt es sich um einen S ziergang von Passau nach Bonn, sobald der Schnee geapert (ve harscht) ist? Vor allem wissen wir nicht, warum du gerade na Bonn willst. Wenn das Ziel nicht fix ist, haben wir einen ande Vorschlag: Nämlich, daß das Ziel Wien ist, wo so viele liebe M schen noch immer innig und lieb an dich denken.

Die Begründung unseres Vorschlags ist allerdings etwas umstä lich: Es findet nämlich in Wien vom 20. bis 31. August 79 eine riesige UNO-Konferenz statt, zu der von offizieller Seite 8000 Leute (nicht Menschen!!!) erwartet werden. Wiens Stadtväter platzen schon jetzt vor Stolz und die UNO-Bonzen sind jetzt schon geil aufs Wiener Nachtleben (das es hier eh nicht gibt). Die UNO-City wird eröffnet werden und die Kronenzeitung w diesen Mumienzauber mit dem Wiener Kongreß von 1815 vergleichen. Damals wurde nach dem Sieg über Napoleon Europa neu verteilt. Diesmal gehts um die Aufteilung der Technik in (ganzen Welt.

Die UNO-Konferenz handelt über Wissenschaft und Technik im Dienste der Entwicklung. Im Großen und Ganzen geht es um die Industrialisierung der Dritten Welt und den Transfer der Technik dorthin selbst. Ein trauriges Kapitel! Es wird so sein, daß die Regierungen der Dritten Welt die Unabhängigkeit von den Industrienationen verlangen werden, was ja sehr erfreulich wäre, würden diese Arschlöcher diese Unabhängigkeit nicht dazu benutzen, sich an den Völkern der Dritten Welt dann selbst zu bereichern. Eine schwierige und unerfreuliche Sache. Höchlichst unerschrokken hat sich der Verein „Forum – Alternativ" gebildet, dessen einziges Ziel das Forum-Alternativ ist. Du verstehtst! Forum-Alternativ ist nämlich eine Gegenveranstaltung zur UNO-Konferenz vom 15. bis 31. August 79, auf der alle lieben und guten Menschen, die selbstverständlich von der UNO von vorne herein nicht eingeladen wurden, zeigen werden, wie grauslich und bös diese UNO-Konferenz ist.

Die Sache hat sich schon ganz schön entwickelt: Gerade jetzt zwischen Weihnachten und Neujahr war ein Vorbereitungstreffen in Esslingen, an dem Vertreter aus Norddänemark, Kopenhagen, Christiania, Belgien, Bologna, BRD und Wien teilgenommen haben. Die haben sich allerhand einfallen lassen!

Auf einer Praterwiese werden sie ein Alternativdorf bauen, mit Ausstellungen rundherum über alternative Technik usw. Es wird ganz schön umfangreich, ich mag jetzt gar nicht alles aufzählen. Die Alternativlinge sind aber nur ein Teil. Wir kriegen auch noch zwei Häuser der Begegnung (VHSs) und da ist noch genug Platz um zwei weitere Bereiche unterzubringen. Das wäre nämlich zum einen die Sache mit der großen Technik und den Arbeitern in ihr (eingesperrt sinds!!!) und dann die Sache mit der Dritten Welt. Zum Arbeiterproblem etwas zu formulieren, bin ich im Moment zu krank, oder zu müd, oder zu blöd, aber wie wir das mit der Dritten Welt anpacken wollen, läßt sich mit folgenden vier Punkten anschaulich machen:

1. Das Zentrum für angepaßte Technologie in Karen, Kenya. Es ist für uns besonders wichtig, daß diese Institution bewußt auf den Grundbedürfnissen aufbaut und das Dorf als Einheit nimmt, so daß die Entstehung neuer Hierarchien vermieden werden kann. Diese Dorftechnik greift auf Erfahrungen in Indien, China, Thailand, Tansania und Südamerika zurück. Weiters interessiert uns ein ähnliches Unternehmen in Tansania.

2. Dürregebiete der Sahel-Zone (die geht durch mehrere Länder Afrikas, z.B. durch Äthiopien). Es handelt sich hier um einen der größten ökologischen Kollapse. Die ökologischen und politischen, die ökonomischen und sozialen Zusammenhänge werden dargestellt werden müssen.

3. Persien. Die Entwicklung muß genauestens beobachtet werden.

4. Vertreter der Zeitschrift „Alternativa". Diese Zeitschrift gehört zu den ganz wenigen noch verbliebenen unabhängigen und fortschrittlichen Presseorganen von ganz Südamerika. Der international bekannte Schriftsteller Garcia Marquez, einer der Gründer und Mitherausgeber dieser Zeitschrift, ist bei uns durch den Bestseller „Hundert Jahre Einsamkeit" bekanntgeworden. (Außerdem hat Marquez über den 'Sturm auf den Nationalpalast' in Nicaraguas Hauptstadt Managua geschrieben, nachzulesen in der ersten Nullnummer der 'tageszeitung', ID) Diese Zeitschrift und Marquez selber haben in Kolumbien die Bewegung „Firmes" mitgetragen. Auch das „La Mama"-Theater hat mit Straßenaktionen sich an dieser Bewegung beteiligt.

Natürlich ist es notwendig, und es wird auch so sein, daß das Ganze durch Filme und Video, durch Straßentheater und Umzüge und ein großes Fest im Alternativdorf jedem bis in den Grund seines Herzens und seines Hinterkopfs begreiflich gemacht werden wird, auch uns selbst.

Du siehst also hoffentlich ein, daß es ohne dich nicht geht. Ich weiß nicht, ob du weißt, daß in Wien tatsächlich in den diversesten Kreisen immer wieder von dir gesprochen wird, und es wird im Sommer, wo sich der Arenasommer zum dritten Mal jährt, noch viel mehr von dir gesprochen werden. Solch einen Unfug solltest du selber unterbrechen, indem du einfach erscheinst. Es gibt da nämlich eine zusätzliche glückliche Fügung: Auf diesem Vorbereitungstreffen in Esslingen wurde nämlich

sehr intensiv der Gedanke ventiliert, ob nicht die Christianiter und andere skandinavische Gruppen mit Autobus, Straßensängern und Halli - Hallo durch die Lande nach Wien ziehen (daß ein Autobus nicht zu Fuß geht, wissen wir allerdings), und außerdem gibts in München in der Alltagsschule einen Omnibus, der gegen Atomenergie und für Sanfte Energie ist. Er rastet, wenn er rostet, möchte es aber nicht (Rasten, das Ganze ist etwas kompliziert). Er würde sich also ziemlich freuen, nach Wien zu fahren, zu Fuß gehen kann er nämlich nicht.
Wir fragen uns daher, ob aus solchen Sachen nicht eine gemeinsame Gedeihlichkeit entstehen kann? ! Wir könnten uns das sooo schön vorstellen. Obwohl ein Omnifuß nicht zu Fuß gehen kann, so kann er Zelte, Schlaf-, Ruck- und sonstige Säcke durch die Gegend rollen und Zu-Fuß-Geher müssen nicht schwitzen, weil sie nichts schleppen müssen und so und so. Das wär doch alles recht hübsch.

Laß es dir durch den Kopf gehen, und wenn du prinzipiell eine Möglichkeit siehst, schreib uns schnell, dann kann man sich das Ganze genauer ausdenken.

WIEN – HIEN – HIN !!

Unter diesem Motto verabschieden wir uns sehr herzlich:

Gummi, Mucki, Peter
für Forum - Alternativ



Englische Zugtrompete

Kölner Straßenmusiker

Mainzer Straße 27
5000 Köln 1

Köln, den 15. 1. 79

Liebe Schwestern und Brüder,

es geht das Gerücht um, daß es in Bälde eine große Völkerwanderung geben soll, eine Art Indianermarsch, ein monatelanges Verbrüderungsfest all derer, die es satt haben, ewig von unserem System der Geld- und Machtgier unterdrückt und zum passiven Mitläufertum gezwungen zu werden. Stattdessen wollen wir unsere eigene Kraft, unsere alternativen Vorstellungen sowie unsere Fähigkeiten gemeinschaftlichen Handelns und Lebens während unseren monatelangen Wanderungen auf Richtung Bonn, von allen Himmelsrichtungen herkommend, ausprobieren und stärken. Das Echo auf einen offenen Brief, in dem Klaus der Geiger von den Kölner Straßenmusikern die ganze Sache von ca. einem (zwei) Monat eingehend beschrieben hatte, war sehr stark. Allein schon aus dem Grund lohnt es, sich eingehender Gedanken zu machen über die Verwirklichung dieses Planes.

Unser Vorschlag (von den Kölner Straßenmusikern) sieht so aus, daß sich Kern-Gruppen von Passau, von Freiburg/Br., von Braunschweig/Gorleben/Berlin, von Flensburg aus ganz gemütlich auf den Weg machen in Richtung Bonn, vielleicht mit einem traktorgezogenen Bauwagen dabei fürs Gepäck und fürs Essen, und daß von ortsansässigen Initiativgruppen (möglichst schöne) Lagerplätze sowie 3-4tägige Feste mit viel Umsicht, Liebe, Speis und Trank, Musik und Tanz organisiert werden, die richtige Volksfeste werden und die die Wirkung haben, daß jeweils doppelt soviel Leute weiterziehen, wie angekommen sind, und die 2. kostendeckend sind.

Was wir dann in Bonn machen, das wird uns schon während unserer Deutschland-Tour einfallen.
Es gibt aber mittlerweile schon eine ganze Menge mehr Vorschläge dazu: Die Gukkies aus Hannover haben einen Termin, und zwar Ostern, 13.4. in Bonn, zu dem sie die "kreative Jugend Europas" zu einem Festival daselbst einladen, um aus dieser toten Betonstadt ein riesengroßes Osterei zu machen. Sie schreiben in ihrem Flugblatt: „Kommt alle nach Bonn, zu Fuß, per Fahrrad, mit Pferd oder Esel, mit Hexenbesen oder Raumschiffen, mit Schlitten oder Rollschuhen oder sonstwas, und laßt uns dort der strahlenden Atomregierung ein wunderschönes Plutoniumosterei überreichen, als Ausdruck unseres ungebrochenen Willens gegen die AKWs, das Geld und die Unmenschlichkeit!!!"

Das FORUM-ALTERNATIV aus Wien will wissen, warum wir unbedingt nach Bonn wollen; sie sagen, Wien wär sinnvoller, weil nämlich in Wien am 20. bis 31. August 79 eine riesige Uno-Konferenz stattfindet, "... zu der von offizieller Seite 8000 Leute (nicht Menschen!) erwartet werden. Wiens Stadtväter platzen schon jetzt vor Stolz und die Uno-Bonzen sind schon jetzt geil aufs Wiener Nachtleben. Die Uno-City wird eröffnet werden und die Kronenzeitung wird diesen Mumienzauber mit dem Wiener Kongreß von 1815 vergleichen. Damals wurde nach dem Sieg über Napoleon Europa neu verteilt. Diesmal gehts um die Aufteilung der Technik in der ganzen Welt ...
Es wird so sein, daß die Regierungen der dritten Welt die Unabhängigkeit von den Industrienationen verlangen werden, was sehr erfreulich wäre, würden diese Arschlöcher dieser Unabhängigkeit nicht dazu benutzen, sich an den Völkern der dritten Welt dann selbst zu bereichern.' (Anbei der ganze Brief an den ID mit der Bitte um Veröffentlichung.)

Von etlichen kam der Vorschlag, statt zu Fuß doch besser mit dem Fahrrad die Strecke zu bewältigen. Ein "Rapunzel" aus Köln (Stadt-Revue): "... aber in der vorgeschlagenen Form dürfte das nicht zu machen sein. Aber per Fahrrad, da dürfte das schon eher gehen, und mit entsprechender Vorbereitung.

Ich stelle mir das jedenfalls irre vor, wenn 50 000 Drahtesel durch die Bonner Innenstadt stürmen. Liebe Grüße an euch alle, Rapuntzel."

Hier noch ein Brief aus der Stadt-Revue: „... Fiedel-Klausens Traum vom Langen Marsch ist ja fantastisch, und also etwas utopisch, aber man könnte die Sache mit der Suppe doch mal in Köln quasi als Probelauf starten. Also, ich helf mit organisieren..." (Die Sache mit der Suppe war so, daß jeder von 100 „Indianern" ne Mark gibt und dann kochen wir damit ne Suppe, ne fantastische Suppe für 1000 Leute.)

Über weitere Reaktionen siehe ID 255, 254, 251. (?)

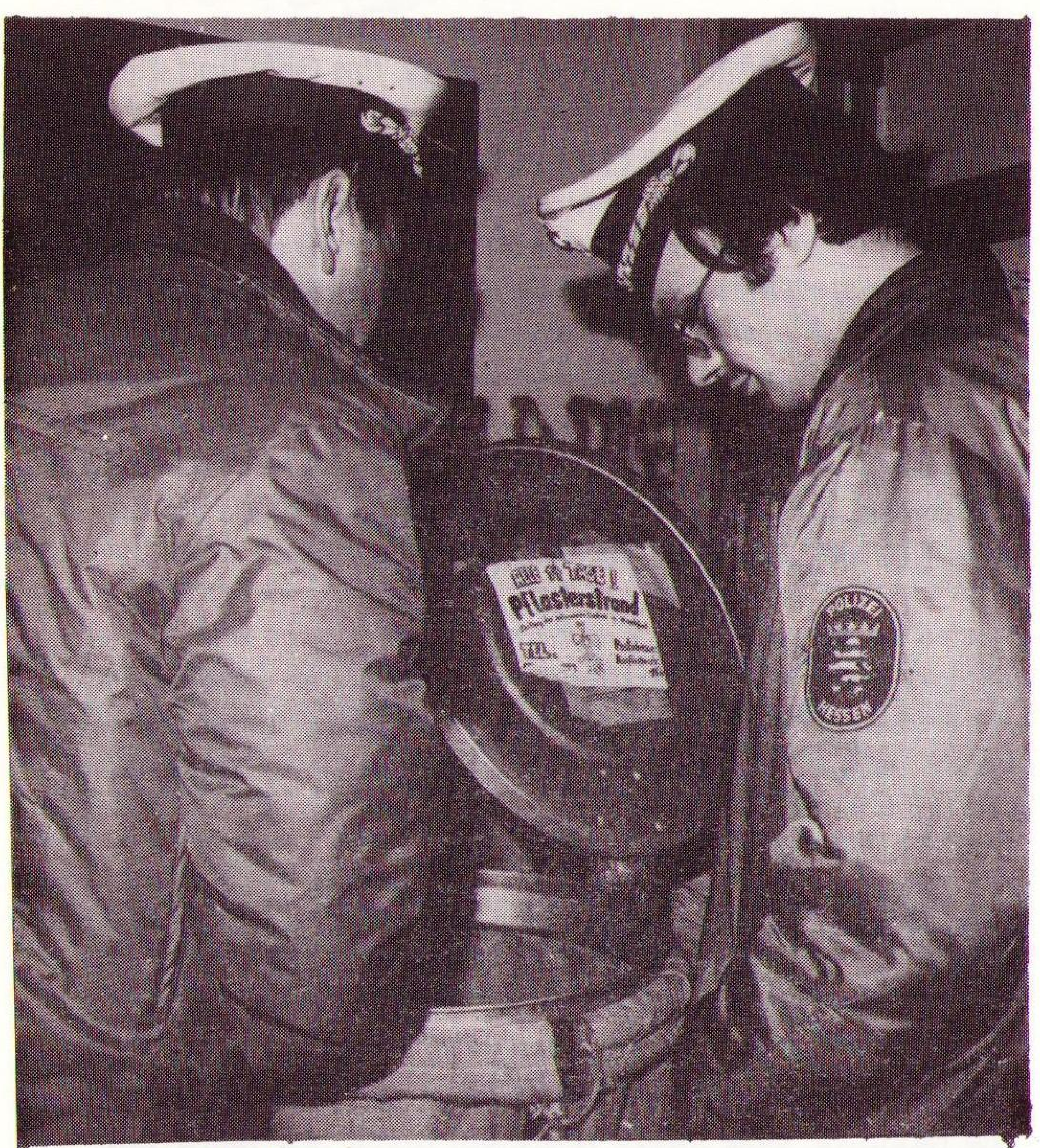
Und hier in diesem Zusammenhang ein Wort von Klaus zu „Klaus dem Geiger": Man hat mir oft gesagt, wenn nicht mein „Klaus der Geiger" unter dem Brief gestanden hätte, würde der ID oder sonst eine Zeitung den Artikel kaum abgedruckt haben. Wenn das stimmt (und ich befürchte, daß es stimmt!), dann bedeutet das nichts weiter, als daß bei uns die Person mehr gilt als die Sache (die gute); also irgendwo ist es wichtiger, wer was sagt, als was gesagt wird. Das ist schlimm, und genau das gehört auch unbedingt zu den Dingen unseres Lebens, die geändert werden müssen, damit wir alle frei und glücklich zusammenleben können.
Also: wer meint, ich wäre zum Führer für unsere Sache auserkoren, den muß ich enttäuschen: Führen tut mich und euch unser eigenes und gleichzeitig gemeinsames Gefühl für diese Sache, und niemand sonst.

Allerdings schlagen wir einen Treff vor, wo wir die Sache ausgiebig besprechen können, und mit dem gewiß nicht einfachen Organisieren anfangen können: Alle Indianer, Guck-in-die-Lufts, und Maulwürfe, Speedfreaks und Weinbergschnecken, alle, die mitmachen und mitorganisieren wollen, sind nach **Köln eingeladen, vom 16.2. bis 18.2. (Freitag bis Sonntag)**. (Vielleicht kriegen wir bis dahin so ein Verbrüderungsfest auf die Beine, wir Kölner hier, und die Sache mit der Suppe wird dann schon mal ausgiebig ausgelöffelt!)

Wir bitten euch aber, ne Postkarte zu schreiben, mit wieviel Leuten ihr kommt, denn der Winter ist hart, und zum draußen schlafen sind wir allemal zu zart!

Herzliche Grüße.... Klaus + Toni

PFLASTERSTRAND BESCHLAGNAHMT


copyright Max Watts

Heute beschlagnahmte die Kriminalpolizei bundesweit die Restexemplare des seit zwei Wochen im Handel erhältlichen „Pflasterstrand" *(Frankfurter Stadtzeitung)* Nr. 45, wegen einem Artikel „Hunde wollt ihr ewig bellen" der sogenannten Revolutionären Zellen. Dieser Artikel wurde uns anonym zugesandt. Das Redaktionskollektiv des „Pflasterstrand" hat sich nie als Sprachrohr oder als Werbeagentur irgendeiner politischen Organisation, ob „legale" oder „illegale", „pazifistische" oder „terroristische" verstanden. Der „Pflasterstrand" entstand als Diskussionsorgan innerhalb der undogmatischen Linken.
Zur Diskussion steht auch die politische Praxis der verschiedenen sogenannten Guerillagruppen. Wir sind der Meinung, daß nur eine offen und öffentlich geführte Debatte über diese Politik ein Nachdenken einleiten könnte. Wir führen diese Debatte über und, dank der Bundespost, mit der Guerilla seit nun 46 Nummern. Bundesrichter und Anwälte können in mehreren Artikeln und Stellungnahmen unsere kritische und ablehnende Position zu dieser Politik nachlesen. Wir werden es auch in Zukunft keinen anderen Institutionen überlassen, zu bestimmen, was wir unter unserer journalistischen Sorgfaltspflicht zu verstehen haben.
Wir haben eine längere Diskussion eingeleitet, über die Möglichkeit einer Amnestie unter den Bedingungen des politischen Klimas in der BRD. Nur eine so weitergeführte Auseinandersetzung wird fähig sein, den Teufelskreis von Gewalteskalation, unter dem wir alle leiden, zu durchbrechen. Von den Sympathisanten der Guerilla werden wir als „Staatsschutzjournaille" beschimpft. Sie beschlagnahmten eine Broschüre, die sich kritisch mit der Guerillapolitik auseinandersetzte. Heute wurden wir von eben diesem Staatsschutz als Unterstützer einer terroristischen Vereinigung verdächtigt. Die durchgeführte Beschlagnahme macht uns eher zynisch als ängstlich. Unter Werbegesichtspunkten wird es unsere Auflage erhöhen. Wir werden in Zukunft es weiterhin ablehnen, uns zensieren zu lassen. Von wem auch immer.

24.1.79 PFLASTERSTRAND-Redaktionskollektiv

Kontakt: PFLASTERSTRAND Stadtzeitung für Frankfurt GmbH i.Gr., Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90, Tel.: 0611 / 70 30 87

...EUER KLEINKARIERTES BLÄTTCHEN"

Bringt nichts, zeigt nichts, kostet 150 Pfennig!

GROSS-UMSTADT, 23. Dez. 1978

„Liebe Schreiber,

folgende Tatsachen veranlassen uns, den ID abzubestellen, aber nicht ohne Kommentar:

Wir befassen uns nicht g e r n e mit Euch, aber wir müssen uns leider mit Euch befassen, so wie man sich zuweilen auch der Belästigung durch einen Betrunkenen erwehren muß.

Wir kennen Euch nicht persönlich, möchten aber annehmen, daß Ihr Eurem Äußeren nach die „typischen" Linken seid: mit Wallehaar, mit selbstgedrehter Zigarette (100%iger Kooperativentabak aus Portugal, versteht sich!). Eure französischen Wagen ziert bestimmt eine bunte Anti-AKW-Plakette (mindestens), Ihr tragt bestimmt Handgesponnenes oben und Selbstgewebtes unten, kurzum: Ihr seid bestimmt keine Leute, die diese Leute, die diese BRD zum Fürchten bringen, genauso wenig wie einst Heinrich Lübke zum Fürchten aussah.

Ihr redet also von: Großveranstaltungen der NPD mit 35 Mann (nicht einmal die Größe einer Hochzeitsgesellschaft), von ständiger Repression im Knast (übrigens: wer vom Beirat und von Redaktion war im Knast? ?), von alternativen WGs (mit WGWC), vom allerletzten Furz in Gorleben, etc. Man könnte meinen, Ihr müßt Euer Geld, wie der Mann in der Groschenblattredaktion, mit wilden Schlagzeilen kärglich verdienen.

Liebe Leute, wir kennen nur allzu gut den Typ des Bildzeitungsschweines, des kleinen Männchens, der eines Tages merkt, welche Macht er durch seine Tasten hat.

Wir kennen auch den Typ des kleinen Linksablegers, der eines Tages seine Selbstüberschätzung und Überheblichkeit mit Fantasie getarnt unter die Menschheit bringen will. Tausend Jahre lang haben wir es mit solchen Leuten zu tun gehabt, wir wollen hier ganz schlicht feststellen, daß wir d e n Typ verdammt gut kennen.

Ihr seid eine Insider-Clique, die genauso wie ein Wanderverein und ein Kleintierzüchterverband ihre Beschränktheit kultiviert. Nur daß I h r Eure Beschränktheit auf das Gesellschaftssystem angewendet sehen wollt. In Euren grenzenlosen Träumereien mach Ihr aus Mücken Elefanten – das Ergebnis Eurer Traumarbeit ist eine schaurige Saure-Trauben-Askese (siehe Zwergenwiese etc.). Euer Blättchen schmeckt stark nach Leberecht Hühnchen und Schullehrermoral im Sponti-Gewand.

In Eurer zügellosen Fantasie übersieht Ihr, wie abhängig Ihr von den Produktionsmitteln und dem Produktionsprozeß dieses Systems seid: „Alternative" Zeitung gedruckt mit BASF-Druckerschwärze. Euer Blättchen wäre eigentlich nur das Produkt von ein paar harmlosen Dummköpfen, aber es ist noch viel mehr: es ist ein Betrug am Leser, der für sein gutes Geld (eventuell nicht alternativ verdient) Informationen (unterbliebene) haben will und stattdessen reines Sponti-Geschwätz erkauft. Außerdem bescheißt Ihr jeden, der vom Titel des Blattes her sowas wie Zusatzinformation zu der üblichen Nachrichtenhetze erwartet, denn es handelt sich bei Euch um Nachrichten, die wohl vom Tagesgeschehen total abgesondert sind. Ihr erwartet, daß man in Euren Kreisen lässig, locker, u n b e f a n g e n ist, kurzum:

alles was links ist, läßt sich gut verkaufen.

So, ID'ler, damit möge es für heute sein Bewenden haben. Wir sind mit Euch nicht sanft umgesprungen, aber schließlich habt Ihr uns mit Eurem Blättchen auch ganz schön für dumm verkauft. Vielleicht könnt Ihr eine gute Insiderzeitung machen , dann beschränkt Euch bitte auf diese Tätigkeit. Daß Ihr ein schlechter Informationsdienst seid, das habt Ihr bewiesen. Wir würden Euer

Blättchen gerne vom Markt verschwinden sehen, das könnt Ihr uns ruhig auf's Wort glauben.

Julius Grossmann Angelika Kolb

Dieser Fleck *(auf dem Originalbrief, die Red.)* stammt von einem Original Chianti aus dem Plaza Großmarkt, der schmeckt übrigens genauso gut wie der alternative, is nur billiger."

Kontakt: Julius Großmann, Angelika Kolb, Adenauerring 24 B, 6114 Groß-Umstadt.

Zur Tageszeitungsdiskussion

ICH MÖCHTE KEINE „RICHTIGE" ZEITUNG...

BERLIN Januar '79 • Eine Tageszeitung? Warum denn gerade eine Tageszeitung? Und wenn ja, was für eine? Eine richtige? Wir könnten ja auch ein Tagesflugblatt ein Wochenplakat, ein Monatsheft, eine Tagesdemo oder eine linke Radiostation machen. Oder eine Revolution.

Ich bin für eine tägliche Mischung aus Informationsdienst und Magazin. Ohne tagesaktuelle Berichterstattung. Wir können uns nicht der Illusion hingeben, die Taz könnte die einzige Informationsquelle unserer potentiellen Leser sein (die wären auch ganz schön doof). Unsere Leser haben Regionalzeitung, Fernsehen und Rundfunk, d.h. täglich aktuelle Meldungen, haben Magazine, d.h. wöchentliche/monatliche Erklärungen, Analysen, Recherchen. Was in der FAZ nicht in den Zeilen steht, steht zwischen ihnen, und wir sollten nicht davon ausgehen, daß die linken FAZ-Leser zu doof sind, den Durchschuß zu interpretieren. Was unseren potentiellen Lesern fehlt, sind Informationen, die von bürgerlichen Massenmedien unterschlagen werden; die sollten wir täglich in großer Masse liefern.

Was ihnen noch fehlt, sind ausführliche parteiliche Kommentare, subjektive Darstellungen und Erfahrungsberichte (und zwar nicht in Form platter Stahl-Streik-Interviews / da müßt ihr mal den „stern" zum Streik lesen, das ist ziemlich umfassend, parteilich und geht nicht vom traditionellen Politik-am-Konferenztisch-Verständnis aus).

Weniger von Intervention, mehr von Information und wie wir damit umgehen, solltet ihr reden. Informationen beschaffen und veröffentlichen heißt intervenieren (Paradebeispiel Wallraff). Würde Karl Marx heute leben, sein Hauptwerk hieße nicht „Das Kapital", sondern „Die Information", wenigstens ein Hauptkapitel. „Stone's Weekly" war eine amerikanische Wochenzeitung der 50/60er Jahre. I.F. Stone war Auslandskorrespondent einer großen Tageszeitung, fiel McCharty's Ausschüssen zum Opfer und gründete seine eigene Zeitung, deren einzige Mitarbeiter Stone und seine Frau waren. Sie konnten nicht tagesaktuell berichten und wollten mit ihrem Medium auch nicht in Konkurrenz zu anderen Blättern treten.

Tage später als die anderen berichtete „Stone's Weekly" umfassender und richtiger als die anderen, lange Zeit vor den anderen kam „Stone's Weekly" z.B. zu Einschätzungen der amerikanischen Aggression in Korea und Vietnam, von denen die amerikanische Linke noch nicht einmal träumte. Was zwei Leute wöchentlich konnten, müßte 30 oder 40 Taz-Redakteur/innen spielend auch täglich gelingen. Es wäre eine Schande, wenn Aktualität zur Maxime der Taz würde, wenn alles, was eine bestimmte Länge überschreitet oder sich grundsätzlich mit etwas auseinandersetzt, auf zwei Mittelseiten verbannt würde.

Als Zeitungsleser möchte ich kein halbverdautes arithmetisches Mittel aus unterschiedlichen Positionen (ein furchtbarer Gedanke: der kleinste gemeinsame Nenner des Redaktionskollektivs (?) wird zum Stil (!) der Taz), sondern unterschiedliche Positionen, dazu Interviews, Fotos, Karikaturen, das Flugblatt im Wortlaut und das Plakat im Faksimile.

Und das Ganze bitte nicht so geschichtslos. Kein Geseiere, sondern Schärfe, Frechheit und Witz (der erspart uns das Geblödel).

Und Qualität, z.B. sprachliche. Das fängt an bei der Interpunktion und hört auf beim „irgendwie". Ich möchte präzise Sprache, damit ich mich mit Inhalten auseinandersetzen kann und nicht irgendwie zustimmen oder irgendwie ablehnen muß, weil ich's konkret zwischen lauter Banalitäten nirgendwo lesen kann. In jedes Büro die Duden-Bände 1 – 9 und Leute, die in der Lage sind, mit Sprache umzugehen.

Eine Information alleine ist relativ unbedeutend. Erst durch Kombination und Gegenüberstellung von Informationen, durch den Kontext, in den eine Nachricht gestellt wird, kann ihre Oberfläche überwunden werden, können funktionale Bezüge zwischen Wirklichkeitsfragmenten, gesellschaftliche Bezüge, die hinter der Fassade liegen und diese zum Vorschein bringen, dargestellt und begreiflich gemacht werden.

Meine Taz: Eine tägliche 12-Seiten-Montage, deren Montagecharakter deutlich und bewußt ist. Eine wesentliche Manipulationsmethode bürgerlicher Zeitungen ist die Trennung von Informationen, zwischen denen direkte und indirekte Beziehungen bestehen. Getrennt werden inhaltliche Bereiche (nationale/ internationale Politik, Wirtschaft, Kultur...), journalistische Methoden (Nachricht, Reportage, Kommentar) redaktionelle und „fremde" Beiträge (Leserbrief, Erklärung...). Diese Trennungen werden ausgedrückt durch Plazierung, Schrifttyp/-schnitt, Linien und Kästen... Soll der strukturelle und gestalterische Aufbau den Inhalten einer linken Tageszeitung entsprechen, müssen diese Trennungen aufgehoben werden. Thematisch abgegrenzte Bereiche kann es nicht als feste Kategorien und nicht mit festen Plazierungen (Frauenseite, Kulturseite...) geben, sondern müssen nach täglich wechselnden Schwerpunkten bewußt festgelegt werden.

Unterschiedliche journalistische Methoden müssen gleichberechtigte Wertigkeiten bekommen, eine Nachricht ist nicht per se wichtiger oder unwichtiger als andere Artikel, d.h. daß es



Vor allem dank der »Fahrenden Schüler« wurden Gaststätten zum Umschlagplatz von Mythen aus allen Windrichtungen

auch keine visuelle Trennung zwischen Nachrichten und Magazin, zwischen Bericht und Kommentar geben kann.

Bekommen Leserbriefe und andere nicht-redaktionelle Beiträge einen anderen visuellen Stellenwert als redaktionelle Beiträge (und damit eine andere Wertigkeit), ist die proklamierte Offenheit der Taz nur noch gewissensberuhigende Farce.

Ich begreife mich als Lay-outer nicht als jemand der eure verbalen Ergüsse in irgendeine lesbare Form bringt (und deinen Artikel noch besonders hervorhebt), an der Oberfläche Kosmetik betreibt (ob's denn in Farbe nicht anziehender wirkt oder im Kasten interessanter aussieht), sondern als jemand, der die politische Konzeption der Taz in einem begründeten System visualisieren will, und das auch nur, wenn ich die Konzeption richtig finde. Ich möchte keine „richtige" Zeitung, sondern

eine linke, d.h. daß ich auch nicht versuchen kann, die konventionelle Erscheinung „richtiger" Zeitungen möglichst perfekt zu kopieren.

Aber da stellen sich natürlich gewichtige Fragen: ob's denn gefällt, ob's denn ankommt, ob's denn verkauft wird, ob's denn erlaubt ist?

Ach ich könnte Seiten schreiben....

Im übrigen möchte ich euch die selbstkritische Lektüre des „Prospekt Tageszeitung" empfehlen (Thesen: Objektivität — nein danke; Kein Linienblatt/Offenheit gegenüber Kontroversen; Experimentieren; Quer zu den Sachzwängen...). Die Diskussion öffentlich führen. Ein Prospekt Tageszeitung, 2. Jhg. muß her: das Selbstverständnis der Taz-Macher/innen; nicht noch mehr technische und organisatorische Mitteilungen, sondern detaillierte politische Konzeptionen vorstellen. Als zukünftiger Abonnent möchte ich wissen, was ich denn da schon wieder abonnieren soll. Wer kauft schon eine Taz im Sack? Und als potentieller Mitarbeiter für einige Zeit möchte ich endlich wissen, was Sache ist, mit wem ich mich worauf einlasse. Damit ich entscheiden kann, ob ich mich darauf einlasse.

Kontakt: Joachim Schmidt, Jonasstr. 7, 1000 Berlin 21, Tel. 030/ 395 7956.

Leserbrief

FÜR UND GEGEN BESTIMMTE ZEITUNGEN

ST.ZACHARIE/SCHWEIZ, 1. Dezember 1978

TAGESZEITUNG: Ich will nicht Tageszeitung lesen, auch keine linke. Ich halte es nicht für wichtig, oder gar für zeitraubend/überflüssig, sich täglich mit Massen von Meldungen zu konfrontieren. Für die taglichen Nachrichten ist das Radio besser geeignet.

Nun, trotzdem sind viele Leute geil auf die tägliche Morgenpost; ich kann also weiter darüber nachdenken, ob die TAZ einen Sinn hat. Es hat keinen Sinn, eine neue Tageszeitung aus dem Boden zu stampfen, wenn sie keinen großen Leserkreis bekommt. Eine Tageszeitung sollte schon die Bedeutung einer FR oder SÜDDEUTSCHEN haben, nur halt weniger unterschlagen, mehr Organ der Betroffenen sein. Also, die TAZ darf kein ausgeprägtes linkes- & Sponti-Image haben. Vom Inhalt dürfte sie für alle Demokraten akzeptabel sein, aber Sponti-Image....

Wie dem auch sei, ich lese sowas (und andere Blätter, wie Zeit, konkret, vorwärts, FR, Deutsche Volkszeitung etc.) nie regelmäßig, nur wenn ich von besonderen Reportagen, Enthüllungen, Diskussionen weiß. Hab besseres zu tun.

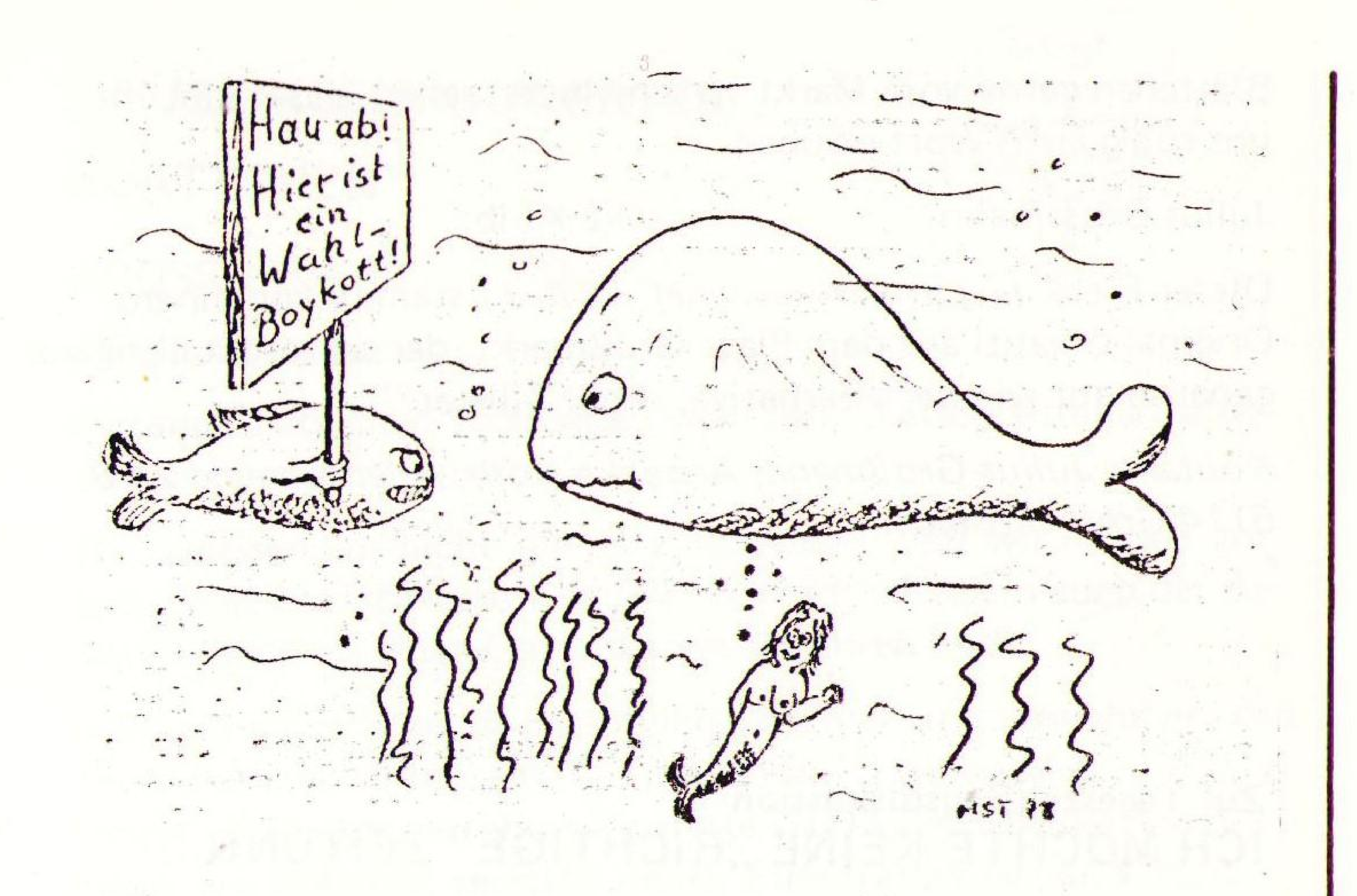
ID, GUEULE OUVERTE: Das sind lebendige Zeitungen, wo die notwendigen Diskussionen geführt und die Hinweise auf den notwendigen Hintergrund gegeben werden: Reportagen, Erlebnisse, Einfälle, Adressen, Gedichte, Hinweise — wöchentlich und leicht verdaulich; hier lohnt sich Engagement, macht Spaß. Ja, die Überlegungen zum Wandel des ID in den letzten Nummern waren herzerfreuend. Solche Projekte müssen ausgebaut werden, inhaltlich und in der Auflage (warum soll nicht eine Mischung aus ID und GO (Gueule Ouverte) am Kiosk zu haben sein?). Es spricht natürlich nichts dagegen, hier verwendete Texte auch an die oben erwähnten Zeitungen zu geben, oder an Kleinzeitungen wie graswurzel, Traumstadt, az. Hier ist auch meine Beteiligung als Leser viel selbstverständlicher, erwartet geradezu, während man sich bei den anderen Zeitungen geradezu aufdrängen muß, und dafür arbeite ich nicht.

Tja, solche Überlegungen sind notwendig, bevor ich abonniere, spende, schreibe.

Salut

Peter

Centre Ste. Baume 83640 St. Zacharie



REVOLUTION UND KÄLTETECHNIK

— Eine Landtagsrede —

WIESBADEN *Nachdem die Grüne List mit ihrer hauchdünnen Minderheit die 1%-Hürde genommen hat, ist es ihr jetzt freigestellt, sich an die Sitzungszeiten des hesssischen Landesparlamentes nicht zu halten! Prompt erscheint hier und heute die erste beinahe gehaltene Landtagsrede des Kandidaten der Nichtwähler Assoziation in der Grünen List. Die Berechtigung für dieses Vorgehen ergibt sich aus dem amtlichen Wahlergebnis, das den Anteil der Nichtwähler als drittstärkste Partei mit 20 % ausweist.*

Es spricht der Abgeordnete Micky Remann (Wahlkreis 39):

Nach der Begrüßung:

Glauben Sie ja nicht, meine Damen und Herren, ich würde es mir und Ihnen leicht machen, die von Ihnen so bescheuert eingerichtete Wirklichkeit außer Acht zu lassen. Denken Sie nicht, ich würde Ihnen zuliebe den Zustand dieses Ihren Landes zum Narren halten.

Aber seien wir ehrlich, haben Sie sich überhaupt schon einmal überlegt, wie es heutzutage um die ca. 3 Millionen hessischen Kühlschränke bestellt ist? Ihren eigenen eingeschlossen? — Ich wette, das ist Ihnen mal wieder entgangen. Haben Sie sich zum Beispiel schon einmal die Frage gestellt, ob Sie selber in einem Kühlschrank leben möchten, wenn Ihnen schon der beklagenswerte Zustand der in unterkühlten Verhältnissen dahinvegetierenden Lebensmittel bislang völlig schnuppe war? Tun Sie nicht so verblüfft, Sie wissen genau, was ich meine!

Zwischenruf von der CDU: Oha !

Bislang mag Ihnen der Heuboden, der Wäschesack für schmutzige Unterhosen, der Partykeller Ihrer halbwüchsigen Tochter oder der Staub unter Ihren nicht immer rückhaltlos sauberen Betten als Problemfeld einer demokratischen Landespolitik nähergelegen haben, allein! und das gilt für alle Fraktionen, Sie wissen nicht, was hier in den Kühlschränken gespielt wird und wüßten Sie es, würden Sie es doch nicht glauben.

Zwischenruf von der SPD: Hört hört !

Was geht in unseren Kühlschränken vor ? Meine Damen und Herren, wissen Sie, daß täglich Hunderte von Würsten ihre Pelle verlassen, abhauen, Hals über Kopf durchbrennen, weil sie einfach nicht mehr klarkommen mit dieser Zwangsjacke aus Plastik und Cellophan, weil sie es satt haben, von Phosphaten und Säuren künstlich am Leben gehalten zu werden, an einem beklagenswerten Leben zumal; oder möchten Sie den ganzen Tag mit Ihrer Pelle im Kühlschrank liegen, in einer dunklen, unbeheizten Zelle, nur noch die Gewißheit des Gefressenswerdens als Zukunft ? Hä ?

Zwischenruf von der FDP: Nein !

Na also! Überhaupt, meine Damen und Herren, es ist zum aus der Haut fahren, nicht nur für Würste !

CDU: Sehr richtig !

Sie sollten sich auch nicht vorschnell lustig machen über die Proteste von Dickmilch und Joghurt, die aus tiefer Verzweiflung weinen und dabei,je länger sie frieren, ein desto größeres Meer von Tränen absondern, die Sie natürlich, ignorant wie Sie nun einmal sind, achtlos fortkippen werden.

SPD: Ist ja allerhand !

Wissen Sie auch, was es bedeutet, wenn ein Senfglas wochenlang offen im Kühlschrank steht und aus Enttäuschung über eine verpatzte Existenz, aus Wut über so viel Entwürdigung eine verhärmte Kruste bildet ? Sie wissen es nicht, meine Damen und Herren, und um ehrlich zu sein, ich habe es auch nicht anders erwartet.

FDP: Och !.

Ihnen allen, wie Sie da sitzen, kommt es ja nur gelegen, daß die geschmeidige Butter, das quirlige Bier, der bewegliche Käse und der geistig rege Frühlingsquark ein so erkältetes, beengtes Leben fristen müssen. Es war schließlich Ihre Entscheidung, die Freiheit auf Eis zu legen, und nicht eine Erfindung der lebendigen Stoffe !

CDU: Pfui! Buh! Zisch !

Was macht es Ihnen schon aus, wenn ein Ei mal wieder einen Knacks fürs Leben bekommt? Unter Protest, doch aus eigenem Willen, weil es angesichts der trüben Aussicht, von Ihnen in die Pfanne gehauen zu werden, vorzieht, sich selbst etwas anzutun, als auf Ihr Todesurteil zu warten. Sie werden sagen:

SPD: Was kümmert es mich !

Ich wußte, daß Sie sagen werden: Was kümmert es mich, wenn mal wieder die Milch „ausfällt", weil sie sauer ist. Worüber ist sie denn sauer, meine Damen und Herren ? Sie ist sauer auf ihr pasteurisiertes und homogenisiertes Dasein, sauer auf ihre chemisch gereinigte Mutterkuh, sauer auf ihre glücklose Jugend.

Unterschätzen Sie bitte nicht die Widerstandsbewegung unter den Frischgemüsen, ein Thema, das mir persönlich sehr am Herzen liegt. Ich kenne nämlich Fälle von Salatköpfen, die gezwungen wurden, 14 Tage an einem Ort im unteren Fach des Kühlschranks auszuhalten. Sie werden staunen, wenn ich Ihnen das hier enthülle, aber es ist tatsächlich so: Diese Salatköpfe wurden dort unten drogensüchtig !

FDP: Skandal ! Unerhört !
vereinzelt: Hurra !

Nachdem auch die Salate herausfanden, daß das Leben in dieser kalten Welt ihnen keine Zukunft mehr bieten würde, an der sie einen befriedigenden Anteil hätten haben können, nachdem ihnen einsichtig wurde, daß alle ihre Anstrengungen auf ein lebenswertes Leben im Kühlschrank durch eine ignorante und zynische Kältetechnik zunichte gemacht wurden, nachdem sie erleben mußten, wie ihre politische Forderung: „Nieder mit der Trennung von Kopf- und Feldsalat!" hohnlächelnd übergangen und mit beispiellosen Salatverfolgungen beantwortet wurde, nachdem sie, die sich einst in frischer Erde hellgrüne Freiheitsträume erzählten, nun zum Dank in ein bürgerliches Eisfach gepfercht wurden, in dem es nach Ata riecht, nachdem verschiedene Versuche, den ganzen Eisschrank einfach umzukippen und ein Gemüsebeet darauszumachen, gescheitert waren, nachdem den Salatköpfen dies alles und noch viel mehr klargeworden war, denn, so sagten sie sich, wozu haben wir schließlich unseren Kopf, zogen sie endlich die Konsequenz und verkündeten: Wenn wir schon nicht mit diesem Kühlschrank leben können, dann werden wir ihm auch nicht zu Nutzen sein. Daraufhin wurden die Salate faul.

CDU: Ui !

Sie faulten so schrecklich vor sich hin, daß aus Druckstellen Hämathome wurden, aus Schneckenlöchern schimmlige Pfuhle, aus starken Blättern weiche Lappen. Und während die anderen Kühlschrankbewohner die Verwandlung der Salatblätter mit gemischten Gefühlen betrachteten, manche aufrechte Milchtüte auch von der „Flucht in die Faulheit" sprach, ging es den Gemüsen nach diesem Bruch mit der Zukunft doch gleich viel besser – sie lebten auf !

SPD: Schwindel ! Alles Schwindel !

Meine Damen und Herren, ich sehe, sie zweifeln, aber lassen Sie mich erklären: Die Salatköpfe purzelten jetzt jeweils so, daß die Nase des einen an eine Faulstelle des anderen zu liegen kam. Nun ist ja allgemein bekannt, daß verfaulendes Gemüse,und da insbesondere die Gärungsdämpfe der Salatblätter, eine stark berauschende Wirkung ausüben. Jetzt sagen Sie selbst, gibt es irgendeinen vernünftigen Grund, das Frischgemüse vom Drogengenuß abzuhalten ?

Alle Fraktionen: Nein !

Sie meinen nun, meine Damen und Herren, das sei alles ziemlich unwichtig, das könne man übergehen. Sie irren sich gewalttätig ! Ehe sie sich's versehen, steht nämlich ihr eigener Kühlschrank voll mit enttäuschten und verschimmelten Aussteigern, die sich nicht länger an die kalten Forderungen Ihres Frühstückskapitalismus gebunden sehen, und auf eigene Faust vergammeln. Sie ahnen ja gar nicht, was bei Ihnen zuhaus los ist; was Sie sehen, wenn Sie Ihre selbstgefällige Aufschnittplatte hervorholen, ist nur die Spitze vom Eisschrank !

CDU: Jetzt langt's !
SPD: brüll, tob !
FDP: Nanu !

Darunter geht es drunter und drüber !

CDU: brüll, tob !
SPD: Nanu !
FDP: Jetzt langt's !

Ich sage Ihnen wie es ist: Die Salate im Drogenrausch, die Milch zu Käse geronnen, der Käse auf und davongelaufen, die Wurst hat sich auf die Sochen gemacht und die Pelle hinter sich gelassen, die Eier beginnen sich zu fragen, was ihnen die ganze Schale nützt, die Milch stocksauer und das Bier von sich selbst besoffen!

CDU: Au weh !

Und, meine Damen und Herren, wenn Sie immer noch meinen, Ihr Haushalt sei blitzblank, bei Ihnen gäbe es doch sowas nicht, wenn Sie unerschütterlich dran glauben, bei Ihnen sei alles in Butter, dann haben Sie insofern recht, als tatsächlich die Butter über alles gelaufen ist, was bei Ihnen keinen Deckel hat !

CDU: Buh !
SPD: Nie !
FDP: Unverschämt !

Und, im Vertrauen, auch Ihren Vakuumgläsern geht langsam die Luft aus.

SPD: Pfeifen !

Meine Damen und Herren Abgeordneten, bezweifeln Sie nur meine Worte, bilden Sie sich nur ein, Ihre Politik der Kälte hätte das junge Gemüse fest im Griff...

(Fußtrappeln bei der FDP)

... schwärmen Sie nur von der Perfektion der tiefgekühlten Gesellschaft, ...

(Fußtrappeln bei der SPD)

und schwören Sie getrost auf die Stabilität der Eiszeit, uns können Sie trotzdem nichts vormachen !

(Fußtrappeln bei der CDU)

Ich rate Ihnen, wenn Sie nach dieser Landtagssitzung zu Ihrem Familienhaushalt heimfahren, machen Sie ruhig Ihre Kühlschranktür auf und denken an nichts Böses; aber wenn Ihnen dann etwas entgegenschlägt, ein Geruch etwa von faulem Gemüse, oder von halluzinierendem Quark, oder eine militante Hartwurst Ihnen auf die Füße rollt, wenn Ihnen die ganzen eingesperrten Lebensmittel, die mehr wollen als ein mittelmäßiges Leben in frostigen Hütten, auf einmal um die Ohren fliegen, auf einmal revoltieren, verrottend sich zusammenrotten, dann wird Sie weder der lächerliche Ruf nach der Polizei mehr retten, noch der entsetzte Aufschrei „Da ham wer den Salat !"

CDU: Da ham wer den Salat !

SPD: Da ham wer den Salat !

FDP: Da ham wer den Salat !

(Fußgetrappel und Gestampfe aus allen Fraktionen)



DDR STEUERT BAU DER ATOMMÜLLFABRIK

Aus dem Papierkorb eines FAZ-Kommentators:

Wir würden uns wundern, wenn der „enttarnte" Agent der einzige in der DWK (Deutsche Gesellschaft zur Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen) wäre, denn irgendeine Form der „Zusammenarbeit" bietet sich angesichts der gemeinsamen Ziele der Atomlobby diesseits und jenseits der Mauer doch geradezu an. Unverständlich bleibt, warum dabei nicht im Rahmen der so vielgepriesenen technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit BRD/DDR mit offenen Karten gespielt wird. Vielleicht sollte der DDR-Spion in der DWK auch nur die Möglichkeit herausfinden, ob die DDR ihren Atommüll von Magdeburg nach Gorleben transpoertieren kann?
Näher liegt allerdings die Vermutung, daß die DDR einfach die Planungs- und Entwicklungskosten für eine eigene Atommüllfabrik sparen will. Minoxfilme und Fotokopien der Pläne her und dann einfach nachgebaut...?

Andererseits: unsere Geheimdienste haben seit längerer Zeit schon herausgefunden, daß der Osten vom CIA gelernt hat und massiv mit „Destabilisierungsmaßnahmen" arbeitet, soll heißen: die Geheimdienste des Warschauer Paktes leiten Aktionen ein, machen Propaganda oder veranlassen die westlichen staatlichen oder nichtstaatlichen Einrichtungen zu Maßnahmen, die die Entstabilisierung der jeweils betroffenen westlichen Gesellschaft dann schließlich herbeiführen. Mit anderen Worten: um unsere Gesellschaft in Konflikte zu stürzen, die zum Ergebnis vielleicht eine Machtablösung, zumindest aber eine eingeschränkte Handlungsfähigkeit der Regierung hätten, werden vom gegnerischen Geheimdienst entsprechende Maßnahmen lanciert.

Wenn man nun vom Ergebnis her sieht: der Bau der Atommüllfabrik in Gorleben ist ein erstrangiger gesellschaftlicher Konflikt geworden, die Regierung bereitet sich auf die „Schlacht um Gorleben" vor, es gibt nur mühsam beigelegte Konflikte zwischen Bundes- und Landesregierung, die Atomkraftwerke sind eine hochgradige Gefährdung der Bundesrepublik Deutschland, Gorleben ist der zentrale Punkt des Programms... wenn man also von der entstabilisierenden Wirkung der Atommüllfabrik her sieht, so liegt der Verdacht nahe, daß sich der Spion bei der DWK nicht nur die Aufgabe machte, Technologie auszuspionieren, die Kooperation vorzubereiten — sondern daß er ein ausgekochter Agent provocateur gewesen sein muß. Vielleicht nicht er allein, wer weiß, wie viele sich in den Stäben der Atomindustrie noch tummeln. Wie dem auch sei, mit dem Ergebnis ihrer Arbeit können diese Agenten zufrieden sein: in dem sie die Bundesregierung dazu brachten, die Atommüllfabrik in Gorleben zu bauen, haben sie der Bundesrepublik Deutschland ein Kuckucksei ins Nest gelegt, dessen explosive Wirkung die Bundesregierung noch lange ihrer falschen Entscheidung nachweinen lassen wird.

Bisher war man in weiten Teilen der Öffentlichkeit davon ausgegangen, daß die Bürgerinitiativen einem, gelinde gesagt, starken Einfluß aus Ostberlin unterliegen. So sprach man häufig von beträchtlichen Geldsummen, die von Ost nach West in die unkontrollierbaren Kanäle der Bürgerinitiativen gelangten. Angesichts der neuesten Vorgänge und ihrer weitreichenden Implikationen scheint es an der Zeit, diese Ansicht zu revidieren. Gibt es also über die rein personelle Steuerung des Atomprogramms durch die DDR auch finanzielle Zuwendungen an die DWK? a la Lockheed?

GORLEBEN SOLL LEBEN — AUFRUF ZUR DEMONSTRATION IN OFFENBACH

OFFENBACH 24.Januar Die Bürgerinitiative Offenbach lädt alle im Rhein-Main-Gebiet ansässigen Bürgerinitiativen zu einer Vorbereitungsbesprechung für eine schlagkräftige regionale Demonstration in Offenbach ein, die 1 - 2 Wochen nach Beginn der Flachbohrungen in Gorleben stattfinden soll und als Protest gegen die dort geplante Wiederaufbereitungsanlage gedacht ist.

Die Vorbereitungskonferenz trifft sich am **Samstag, den 3.Februar 1979 um 14 Uhr in Offenbach in der Gaststätte "Zum Fäßchen", Feldstraße 121, Nähe Bahnunterführung Bieberer Straße.** Die Bürgerinitiative bittet wegen der beschränkten Platzkapazität darum, nicht mehr als drei Delegierte zu entsenden.

Kontakt: **Bürgerinitiative Offenbach gegen Atomkraftwerke, c/o Ekkehard Hoffmann,Buchrainweg 61,605 Offenbach**

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90, Tel.: 0611/704 352
Verantwortliche Redakteurin: Jutta Fries



Dorfplatz im Kreis Lüchow-Dannenberg

„ES GEHÖRT SCHON ETWAS DAZU, EINEN BAUERN AUF DIE STRASSE ZU BRINGEN"....

FRANKFURT/ LÜCHOW-DANNENBERG 18. Januar 1979 *In den Bürgerinitiativen, die sich mit der geplanten Atommüllfabrik in Gorleben beschäftigen, ist ein heftiger Streit um die Frage ausgebrochen, wie denn nun der Widerstand zu führen sei. Wir haben die unterschiedlichen Vorstellungen in verschiedenen Beiträgen im ID (siehe ID 259, 260, 261/62, 264) dokumentiert. Die ortsansässige Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg will in ihren Widerstandsformen Rücksicht nehmen auf die Bereitschaft der anderen Einheimischen, diese Aktion mit zu tragen; einigen auswärtigen Bürgerinitiativen geht diese Rücksichtnahme zu weit, für sie bedeutet das bereits der Mißerfolg des Widerstandes überhaupt.*

Am großen Klönschnack am 16.12.78 in Trebel nahmen diejenigen Mitglieder der einheimischen Bürgerinitiative, die Landwirte sind, so gut wie nicht teil. Fünf Tage später starteten sie eine Demonstration mit Treckern und Mähdreschern in Lüchow.

Über das Verhältnis dieser Bauern zur Atommüllfabrik, zum Widerstand, wie er in den Bürgerinitiativen diskutiert wird, und über ihr Verhältnis zu den Bürgerinitiativen, der einheimischen sowohl als auch den auswärtigen, sprachen wir mit Landwirt Heinrich Pothmer aus Teichlosen, der an der Trecker-Demonstration teilgenommen hat.

Die Deutsche Gesellschaft zur Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen (DWK) als auch Politiker der verschiedensten Richtungen versuchen seit längerem, die ansässige Bevölkerung gegen die auswärtigen „Krawallmacher" auszuspielen. Das Gesprach zeigt, daß es da eine Kerbe gibt, in die die DWK hauen kann. Es zeigt aber auch, daß das noch längst nicht das Einverständnis der „Einheimischen" mit der Atommüllfabrik bedeutet.

Wenn es ins Ideologische geht, spielen die Bauern nicht mehr mit...

Telefoninterview mit Landwirt Heinrich Pothmer am 18.1.79

Wie ist das gelaufen, daß die Demonstration zustandegekommen ist?

Pothmer: Tja, wie ist das gelaufen? Bauern treffen sich, auf Versammlungen, in Gaststätten, man diskutiert darüber, man spricht darüber, weil es einige angeht. Man informiert sich, auch gegenseitig, man motiviert sich, sich weiter zu informieren, und man beklagt sich darüber, daß Landwirte nach aussen hin bislang noch überhaupt keine Stellungnahme abgegeben haben. Weder unsere Landvolkorganisation noch der Bauernverband etc. Und da setzt sich dann allmählich der Tenor durch, daß wir das nun selber machen müßten.

Die Anlässe, bei denen darüber geredet wurde, waren also Anlässe im ganz normalen Alltag, Zusammentreffen, die auch sonst passiert wären?

P.: Ja, mehr oder minder zufällig. Jetzt ist es natürlich schon so weit gediehen, daß man sich gezielt trifft, um die Sachen zu besprechen. Aber zu Anfang war es mehr oder minder zufällig. Es gab da niemanden, der sich da besonders hervorgetan hätte oder die Leitung übernommen hätte oder sowas.

In der Stadt wäre dieser Prozeß des sich-Informierens und Diskutierens wohl etwas anders gelaufen. Da hätte es Informationsstände gegeben und Flugblätter und ähnliches. Das ist wohl anders gewesen.

P.: Ja sicher. Ein Grund dafür ist natürlich auch darin zu suchen, daß ein Großteil unserer, sozusagen, aktiven Kollegen ja in der Bürgerinitiative sind. Ich übrigens nicht. Und weil

sie da eben vermehrt Schwierigkeiten bekommen, ihren Standpunkt durchzusetzen, d.h. daß wir besonders hier im Kreis doch verstärkt überlaufen werden von Leuten, die eigentlich nicht von hier stammen, die zum Teil hier ihren Zweitwohnsitz haben und zum Teil auch ganz gezielt hier reinkommen, um hier etwas gegen die Sache zu unternehmen. Und mit denen können wir uns schlecht verständigen oder schlecht auf einen Nenner kommen. Das führt dann auch dazu, daß man einen anderen Ausweg sucht, um aktiv gegen diese bedrohliche Sache etwas zu unternehmen.

Ich würde gern später noch einmal auf das Verhältnis zu Auswärtigen zurückkommen. Vorher habe ich noch eine Frage zur Demonstration. Beteiligt war doch ein ziemlich kleiner Kreis. Bedeutet das, daß diese 34 Landwirte schon so ziemlich alle sind, die bereit sind, da was zu unternehmen?

P.: Nein. Die Zahl der Demonstranten, daß die eine Aussage macht über die Zahl der Landwirte, die dagegen sind und auch vielleicht bereit sind, aktiv etwas dagegen zu machen, nein, das würde ich so nicht sehen. Sie müssen davon ausgehen, daß diese Demonstration ziemlich spontan, innerhalb von zwei, drei Tagen organisiert wurde, und zwar nicht öfffentlich organisiert wurde, sondern so wie Sie das jetzt machen, am Telefon. Und daß so etwas ja auch erst mal anlaufen muß, sich erst einspielen muß. Und jetzt danach sind schon ein, zwei Informationsveranstaltungen gewesen, die freiwilligen Arbeitsgemeinschaften, d.h. die fachlichen Arbeitsgemeinschaften, die fangen jetzt auch an, sich dafür zu interessieren. Der Kreis wird laufend größer.

Wer hat die Veranstaltungen gemacht und was sind das für Arbeitskreise?

P.: Der Arbeitskreis, das ist ein rein fachlich orientierter Arbeitskreis. Arbeitskreis junger Landwirte nennt der sich, der sich aber auch hierdurch betroffen fühlt, der sich jetzt damit auseinandersetzt, d.h. sich erst mal informiert. Aber dann auch zu einer Informationsveranstaltung, die von der DWK *(Deutsche Gesellschaft zur Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen, d.Red.)* gemacht worden ist, eingeladen hat. Auf solchen Veranstaltungen, die ja in erster Linie von Landwirten besucht werden, da kristallisieren sich sehr schnell die Leute heraus, die eine Meinung dazu haben und auch bereit sind, für diese Meinung einzutreten.

Haben Sie das Gefühl, ausreichend informiert zu sein?

P.: Nein, überhaupt nicht. Das ist das größte Problem, das trifft auch auf mich zu. Die Informationen sind aus unserer Sicht schlecht zu ordnen. Das einzige, was wir allmählich so herausfinden, ist: wir können die ganzen technischen und fachlichen Fragen nicht beantworten, aber insoweit sind wir uns sicher, daß es für uns als Landwirte, für unsere Existenz unbedingt eine Gefahr, für viele sogar eine Existenzgefährdung darstellt, nämlich für die, die direkt betroffen sind.

Die Gefahr.....

P.: ... die allein durch diesen riesigen Bau entsteht. Es ist zwar im wesentlichen die Angst vor radioaktiver Verseuchung, aber in gewissem Maße ist es uninteressant, ob das nun eine Keksfabrik oder die Aufbereitungsanlage ist.

Ist eigentlich die Infrastrukturplanung der DWK bekannt?

P.: Längst nicht allen. Die ist mir erst vor einer Woche zugegangen. Wir sind jetzt dabei, die durchzuarbeiten.

Haben Sie da schon mal reingeguckt?

P.: Ja, habe ich. Dieses riesige Verkehrsaufkommen, das sich da ergibt, auch die ganzen Ländereien, die da als Folge verloren gehen, nicht nur jetzt direkt an die DWK, sondern eben auch durch den erweiterten Straßenbau, die Trassenführung, durch die Führung von Bahnanlagen...

Kann man sagen, daß bisher eigentlich eher eine abwartende Haltung von Seiten der Landwirte da war gegenüber dem, was da passieren wird? Und zwar auch deswegen, weil das Ausmaß dessen, was da passieren wird, gar nicht vorstellbar war?

P.: Genau. Und das ist auch heute noch das Problem der etwas mehr Informierten, daß die ewig noch auf Unglauben stoßen. Man glaubt ihnen nicht dieses riesige Ausmaß.

Glauben Sie, daß sich daran etwas ändern würde durch das Bekanntwerden der Details von dieser Infrastrukturplanung?

P.: Das ist schwer zu sagen. Normalerweise haben wir den Eindruck gewonnen, daß die Landwirte, das ist nunmal ihre Art, sehr schwerfällig sind und sehr schwerfällig reagieren. Und daß die, die es jetzt noch nicht glauben, wahrscheinlich erst die Erfahrung machen müssen, bevor sie aufwachen. Die Jüngeren vor allen Dingen werden wacher und auch die, die direkt darum herum wohnen und sich nun nicht ins Bett legen können und sagen, ach, ich glaube da noch nicht so recht dran. Nur die, die sich nicht so recht davon betroffen fühlen, die so zehn oder zwanzig Kilometer weg wohnen, die wollen das noch nicht richtig wahrhaben. Aber die, die direkt da wohnen, da gehöre ich nicht dazu, die müssen sich ja damit auseinandersetzen. Und die lesen dann auch so einen Bericht mit ganz anderen Augen, den Infrastrukturbericht.

Nach der Infrastrukturplanung wird ja nun eine viel größere Region als nur die Baustelle völlig umgekrempelt. Viele Dörfer, auch weit entfernte, werden betroffen, sei es von Umgehungsstraßen oder von 900 LKWs täglich vor der Haustür.

P.: Ja sicher, da machen sich aber viele noch Illusionen, und das sehen wir auch als unsere Aufgabe an, in dieser Beziehung unsere Kollegen aufzuklären. Da würde ich sagen, das läuft eigentlich erst an.

Ich würde jetzt gern nochmal zurückgehen zum Verhältnis zu den Auswärtigen. Bedeutet das, was Sie vorhin dazu gesagt haben, schlichtweg eine Ablehnung jeder Beteiligung von Auswärtigen an Maßnahmen gegen die Atommülldeponie?

P.: Wir haben nichts gegen die Auswärtigen, wenn die ihr Süppchen alleine kochen. Aber wir sind nicht bereit, mit den Auswärtigen zusammenzuarbeiten. Wir sind fest davon überzeugt, daß wir effektiver arbeiten, wenn wir uns als hier angestammte Berufsgruppe selber bemerkbar machen. Das meinen wir auch durch diese kleine Demo schon bestätigt gefunden zu haben, in dem Presseecho z.B. Weil das eben nicht alltäglich ist. Es gehört schon etwas dazu, einen Bauern auf die Straße zu bringen.

Das dürfte ja wohl auch der ausschlaggebende Grund dafür gewesen sein, weshalb Lichtenmoor so schnell fallengelassen worden ist, weil die Bauern da sehr schnell reagiert haben mit einer 900 Trecker starken Demo.

P.: Genau, genau. In Lichtenmoor, da haben wir eben das Beispiel, daß da die Organisation der Landwirte von ihren Berufsverbänden gemacht worden ist. Daß da eben der Landvolkvorsitzende erster Mann in der Bürgerinitiative war und auch als erster Organisator aufgetreten ist und klipp und klar gesagt hat: Also Leute, so nicht, da unternehmen wir was dagegen.

Und hier ist das eben andersrum. Es stand heute erst wieder ein Bericht unseres Landvolkvorsitzenden in der Zeitung, in dem er sagt, wir würden uns selbst schädigen, dadurch, daß wir so viel über Rufmord oder verschlechterte Produkte im Falle der Arbeit der Wiederaufbereitungsanlage r e d e n würden. Wir selbst sollten also still sein, damit wir nicht dauernd in der Diskussion sind mit unseren Produkten. Und uns nicht dadurch selber schädigen. Sowas sind typische Äußerungen.

Wie ist das Verhältnis zur Bürgerinitiative? Gilt da dasselbe wie bei Auswärtigen? Wird die Bürgerinitiative von den Landwirten akzeptiert als Zusammenschluß von einheimischen Bürgern?

P.: Nicht mehr. Wir haben noch gute Kontakte zur Leitung und zum engeren Vorstand. Und der unterstützt uns auch. In dem Sinne, daß er uns mit Informationen versorgt, und auch nachher die Ergebnisse mal durchgesprochen werden, aber die Landwirte arbeiten größtenteils nicht mehr aktiv in der Bürgerinitiative mit.

Aus welchem Grund?

P.: Weil sie da nicht mehr so richtig den Fuß an die Erde kriegen. Weil... ja wie soll ich das sagen?
Die Diskussionen laufen nicht mehr auf konstruktive Maßnahmen hinaus, auf konstruktive Aktivitäten, sondern das ist ein... jeder hat da die besten Ideen und so. Landwirte sind nunmal sehr konservativ eingestellt. Das ist manchmal bestimmt hinderlich, aber wenn die Diskussion dann weiter hinausschwappt, über die Kernenergiegeschichte hinaus, dann spielen die eben nicht mehr mit, ja, wenn das ins Ideologische geht. Zum Teil bestehen natürlich auch Vorurteile gegen Langhaarige usw. Leider ist es so, daß man das zu oft bestätigt findet.

Was würden Sie sagen, wenn Ihre Kräfte nicht ausreichen würden, um mit einigermaßen Aussicht auf Erfolg etwas zu unternehmen, und von daher die Begründung von anderen käme, daß sie natürlich auch ein Interesse daran haben, daß das Ding nicht gebaut wird, und sich deshalb das Recht nehmen, auch etwas dagegen zu unternehmen? Wie stehen Sie zu so einer Argumentation?

P.: Das habe ich doch zu Anfang gesagt, daß wir absolut nichts haben gegen Aktionen der Bürgerinitiative, auch wenn die zum größten Teil von nicht hier ansässigen Bürgern durchgeführt werden. Solange sie uns eben nicht als Landwirte schädigen, wenn es da z.B. irgendwelche Ausuferungen gibt. Aber wir begrüßen jeden, der uns unterstützt. Bloß sind wir nicht bereit, mit jedem direkt zusammenzuarbeiten.

Das bedeutet also, daß Sie sich nicht jetzt schon im voraus von Aktionen der Bürgerinitiative distanzieren?

P.: Keineswegs. Im Gegenteil, wenn die Bürgerinitiative hier auch aktiver und auch effektiver gewesen wäre, dann wäre die Trecker-Demo vielleicht gar nicht zustandegekommen. Dann hätten sich viele gesagt, ach die machen das ja schon.

Das ist ja auch nicht das Wahre.

P.: Nee, natürlich nicht. Aber Sie müssen davon ausgehen, daß Landwirte eben in der Regel auch ... ich sagte schon, es gehört was dazu, sie auf die Straße zu bringen, es gehört was dazu, um sie überhaupt mal so weit zu bringen, daß sie überhaupt mal aus ihrem Berufsalltag herausgehen und sich mit anderen Dingen auseinandersetzen. Und wenn sie im Unterbewußtsein das Gefühl haben, daß andere ihnen das abnehmen, dann werden die das also solange wie möglich hinausschieben.

WALDWACHE

HAMBURG Januar '79

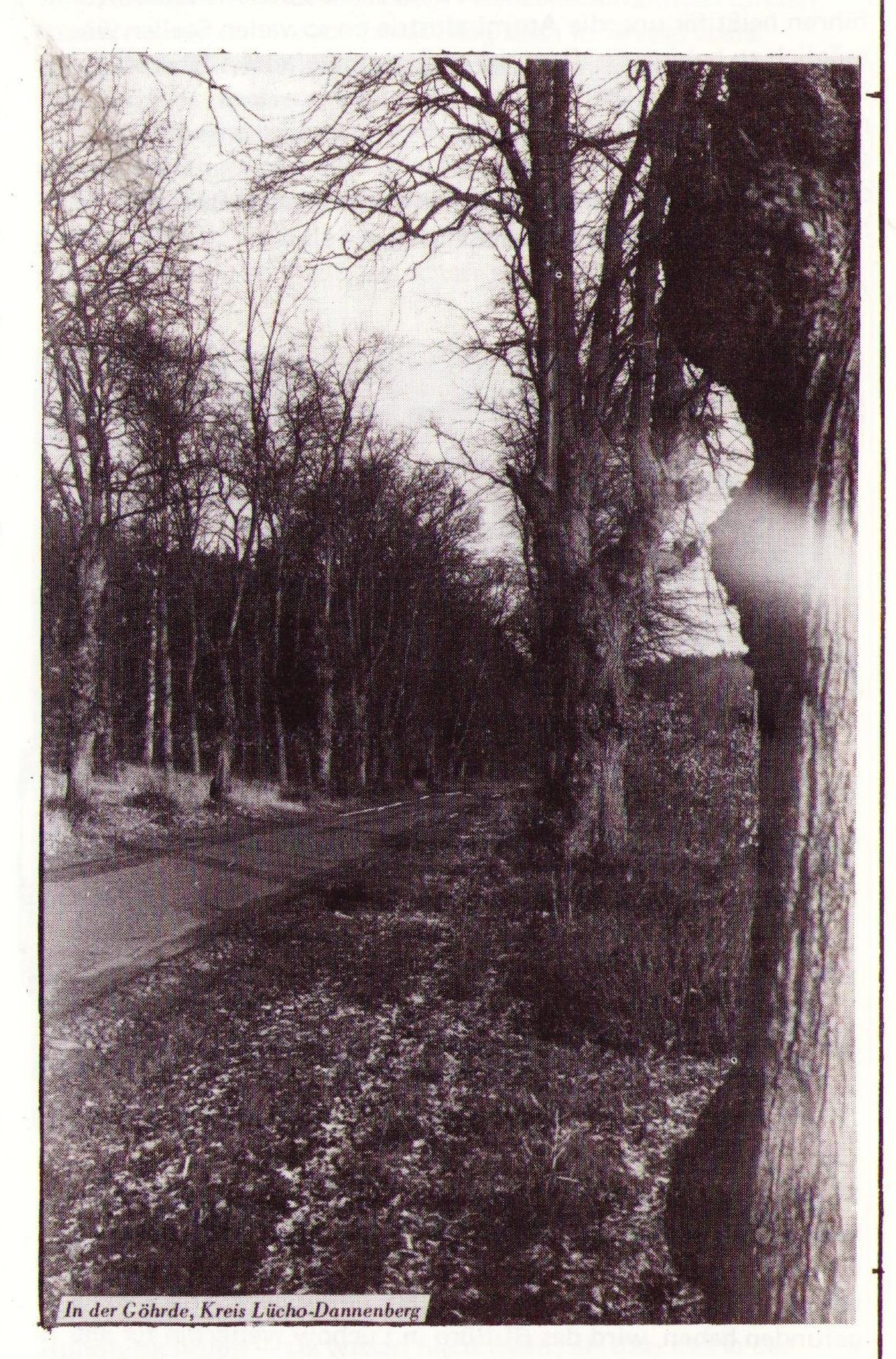
Die BI St. Georg hat sich einige Gedanken zur „Waldwache" gemacht. Wir veröffentlichen Passagen aus einem Flugblatt:

„Liebe Freunde, seit dem 2.1.1979 ist im Landkreis Lüchow-Dannenberg eine WALDWACHE eingerichtet. Funktionen sind:

- Präsenz der Städte im Landkreis, um ihr Recht und ihre Pflicht auf praktischen Widerstand am Ort gegen die Wiederaufbereitungsanlage zum Ausdruck zu bringen.
- Eine offene Auseinandersetzung über verschiedene Vorstellungen von praktischen Widerstandsformen mit der dortigen BI und untereinander.
- Kontaktaufnahme und Zusammenarbeit mit der dortigen Bevölkerung.
- Überwachung der Bauvorhaben; damit verbunden ein Vertrautwerden mit den dortigen Verhältnissen, mit der Landschaft sowie mit den dortigen Verkehrsverhältnissen. Für Aktionen ist es unbedingt notwendig, den Landkreis genau kennenzulernen.

PRAKTISCHE DURCHFÜHRUNG

Es sollte eine „Anlaufstelle" eingerichtet werden, durch die Auswärtige die Möglichkeit haben, Informationen zu erhalten, ihre Vorstellungen vom Widerstand einzubringen, sich am Ort an den laufenden Arbeiten zu beteiligen und Aktionen mit den anderen Gruppen zu koordinieren.


In der Göhrde, Kreis Lücho-Dannenberg

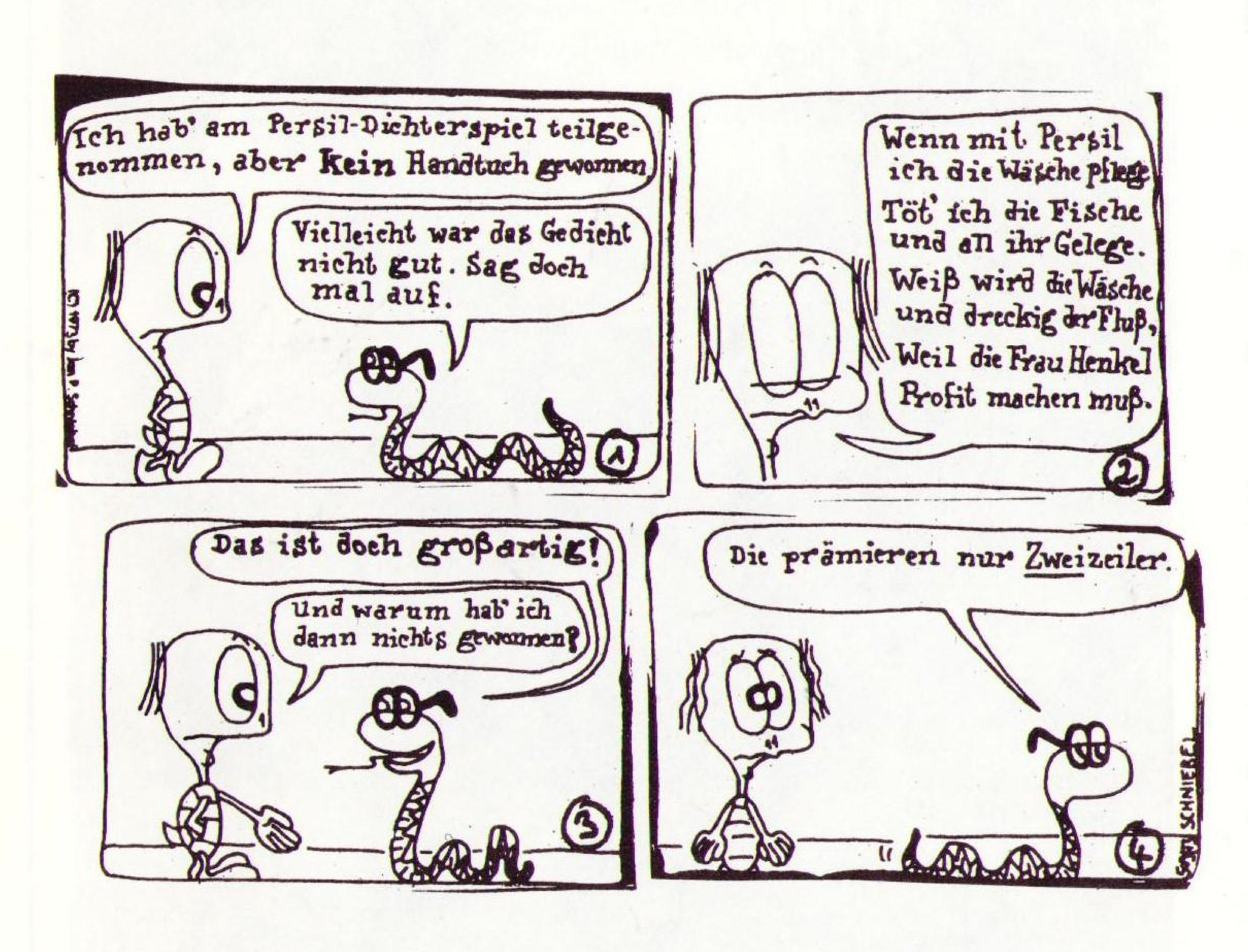
Zur praktischen Durchführung ist auch die Überlegung notwendig, welche Möglichkeiten der Arbeit am Ort vorhanden sind. Wir sind nicht in der Lage, eine Palette von Vorschlägen anzubieten, an der sich alle beteiligen können. Jede Gruppe, die an der WALDWACHE teilnehmen will, sollte sich vorher eigene Gedanken machen und sie auch durchführen.

WALDWACHE soll nicht heißen, daß eine Anzahl von Leuten durch den Wald marschiert und Bäume bewacht, sondern ist als geflügeltes Wort zu sehen. Die Präsenz der Städte im Landkreis bietet die Möglichkeit, direkte Informationen aus dem Landkreis in die Städte zu tragen sowie umgekehrt.

Im Landkreis sollte Öffentlichkeitsarbeit geleistet werden. Aktionen, die in den Städten laufen oder gelaufen sind, sollten dargestellt und vermittelt werden. Weitere Möglichkeiten wären Büchertische, Veranstaltungsreihen, Theaterstücke etc.

Wir meinen, daß Atomanlagen in erster Linie dort verhindert werden können, wo sie gebaut werden. Voraussetzung einer gemeinsamen Arbeit mit Allen ist ein Akzeptieren aller Widerstandsformen. Leider stehen wir bis jetzt vor der Tatsache, daß über andere Aktionsformen als das ‚Gewaltfreie' Dezentrale Konzept bisher kaum oder überhaupt nicht diskutiert wurde. Wir meinen, Betroffenheit nimmt nicht mit der Entfernung von der Wiederaufbereitungsanlage ab.

Dezentrale Aktionen bedeuten nicht für uns, daß jeder nur dort arbeiten darf, wo er wohnt. Dezentrale Aktionen durchzuführen heißt für uns, die Atomindustrie an so vielen Stellen wie möglich zu behindern. Dazu ist es notwendig, einen Überblick über das Vorgehen der DWK zu bekommen sowie an allen uns möglichen Stellen die Aktivitäten, Vorbereitungen und Bauabschnitte zu beobachten. Demzufolge ist eine wichtige Funktion der WALDWACHE die schnelle Weiterleitung aller Beobachtungen in die Städte und umgekehrt.



Die WALDWACHE befindet sich noch in Anfangsschwierigkeiten, weil wir von St. Georg nicht immer im Landkreis sein können, was auch nicht das Ziel sein soll. Zur Lösung schlagen wir vor: Bis wir für die WALDWACHE eine eigene Anlaufstelle gefunden haben, wird das BI-Büro in Lüchow weiterhin für alle Gruppen als Kontaktstelle dienen. Es ist zweckmäßig, die Besetzung des Büros mit der dortigen BI oder mit St. Georg abzusprechen. Wir werden versuchen, den gesamten Ablauf der WALDWACHE zu koordinieren.

Übrigens: Druck und Porto der bisher verschickten Papiere zur WALDWACHE haben einige hundert Mark gekostet, die allein von der BI St. Georg getragen wurden. Für Telefon und Miete der zukünftigen Anlaufstelle wird außerdem Geld gebraucht. Spendenkonto: B. Löwe –Stichwort WALDWACHE–, Hamburger Sparkasse, Bankleitzahl: 200 505 50, Konto-Nr.: 1026/ 210 433.

Kontaktadressen: Bernd Löwe/Jörg Garbe, Böckmannstr. 55, 2000 Hamburg 1, Tel.: 040/ 247690 oder 040/ 2803495. BI-Büro Lüchow-Dannenberg, Drawehner Straße 3, 3130 Lüchow, Tel.: 05841/ 4684."

ÜBERSICHT ÜBER FIRMEN IN DER BRD, DIE TIEFBOHRUNGEN DURCHFÜHREN KÖNNEN:

1. F. + K. Fröhlich & Klüpfel, Untertagebau GmbH & Co KG, 4660 Gelsenkirchen-Buer 2, Braukamperstr. 111, Tel. 0209/ 503-1
2. Thyssen Schachtbau GmbH, 4330 Mühlheim/Ruhr, Friedrich-Ebert-Str. 120, Tel. 0208/ 4521
3. Atlas Copco Craelius GmbH, 2862 Worpswede, Am Hörenberg 1, Tel. 04792/ 7011
4. ITAG Celle, Hermann von Rautenkranz, Ing. Tiefbohr GmbH & Co KG, 3100 Celle, Itagstr. 5 – 17, Tel. 05141/ 2041
5. Gewerkschaft Wisoka, Bergbau-Unternehmen, 4630 Bochum, Farnstr. 59, Tel. 0234/ 37021
6. Sachtleben Bergbau GmbH, Abt. Stollen- und Felsbau, 5940 Lennestadt 17 (Meggen), Tel. 02721/ 8351
7. Willy Thiele, Unternehmen für Bohr-, Bergbau- und Tiefbauarbeiten, 3100 Celle, Bremer Weg 27, Tel. 05141/ 3925
8. H. Angers Söhne GmbH & Co KG, 3436 Hessisch-Lichtenau 3, Tel. 05620/ 2001
9. C. Deilmann GmbH, 4442 Bentheim
10. Deutsche Schachtbau und Tiefbohrgesellschaft mbH, 4450 Lingen
11. Haniel & Lueg, 4000 Düsseldorf

(Quelle: Anti AKW Telegramm Nr. 16)

WANN KOMMT DER NÄCHSTE WYHL-PROZESS ?

FREIBURG 12. Januar 79 Seit über einem Vierteljahr geistern jetzt die Gerüchte über den Beginn des zweiten Wyhl-Prozesses herum. Erst hatte es geheissen, es werde Herbst 78 losgehen, damit die Kaiserstühler Winzer wegen der Weinlese nicht teilnehmen könnten. Dann hieß es, der Prozeß werde auf jeden Fall noch 1978 stattfinden; und die letzte Vermutung besagte, der Prozeßbeginn werde mit dem Bohrbeginn in Gorleben abgestimmt, um die Kräfte der Umweltschützer zu zersplittern. Aber auf der letzten Delegiertenversammlung der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen sagte Rechtsanwalt Beeretz, der Prozeß ginge frühestens im März los. Mitte Februar soll den Anwälten ein neues Gutachten der Reaktorsicherheitskommission zugestellt werden, und um das durchzuackern, brauchen sie mindestens vierzehn Tage.

Natürlich steckt hinter all den widersprüchlichen Angaben eine massive Verunsicherungstaktik der Betreiber- und Regierungsseite, aber schließlich können wir die Zeit auch nützen, die uns das Gericht durch das dauernde Rausschieben des Prozesses gibt. Die Gutachter auf unserer Seite z.B. können die Zeit brauchen, sie müssen auf die gesamten Gefahren des geplanten AKW eingehen, während die Betreiber nur gegen den Berstschutz zu argumentieren brauchen. Das Urteil des Freiburger Gerichts hatte den Bau eines Berstschutzes (eine dicke Betonhülle ums Reaktordruckgefäß) für erforderlich erklärt. Kurz darauf erging freilich ein Urteil des Würzburger Gerichts zum AKW Grafenrheinfeld, wo der Berstschutz nicht nur als überflüssig, sondern als gefährlich hingestellt wurde: Er erschwere die Kontrolle der Reaktorkuppel auf Risse... Freilich war die Bewegung in der Umgebung dieses geplanten AKWs nie so stark wie am Kaiserstuhl, so daß sich die Richter sowas erlauben konnten.

Schon vor dem Prozeß wird versucht, unsere Gutachter als unwissenschaftlich und voreingenommen hinzustellen. Das hat die Kampagne gegen das Tutorat Umweltschutz an der Uni Heidelberg gezeigt, dessen Gutachten nachweist, daß die Radioaktivitätsabgaben von der Betreiberseite viel zu niedrig angesetzt wur-

den . Den Heidelbergern wurde bis zur „wissenschaftlichen Kriminalität" alles an den Kopf geworfen. Die gereizte Reaktion der offiziellen Stellen zeigt natürlich auch, daß die Argumente der Gutachter ins Schwarze getroffen haben. Weitere Gutachten werden auf die Grundwasserabsenkung durch benötigtes Kühlwasser und auf die Gefährdung des Weinbaus durch die Nebelschwaden der Kühltürme eingehen.

Aber trotz aller Gutachten: Wie wird der Prozeß ausgehen? Nach dem Grundsatzurteil des BGH zu Kalkar sind die Chancen auf einen positiven Ausgang für uns sicher weiter gesunken. Die Mannheimer Richter könnten zum einen den Bau eines Reaktors gestatten, der kleiner ist als der geplante 1300 MW-Block und für den es jetzt schon möglich ist, einen Berstschutz zu bauen. Sie könnten auch mit Berufung auf das Grafenrheinfelder Urteil den Berstschutz schlicht für überflüssig erklären und sich dabei auch auf die inzwischen „verbesserte Qualität des Druckbehälters... sowie verbesserte Qualitätssicherungs- und Wiederholungsprüfungen" berufen, wie es die Würzburger Richter getan haben. Auf jeden Fall dürfen wir auf den Erfindungsreichtum der Mannheimer Richter gespannt sein. Und wir können auch sicher sein, daß der Gerichtsweg allein nicht ausreichen wird, um das AKW in Wyhl zu verhindern. Ein Winzer meinte dazu kürzlich: Der entschlossene Widerstand ist das entscheidende Moment!

Anzeigenserie des Bundespresseamts

In der zweiten Folge der Inseratserie nahmen sich die Texter den Rhein vor. „Man kann im Rhein wieder schwimmen, sagen diese 14 Sachverständigen", lautete die Überschrift. Auf der linken Seite waren abgebildet: Flußbarsch, Rotfeder, Lachs, Bachsaibling, Schuppenkarpfen, Plötze, Aal, Hecht, Regenbogenforelle, Äsche, Bachforelle, Schleie, Zander und Gründling. „Hecht, Karpfen und Schleie", wissen die Werber, „im Laufe der Jahre immer seltener geworden, fühlen sich heute schon wieder heimisch im Vater Rhein. Zur Freude der Fischer, auch wenn hier und da der Geschmack etwas zu wünschen übrigläßt."

Test-Fische ausgespuckt

Fürwahr. Als der „Kölner Stadt-Anzeiger" vor einiger Zeit frischgefangene Rheinfische in einem Kölner Zwei-Sterne-Restaurant zubereiten ließ, brachten die vier Test-Esser den ersten Bissen nicht hinunter: Alle spuckten gleichzeitig aus, was in Fischsud und frischer Butter dargeboten wurde. Barsch und Rotauge schmeckten metallisch und ölig.

Eine Analyse der NRW-Landesanstalt für Wasser und Abfall ergab, daß diese Testfische pro Kilogramm Lebendgewicht 3.04 Milligramm organisches Chlor, 0,5 mg Cadmium, 1,0 mg Kobalt, 9,0 mg Blei und 50,0 mg Zink enthielten.

Knapp 1,5 Millionen Mark Steuergeld kostet eine Anzeigenkampagne, die im Auftrag des Presseamtes der Bundesregierung im vergangenen Sommer entwickelt wurde.



Trotzdem kann der Prozeß jetzt natürlich nicht einfach fallengelassen werden. Schließlich hat das letzte Urteil den Bau des Reaktors bis auf weiteres herausgeschoben. Und zur Führung dieses Prozesses ist ein Haufen Geld nötig, eine fünf- bis sechsstellige Summe, wie ein Anwalt meinte. Seit dem letzten Herbst läuft deshalb eine Rechtsschutzbon-Aktion. Bei den Bürgerinitiativen kann jeder einen Bon für 5,-, 10,-, 20,-, 50,- und 100,- Mark erwerben. Damit sollen die Prozeßkosten aufgebracht werden. Jeder Spender erhält einen Rechtsschutzbon mit einem Motiv aus der Kaiserstühler Gegend. Die Bons können auch bestellt werden bei:

Aktion Rechtsschutzbon, c/o Öko-Institut, Schönauerstr. 3, 78 Freiburg, Tel.: 0761 / 420 90; Treuhand-Kontonummer: 10141834 bei der Volksbank Freiburg (BLZ 680 900 00).

Kontaktadresse der Bad.-Elsässischen Bürgerinitiativen: Hauptstr. 53, 7831 Weisweil.

"WENN'S NUR DIE MILCH WÄRE. . ."

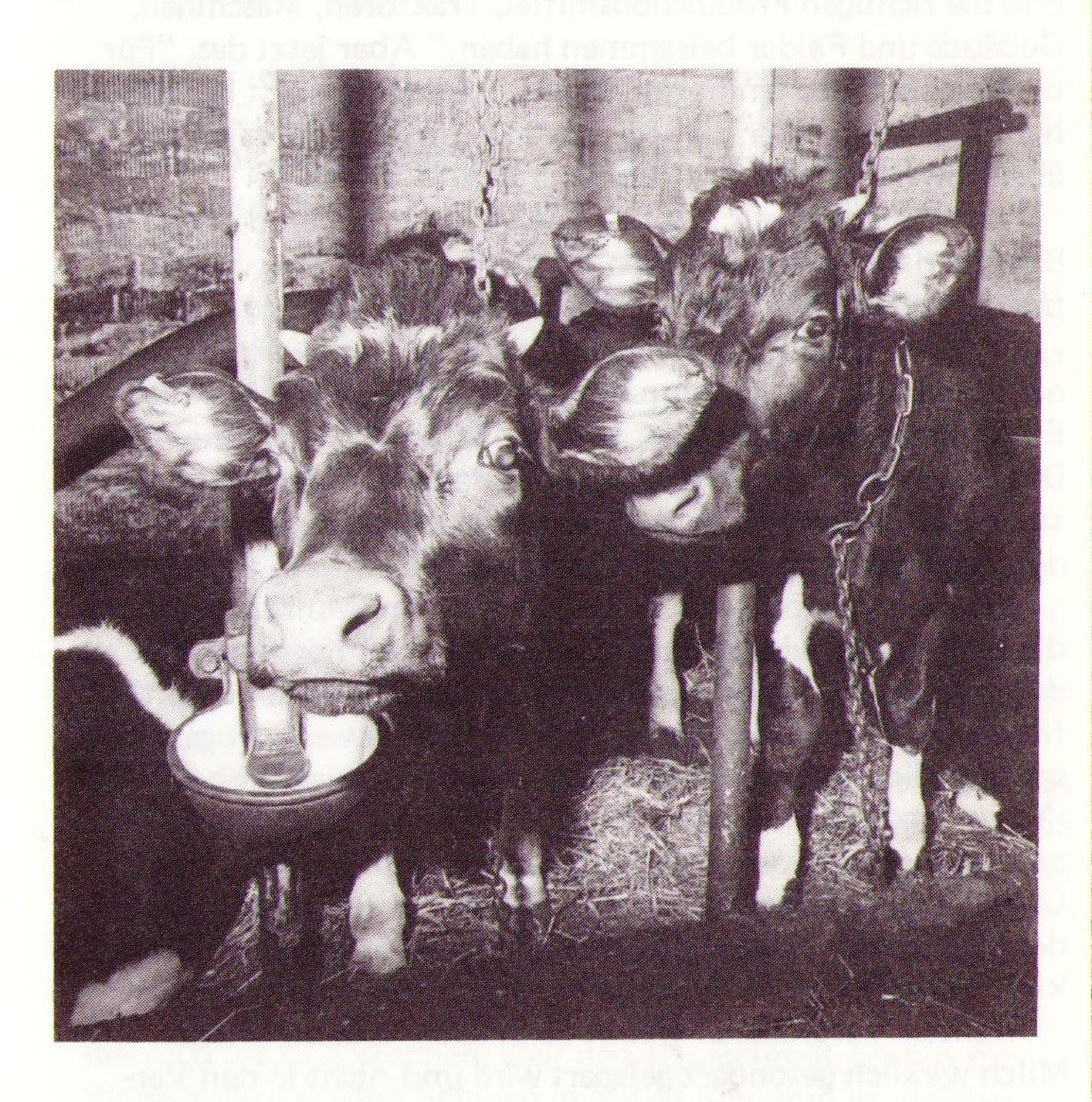
Biebesheim/Frankfurt 25.1.79

Eines Abends hörte er es in der Hessenschau: Bauer R. sagte es der Frau, den Kindern, er griff zum Telefon und rief Kollegen an, fragte, ob sie es auch gehört hatten: "Die Milch ist vergiftet." (siehe ID 265)

Seitdem macht er sich Gedanken, was werden soll. Die Milch ist vergiftet, vielleicht auch die Kühe, die Schweine, die Gurken, vielleicht - und wagt es kaum zu Ende zu denken - vielleicht ist das Gift auch in den Körpern der Menschen, der Kinder, die täglich die Milch trinken, in ihm selbst. . . Seveso?

Und wirklich – das Gift aus dem Pflanzenschutzmittel Lindan, das HCH (Hexachlorcyclohexan) flog auch in Seveso übers Land, ist Bestandteil des Seveso-Giftes. Hier, im hessischen Ried, kommt Seveso nicht vom Himmel gefallen – es kriecht aus der Erde, ist nicht besonders wasser-, dafür aber um so mehr luftlöslich.

Mittlerweile hat die hessische Presse einen Riesenwirbel gemacht, regt sich über den langen Dienstweg und die Schlamperei im Ministerium auf, wo schon seit zwei Jahren bekannt



ist, daß die Milch aus Biebesheim, Allmendfeld und Gernsheim vergiftet ist. In Biebesheim und Gernsheim selbst ist alles ruhig. Die Bauern kommen in der Presse nicht vor. Die Bauern sind genauso ratlos wie am Abend, als sie die Meldung im Rundfunk hören – sie wissen nicht mehr, als das, was in der Zeitung stand. Sie fragen uns: "Was gibt es Neues, ihr macht doch für die Presse, ihr wißt sicher mehr als wir."

Wir wissen, daß es sich um HCH handelt, kaum wasserlöslich ist, daß es sich aber recht gut in die Luft verteilt. Daß es in dem inzwischen verbotenen Pflanzenschutzmittel Lindan war, das "Merck" in Gernsheim produzierte. Daß 120.000 Tonnen von Rückständen dieser Produktion unter dem Firmengelände vergraben liegen – genehmigt vom Ministerium. Daß 0,1 Milligramm davon "zulässig" sind pro Liter Milch, daß sich aber auch diese 0,1 Milligramm ablagern in den Fetten des menschlichen oder tierischen Körpers, daß Dauerschäden an Nieren und Leber die Folge sein können, daß 14 Milligramm für den Menschen sofort tödlich sind. Daß bis zu 0.8 Milligramm in einem Liter Gernsheimer Milch gefunden wurden, daß inzwischen auch das Fleisch der Schlachttiere und das Grundwasser untersucht werden sollen.

Daß währenddessen die Genossenschaftsmolkerei aus Darmstadt die Milch weiter abnimmt und gesondert zu Milchpulver und Futtermitteln verarbeitet, die ebenso gesondert gelagert werden sollen, "bis Klarheit herrscht", sagen die Verantwortlichen. Daß inzwischen natürlich auch weiter geschlachtet wird, von möglicherweise verseuchtem Vieh — und daß eine Woche nach dem Bekanntwerden der Katastrophe von Fleischuntersuchungen noch keine Rede war — das soll erst kommen. Mahlzeit.

Die drei Orte, um die es geht, liegen am Rhein, mitten im hessischen Ried, einem der fruchtbarsten Gebiete Deutschlands. Wasser für Frankfurt wird ihm entnommen — jedes Jahr mehr. Gemüseanbau, Milchwirtschaft, Schweinezucht — die Bauern haben sich spezialisiert. Langsam, seit fast zwanzig Jahren unaufhaltsam, rückt die Industrie in den Feldern vor. Chemische Industrie. Erst sterben die Felder, dann werden sie aufgekauft. Dann sterben die Bauernhöfe. Das hessische Ried ist ein Schulbeispiel für die nichtdurchgeführte Lerneinheit: "Wie mache ich eine Landschaft kaputt?"

"Die 40 noch verbliebenen hauptberuflichen Biebesheimer Bauern könnten überleben", sagt der örtliche Bauernverbandsvorsitzende. "Das sind Betriebe, die sich spezialisiert haben und die richtigen Produktionsmittel, Traktoren, Maschinen, Gebäude und Felder beisammen haben." Aber jetzt das. "Für die Milchbetriebe ein harter Schlag. Im Sommer erst ist der kanalisierte Rhein über die Ufer getreten und hat die Wiesen überschwemmt — es gab kein Heu. Und jetzt das."

Wenn nicht ganz schnell Klarheit geschaffen wird, sagen die Bauern, dann gehen sie schon in der Phase des Abwartens kaputt. "Und das Schlimmste daran: keiner ist zuständig, keiner zahlt, wenn sie einfach fertig sind, weil sie nicht warten können." Die Milch macht durchschnittlich 25 - 30 Prozent des Einkommens aus. "Und der Metzger braucht ja nicht zu sagen: Die Kuh nehm' ich nicht, die ist vergiftet. Der braucht nur zu sagen: Ich brauch' keine Kuh, schon ist es aus. Keiner weist den Schaden nach, kein Schadensersatz!"

Ein heimlicher Schaden entsteht auch der Molkerei, auf die die Bauern angewiesen sind. "Wer kauft denn noch ihre Produkte, wenn nebendran im Regal die Milch von Moha steht?" fragen sie. Und die Molkerei, darauf legen sie wert, ist genossenschaftlich organisiert, jeder Milchbetrieb ist an ihr beteiligt. "Wenn jetzt die Molkerei kaputtgeht, dann hängen da nicht nur die Biebesheimer Bauern dran, sondern noch viele aus der Umgebung, aus dem ganzen Odenwald und und und ", sagt der Vorsitzende des Bauernverbande. "Deshalb muß auch geklärt werden, welche Milch giftig ist und was mit ihr passiert."

Welcher Verbraucher glaubt denn auch, daß die giftige Milch wirklich gesondert gelagert wird und nicht in den Verkauf kommt.

Aber die Bauern warten ab. Sie sagen zwar, sie könnten nicht lange warten — aber warten können sie doch.

Sie haben warten gelernt. Schon jahrelang leben sie mit der chemischen Industrie. Und es sind nicht die ersten Schwierigkeiten, die sie mit Merck haben.

Der Müll, der jetzt eingebuddelt ist und langsam durch den Boden seine giftigen Dämpfe abgibt, lag jahrelang an der Strasse zwischen Gernsheim und Biebesheim neben dem Werksgelände der Firma Merck offen auf Halde.

"Das waren riesige Berge, weiß und fein wie Kalk ", erinnert sich ein Bauer. "Damals sind wir — so 200 bis 300 Kinder, täglich zweimal mit dem Fahrrad da vorbeigefahren — und es stank. Wenn der Wind wehte und das tut er fast immer am Rhein, dann flog der feine giftige Staub über die Straße und die Felder. Es stank und reizte die Augen und die Nase — darum gab es Beschwerden, und Merck buddelte den Kram unter dem Werksgelände ein, baute einen Parkplatz darauf und Häuser, Werkshallen. Als der Müll von Lastwagen über die Straße gefahren wurde, um auf dem Parkplatz abgeladen zu werden, da war es am Schlimmsten. Die Straße war weiß vom Staub und wer mit dem Auto drübergefahren war, dem stank der Wagen noch tagelang in der Garage. Darum kam damals die Feuerwehr und spritzte den Staub naß.

Da, wo nichts mehr wächst — wenigstens nichts Genießbares — 500 Meter hinter dem Werksgelände, hat Merck zwei Reihen Pappeln angepflanzt, als Windschutz für die übrigen Felder. Jetzt gehen die Pappeln langsam ein — aus Wassermangel? Oder wegen des Giftes?"

"Und jetzt das!" sagen die Bauern immer wieder. Einstweilen warten sie noch. "Aber lange können wir nicht warten." sagen sie. Das Schlimmste ist für sie eine Ausdehnung des Schwebezustandes, der Unsicherheit. Sie wollen endlich genau gesagt bekommen, woher das Gift kommt, wo es auftaucht und wo nicht, ob es im Fleisch ist, ob im Gemüse, ob im Boden, ob im Wasser. Ob sie schon mitvergiftet sind, ob sie ihre Landwirtschaft aufgeben können und sich einen Job suchen — vielleicht bei Merck?

Kontakt: über ID

JETZT BRAUCHT IHR JA KEIN JUGENDZENTRUM MEHR........

SCHWÄBISCH-GMÜND
Januar 1979

Seit Jahren kämpfen die Jugendlichen von Schwäbisch-Gmünd um ein Jugendzentrum (siehe ID 251: „Märchen vom Familienrat", und ID 206+201). Der letzte Stand der Dinge sieht nicht gerade rosig aus. Die Jugendlichen schreiben:

„Nach sechsjährigem Kampf in allen nur denkbaren Formen wurde am 30. November 78 ein Jugendzentrum in Schwäbisch-Gmünd vom Gemeinderat (da CDU-Mehrheit) endgültig abgelehnt. Das letzte halbe Jahr hatten wir es noch mit Hilfe von Erwachsenen (Lehrer, Eltern, Dozenten usw.) versucht, worauf sich SPD und FDP auch auf unsere Seite schlugen.

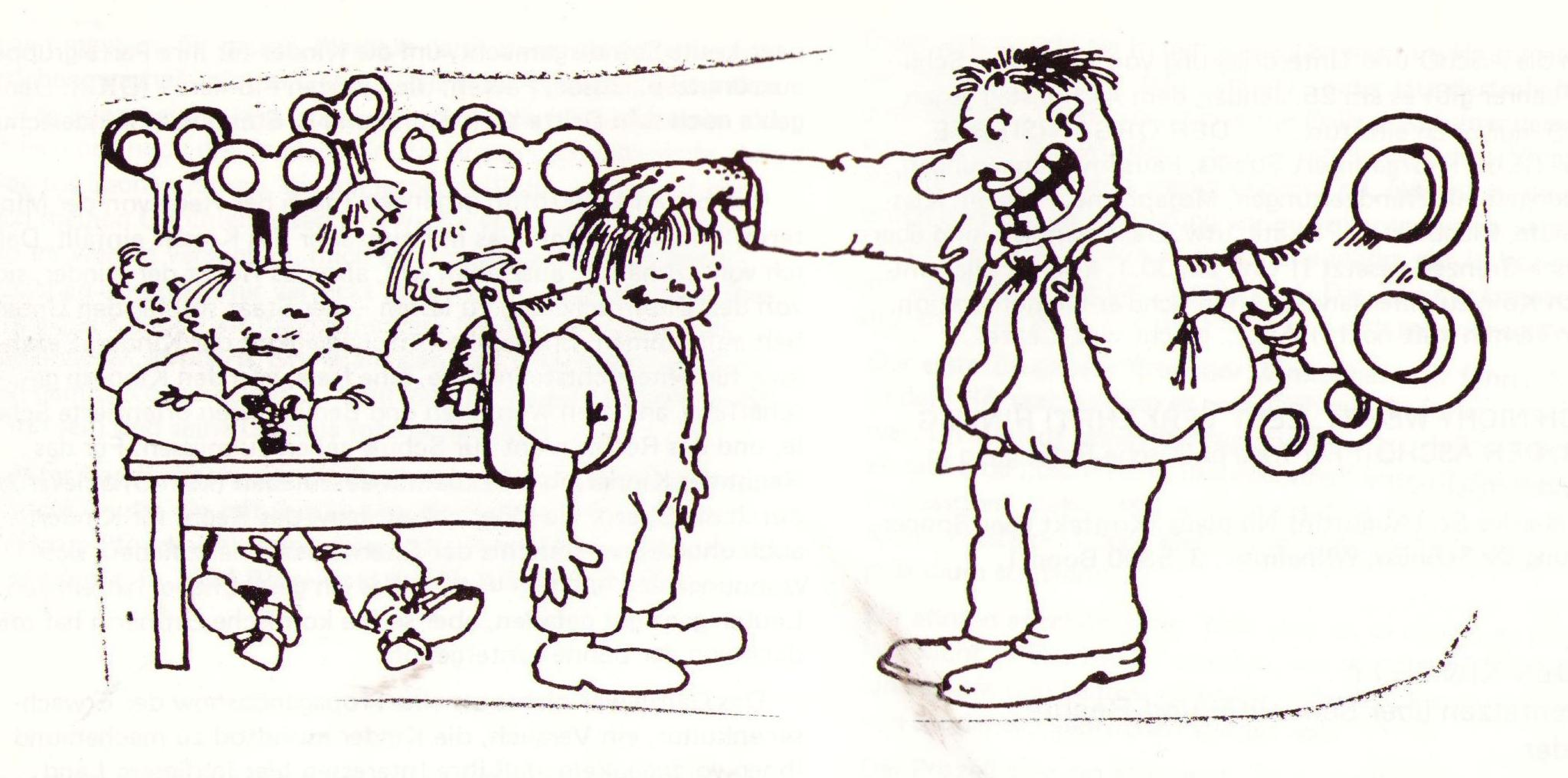
Wir haben die Selbstverwaltung, nachdem diese dauernd abgelehnt wurde, insofern eingeschränkt, daß wir einen Beirat mit ins Jugendzentrums-Modell aufnahmen, der die finanziellen Mittel bewilligen und den (eventuellen) Sozialarbeiter einstellen sollte. Der Beirat sollte sich paritätisch aus Stadt-Trägerverein (Erwachsene) und Zentrumsbesuchern zusammensetzen.

Erklärung des CDU-Vorsitzenden: Da wir ja jetzt keine Selbstverwaltung mehr wollten (!), könnten wir ja ins städtische Jugendhaus gehen. Jetzt brauchten wir ja kein Jugendzentrum mehr."

Kontakt: Arbeitskreis JZ, c/o Wohngemeinschaft Beberle, Gerhardt-Hauptmann-Weg 2, 7070 Schwäbisch-Gemünd.

Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45
Postfach 90 03 43
6000 Frankfurt 90

Bei Bestellung bitte Stichworte angeben:
„Neuabo", „Verlängerung" oder Adresswechsel".
Außerdem die genaue Anschrift(bzw. die Abonummer)
Für ein Abonnement bitten wir um Vorauszahlung von:
18 Mark für ein Vierteljahr,das sind 12 Hefte
36 Mark für ein halbes Jahr
72 Mark für ein ganzes Jahr
Die Vorauszahlung ist zu leisten auf das
Postscheckkonto 52 52 28 - 602
Postscheckamt Frankfurt (BLZ 500 100 60)



BILDUNGSZIEL: „LIEBE ZUM VATERLAND" „EHRFURCHT VOR GOTT"

Die Schülerinitiative St.Augustin schreibt:

ST. AUGUSTIN Januar '79 An alle organisierten oder nichtorganisierten Schüler, alle abhängigen oder unabhängigen, sozialistischen Schülergruppen und sonstige Reste der Schülerbewegung Nordrhein-Westfalens!

Am 8.11.78 ist es unserem Kultusminister (KuMi) Girgensohn endlich gelungen, die Allgemeine Schulordnung (ASchO – eher eine Ver„ASchO"ng) durchzusetzen. Die ASchO bestimmt, im Rahmen des in der Landesverfassung und in den Schulgesetzen festgelegten Bildungs- und Erziehungsauftrags, die Rechtsbeziehung zwischen Schule, Schüler und Erziehungsberechtigten. Dieses bedeutet für Schüler aller Schulsorten verstärkte Disziplinierung kritischer Schüler durch Ordnungsmaßnahmen. Um dieses Gesetz, das am 1.2.1979 in Kraft tritt, einzuführen, bedurfte es einer Nacht- und Nebenaktion des KuMi. Dies war nötig, weil die beiden ersten Entwürfe durch massive Proteste seitens der Schüler, Eltern und Lehrer verhindert worden waren.

Für Januar hat nun die Landesschülervertretung NRWs einen Höhepunkt in ihrem Kampf gegen die ASchO (vergleichbar mit Studentenschaftsgesetz SSG) angekündigt! Wir fordern alle dazu auf gemeinsam mit der Landesschülervertretung Aktionen gegen die ASchO zu machen!

Was hat es mit dieser ASchO auf sich, von der mensch behauptet, damit würden bayrische Verhältnisse in NRW eingeführt? § 3(4): *„Der Schüler hat die Pflicht, sich so zu verhalten, daß die Aufgabe der Schule erfüllt und das Bildungsziel erreicht werden kann."* Nun achte mensch aber auf dieses Bildungsziel: *„Ehrfurcht vor Gott, Achtung vor der Würde... Die Jugend soll erzogen werden im Geiste der Menschlichkeit, der Demokratie und Freiheit, zur Duldsamkeit und zur Achtung vor der Überzeugung eines Anderen, in Liebe zu Volk und Heimat"* (NRW'sche Landesverfassung). Dies alles aber natürlich *„im Rahmen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, FDGo"* laut § 35(1). Mit diesen Bestimmungen kann z.B. jeder mißliebige Schüler, der von seiner Überzeugung Atheist ist, mit Ordnungsmaßnahmen belegt werden. Besonders hart dürfte dies auch Schülerzeitungen treffen, die laut § 37(5) der Pflicht zur Erfüllung dieses Bildungszieles unterliegen. Eine unbeliebte Schülerzeitung, die sich kritisch zu „Liebe zum Vaterland" oder „Ehrfurcht vor Gott" äußert, könnte mit diesen §§§ leicht mundtot gemacht werden.

§ 8(1) bedeutet das Streikverbot für Schüler, denn „Verstöße gegen die Teilnahmepflicht sind auch nicht durch gemeinschaftliches Handeln gerechtfertigt." In § 35 wird festgelegt, daß die Schule unparteiisch sein soll, und die Lehrer darauf achten müssen „ausgewogen" ihren Unterricht zu gestalten. Hiermit wird die Schule wieder zur unpolitischen Anstalt deklariert, und das heißt letztlich das Verbot eines politischen Mandats der Schülervertretungen!

Natürlich darf der Schüler laut § 36(1) seine Meinung frei äußern, doch „darf durch die Ausübung dieses Rechtes der Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule nicht beeinträchtigt werden" (§ 36(3)). Und natürlich findet laut § 37(3) eine Zensur nicht statt, und die Herausgabe und der Vertrieb einer Schülerzeitung bedarf keiner Genehmigung. Bloß kann laut § 37(5) „der Vertrieb einer Schülerzeitung durch Anordnung des Schulleiters untersagt werden". Außerdem sind die Zeitungen laut § 37(2) verpflichtet, „sachlich" zu sein, und nicht den Bildungsauftrag zu gefährden. Und wer sich nicht an all die schönen §§§ hält, wer trotzdem aufmuckt und kein Schrumpfkopp sein will, wer politisch tätig ist und unser abnormes Schulsystem kritisiert, für den ist § 14 „Ordnungsmaßnahmen" da.

Es fängt an beim schriftlichen Verweis, über Unterrichtsaussperrung bis zu 2 Wochen, über den Rausschmiß, bis hin zur Verweisung aus allen Schulen in NRW! Schlimm ist, daß bei Ordnungsmaßnahmen gegen Berufsschüler außer den Eltern auch der Arbeitgeber benachrichtigt wird (§ 15(5)). Mit diesem schwammigen Paragraphenmeer lassen sich die Schüler aller Schulsorten wunderbar disziplinieren. Und es kann jeden treffen, denn Formulierungen wie z.B. „in dringenden Fällen kann ein Schüler vorläufig vom Unterricht ausgeschlossen werden" § 18(5), lassen sich beliebig auslegen.

Genug über §§§ gesprochen! In NRW haben schon 60 Schulstreiks gegen die ASchO stattgefunden. Nur in zwei Fällen gab es Repressionen, einmal wurde ein Schüler in Düsseldorf als „Rädelsführer" mit einem Verweis beschenkt, und im anderen Fall (ebenfalls in Düsseldorf) sperrte ein Schulleiter mit Hilfe von Polizeigewalt seine streikwilligen Schüler, die sich einem Demonstrationszug anschließen wollten, kurzerhand in ihren Klassenräumen ein. Der Leiter der Gesamtschule Gelsenkirchen hat die Lehrer seiner Schule aufgefordert, eine Liste mit den Namen der Schüler aufzustellen, die an den jüngsten Demonstrationen gegen die ASchO teilgenommen oder aufgerufen haben. Er drohte, daß die durch Demonstrationen ausgefallenen Stunden zur Nichtanrechnung von Kursen führen wird, die dann für Einzelne die Nichtzulassung zum Abitur bedeuten.

Gegen die ASchO und Unterdrückung von kritischen Schülern und Lehrer gibt es am 25. Januar, dem Aktionstag gegen die ASchO, nur noch eins tun...: DER ORGANISIERTE SCHULSTREIK!!! Organisiert Streiks, Pausenverlängerungen, Kundgebungen mit Wandzeitungen, Megaphone, Parolen, Klassenrundläufe, Flugblätter, Plakate, usw. Der Phantasie sind überhaupt keine Grenzen gesetzt !! Und am 30.1. kommt alle zahlreich nach Köln zu einer landesweiten Schüler-Demonstration. (Genauer Termin kütt noch!) Also... macht was, Leute...

WER SICH NICHT WEHRT, LEBT VERKEHRT! HINWEG MIT IHR, DER ASCHO!! Für freie politische Betätigung in Schule und Betrieb!
Schülerinitiative St. (Augustin) Nikolaus, **Kontakt über Bonner Stattzeitung De Schnüss, Wilhelmstr. 3, 5300 Bonn 1.**

JAHR DES KINDES ?
Gedankenfetzen über Sexualität und Rechte der Kinder

BONN
12. JANUAR

Ein 14-Jähriger berichtet über die offizielle Eröffnungsveranstaltung zum „Jahr des Kindes":



Ein sogenanntes Kinder-Festival

Es war echt schlimm. Die Lisa von der Indianderkommune und ich sind am Morgen total übernächtigt angekommen. Auf dem Weg zur Beethovenhalle haben wir anderen Kinder drauf angehauen, ob sie kommen. Aber wie das eben ist, die Kinder haben Schule gehabt und wußten nichts von der Veranstaltung, die angeblich für die Kinder war.

Die Kinder, die bei der Veranstaltung waren, mußten also entweder schulfrei erbitten (geht nur mit Einverständnis der Eltern!). Oder waren wie ich aus anderen Bundesländern, wo noch Ferien sind, nach Bonn gekommen, was ohne die Unterstützung der Eltern auch fast unmöglich ist. (Kontrollen beim Trampen).

Zur Veranstaltung: von „Rechten der Kinder" konnte keine Rede sein. Alles war von Scheiß-Erwachsenen, die das Ganze organisiert hatten, total kontrolliert und vorausgeplant. Jede selbständige Handlung wurde unterdrückt. Es gab ein festes Programm, das auf der Bühne durchgezogen wurde. (So'n Liedermacher war da und'n paar prominente Klugscheißer). Zum Beispiel Antje Huber, Familienministerin). Dann haben noch ein paar Leute Stände gemacht, um die Kinder für ihre Parteigruppe auszunutzen. Jusos, Falken, die „jungen Pioniere" (DKP). Dann gab's noch so'n Dritte Welt-Stand und 'n Stand vom Kinderschutzbund.

Ich bin an's Mikrofon gegangen (nach der Rede von der Ministerin) und hab gesagt, was mir zum Jahr des Kindes einfällt. Daß ich von „zuhause" ausziehen will, also das Recht der Kinder, sich von den Eltern scheiden zu lassen — der Staat soll für den Unterhalt aufkommen, finanzielle Unabhängigkeit der Kinder, Bezahlung für Unterrichtsteilnahme, eine freie, von den Kindern geschaffene, an deren Wünschen und Bedürfnissen orientierte Schule, und das Recht, nicht zur Schule gehen zu müssen. Für das Recht der Kinder, ihre Sexualität auszuleben (kein Onanieverbot durch die Eltern, die Möglichkeit bzw. das Recht für Kinder, auch ohne Einverständnis der Eltern zusammenzuleben, sich Wohnungen zu nehmen usw.) Was ich gesagt habe, hat einigen Leuten ganz gut gefallen, aber so 'ne komische Ordnerin hat mich dann von der Bühne runtergeholt.

Das Ganze war nichts als eine Propagandashow der Erwachsenenkultur, ein Versuch, die Kinder mundtod zu machen und ihnen vorzugaukeln, daß ihre Interessen hier in diesem Land vertreten werden und daß sie nicht mehr für ihre Rechte kämpfen müßten, daß die Erwachsenen schon wissen, was für die Kinder gut ist. Die Kinder sollen erst gar nicht auf die Idee kommen, ihre Wünsche auch gegen die Erwachsenen durchzusetzen. Erwachsene entdeckt euch selbst, entdeckt das Kind in euch!

Familieninteressen oder Kinderinteressen?

Das Ganze war vom Bundespresseamt und vom Ministerium für Familie und Gesundheit organisiert. Beides sind staatliche Stellen. Das Familienministerium hat die ausdrückliche Aufgabe, die Menschen dazu zu bringen, in Familien zusammenzuleben. Ich finde aber, in Familien ist es so gut wie unmöglich, daß die Kinder frei leben, daß sie lernen, ihre Wünsche zu artikulieren und auszuleben. In der Familie lernt das Kind nur eins: zu gehorchen und seine Wünsche zu unterdrücken. Denn wer sich einmal gegen seinen Vater wehrt, der gehorcht auch später vielleicht seinem Lehrer und noch später seinem Chef nicht. Für solche Kinder gibt es dafür die staatlichen Erziehungsheime. Diese Gefängnisse sind zur Zeit die einzige Alternative zur Familie. Auf die Idee, daß wir selber am Besten wissen, was gut für uns ist, kommt keiner; entweder werden wir von unseren Eltern bevormundet, oder vom Staat. Was wir wollen, ist scheinbar egal — wir sollen vergessen was wir wollen.

Was sind meine Bedürfnisse?

Auf einem der Stände wurde eine Broschüre verteilt: „Wie schütze ich mein Kind vor Sittlichkeitsverbrechern? " Kinder, die zu Leuten, die älter als 18 sind, sexuelle Beziehungen haben, sind prinzipiell „Opfer", die Erwachsenen heißen immer „die, der Täter". Daß so eine Beziehung auch vom Kind ausgehen kann, erscheint unmöglich. Naja, ich bin 14 und hab' schon öfters das Gegenteil erlebt — aber Kinder haben halt keine Sexualität. Ich bin ein sexuelles Wesen und will diese Sexualität auch voll ausleben, mit „Erwachsenen", mit 14-Jährigen, mit 16-Jährigen, mit 18-Jährigen, mit Jungen und mit Mädchen, mit „Männern" und mit „Frauen" — das ist egal, welches „ Geschlecht" und wie „Alt", aber Liebe brauche ich mehr als alles andere, aber gerade Liebe bekomme ich keine, weil andere Sachen angeblich wichtiger sind — auf die Schule, Lernen, Studieren, Geld verdienen, „aufsteigen" usw.

Ich brauch nur Wärme, ich brauch kein Haschisch, brauch keine Zigaretten und Süßigkeiten, Cocacola und keine Bücher, brauch nicht 4 Hosen und 7 Hemden, nur frieren will ich nicht und hungern auch nicht, sonst ist mir alles egal, wenn ich nur meine Gefühle nicht abwürgen muß und nicht nur ich, auch ihr, ihr habt Gefühle, ihr seid nicht tot, Leben heißt mehr als Stoffwechsel, Fressen, saufen, sinnloses Zeug lernen, sinnlose

Arbeit machen, für nichts. Weshalb darf ich meine Gefühle nicht ausleben, weshalb gibt es Gesetze, die mich zwingen, 6 Stunden am Tag irgend einen Mist zu lernen, da mach ich nicht mehr mit, ich lern nur noch die Sachen, die ich lernen will, ich werde nur noch die Sachen lernen, die ich lernen will, ich werde nur noch nach meinen Gefühlen leben, ich werde versuchen frei zu sein, und ihr werdet versuchen, mich totzuschlagen, werdet mich auslachen und mich für verrückt zu erklären, nur um nicht über eure eigne Kaputtheit nachzudenken. Ich brauch euch nicht. Warenhäuser, Popcorn, Stereoanlagen und Himbeereis. Auf den Müll damit. Konsumgüter zu besitzen und zu gebrauchen, heißt unfrei sein und seine Gefühle totzuschweigen.

Peter Laudenbach, der die Gedankenfestzen geschickt hat, sucht Leute, die mit ihm in eine Kommune ziehen wollen (Raum Pforzheim).Seine Anschrift: Peter Laudenbach, Glockwiesenstr. 5, 7534 Birkenfeld 1, Tel. 0 72 31/ 47 108

DEMOKRATISCHE PRAXIS IM.SCHUSSFELD
FACHTAGUNG DES SOZIALPÄDAGOGISCHEN ZUSATZSTUDIUM (SPZ)

HAMBURG Januar '79 *Am Freitag, den 9.2. und Samstag, den 10.2.79 findet in den Räumen des Martin-Luther-King-Hauses, Grindelallee 9, 2000 Hamburg 13 eine Fachtagung zu den Bereichen Stadtteilarbeit, Alte, Jugendarbeit, Industriearbeiter, Knast, Arbeit mit Frauen, Sozialpädagogik für Menschen unter drei, Arbeit mit Ausländern statt. Das SPZ schreibt dazu:*

Am SPZ war es den Studenten, Lehrbeauftragten und Dozenten bisher möglich, sich mit sozialen Problemen in Theorie und Praxis gleichermaßen auseinanderzusetzen. Dabei wurde stets versucht, von den Interessen der Betroffenen auszugehen (z.B. Strafgefangenen, Obdachlosen, geschlagenen Frauen). Voraussetzung dafür war, daß die Lernprozesse von den Lehrenden und Lernenden selbstbestimmt wurden und jeder Student oder auch Nicht-Student an den Seminaren teilnehmen konnte.

Ein neues Konzept soll die bisher praktizierte Arbeit des Instituts einschneidenden Beschränkungen unterwerfen, wenn ihr nicht gar ein Ende bereitet wird. Hierüber haben wir ausführlich in unserer Dokumentation berichtet. Diese Fachtagung verfolgt daher einen doppelten Zweck:
- zum einen die Diskussion unterschiedlicher Erfahrungen und Handlungsperspektiven aus den Arbeits- und Projektbereichen des SPZ
- zum anderen einen weiteren Beitrag zum Erhalt des SPZ zu leisten.

DIE PRÄSIDENTEN VON UNIVERSITÄT UND POLIZEI HAND IN HAND

FRANKFURT 24. Januar 79 „In der Medizin haben wir im ersten Semester das Fach Terminologie, wo wir in die Geheimnisse der medizinischen Codes eingeführt werden sollen, mit denen wir später den Patienten verheimlichen, was sie wirklich haben, oder unser Nichtwissen vertuschen sollen. Im Wintersemester 76/77 sollte hier eine Leistungsverschärfung eingeführt werden. Zweimal wehrte sich die überwältigende Mehrheit der Studenten gegen die Einführung einer namentlichen Klausur und boykottierte sie erfolgreich.

Dann aber wurde sie in den Semesterferien im Hauptgebäude der Universität unter dem „Schutz" einer Hundertschaft Polizei geschrieben. Dabei provozierte die Polizei Auseinandersetzungen, einige Studenten wurden festgenommen. Seit dem 10. Januar 79 stehen vier Studenten wegen Widerstand, Nötigung, Hausfriedensbruch und Körperverletzung vor einem erweiterten Schöffengericht unter Vorsitz von Richter Scheimann, der in letzter Zeit mit „hart durchgreifen"-Sprüchen („Die Zeit der kleinen Geldstrafen ist vorüber") in der Presse von sich reden machte.

Der erste Zeuge war Professor Winkelmann, er führte Aufsicht in dem Hörsaal, in dem es angeblich zu Straftaten gekommen war. Im Verlauf seiner Befragung gab er zu, daß vor dem Polizeieinsatz eine „technische Besprechung" unter Beteiligung von Professoren, Dekan Müller, Unipräsident Krupp, Vizepräsident Kelm, Polizeipräsident Müller und anderen Polizisten im Polizeipräsidium stattfand.

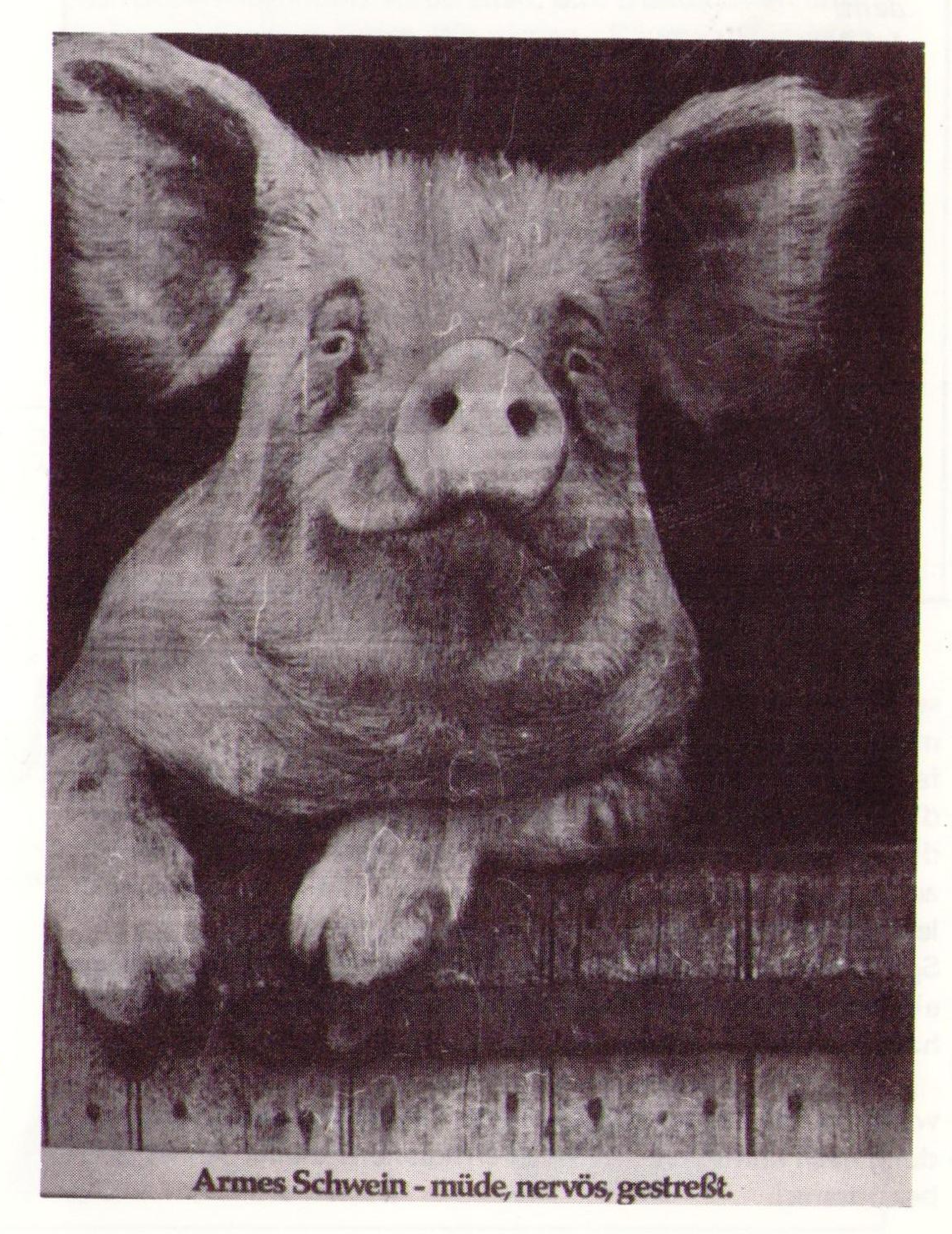
Wir ahnten es schon lange, jetzt aber ist es einmal an Deutlichkeit nicht zu überbieten gewesen, wie gut die Präsidenten von Universität und Polizei zusammenarbeiten, wenn der Widerstand von Studenten gebrochen werden soll.

Der Prozeß ging am Mittwoch, 24.1., weiter mit der Befragung des Zeugen Kelm, inzwischen frischgebackener Universitätspräsident *(siehe Bericht in diesem ID)*. Weitere Termine sind jeweils **mittwochs um 9.15 Uhr, und zwar am: 31.1., 7.2., 14.2., 21.2., 28.2., 7.3. usw."**

Kontakt: Terminologie-Initiative, Tel.: (06085) 2379.

SCHWEINEREI IM KONVENT

Frankfurt 24.1.79 Ein folgenschwerer Tag für die Uni Frankfurt: der Konvent wählt einen neuen Präsidenten. Ort der Handlung: die 'Camera', ein Hörsaal. Mitwirkende: der Konventsvorstand, der Konvent (Professoren rechts, und — klaro — der RCDS, die Stu-



Armes Schwein - müde, nervös, gestreßt.

denten und ein paar fortschrittliche wissenschaftliche Hiwis links (ts, ts) und das hochgeschätzte Publikum, Hessischer Rundfunk und Studentenschaft).

Zur Wahl stehen die Professoren Gebert und Kelm, zu Gebert ist eine Stellungnahme irrelevant, er ist ein aussichtsloser Hampel–Candidus, der kaum mehr als eine demokratische Alternative vortäuscht. Es ist allen klar: Kelm ist DER Kandidat, die professurale Mehrheitsfraktion hat seine Wahl schon vorneweg beschlossen. Hier in der darbgebotenen Kürze seine wichtigste Wahlaussage (für uns , versteht sich): "An dieser Stelle möchte ich unmißverständlich erklären, daß ich im Falle meiner Wahl zum Präsidenten dieser Universität stets meiner Verpflichtung nachkommen werde, für einen ungestörten Ablauf der Universitätsaktivitäten in Forschung, Lehre und Verwaltung zu sorgen. Störungen werden mit den gebotenen rechtsstaatlichen Mitteln unterbunden. Dies könnte auch den Einsatz von Polizei bedeuten und ggf. eine Verfolgung von Straftaten, sofern diese nicht durch inneruniversitäre Disziplinierungsmaßnahmen geahndet werden können." Tscha, alles klar.

Was kann uns ein solcher Kandidat bedeuten? Einen Dreck, erstmal, aber dann Repression, Relegationen, etc. pp. Das neue Hochschulrahmengesetz rauf und runter. Was konnten wir tun: Wir stellten einen Gegenkandidaten auf: Hartwig Schelm ist unsere Number One! Hier das Flugblatt unseres ASTA zu unserem Kandidaten:

KELM BLEIBT VIZE!!!

(Anm.: Er war es schon und hat einige Polizeieinsätze zu verantworten).

Nachdem der Oberste Schweinehirt immer mehr die Unregierbarkeit dieses universitären Saustalls feststellen mußte und resigniert sein Schwänzchen einrollte, hat jetzt ein Kandidat der Basis beste Wahlchancen. Hartwig Schelm zu Schweinberg erhält heute die höchste Auszeichnung von Borstenvieh und Schweinespeck: Er wird Universitätspräsident!

Im Sumpf geboren, im Mist entwickelt, setzte sich unser Kandidat stets für die freiheitlich-demokratische Grunzordnung ein. Nachdem der Geschmack des Mensaessens sich schon den Bedürfnissen unseres Kandidaten angepaßt hat, hoffen wir, daß die Konventsmitglieder bei ihrer Stimmabgabe dieser Entwicklung Rechnung tragen. Unser Kandidat kämpft für:

+ systematischen Ausbau von Sumpf und Suhle
+ sofortigen Abriß aller schweinefeindlichen Einrichtungen der Universität wie Prüfungsämter, Rechtsabteilung etc
+ Berufsverbot für alle Bullen im Schweinepelz
+ 150 DM mehr Ferkelgeld für alle BAFÖG-Bezieher

DIE SAU IST SPITZE !

Wir können es nur bedauern, daß der Konventsvorstand unseren Kandidaten - wir konnten ihn nur schwer überreden, mehrfache Solidaritäts- und Loyalitätsbekundungen, Kartoffeln und ein Bollerwagen waren not – ablehnt. Wir verstehen diese Haltung. Die Nervenstrapazeund der Kraftaufwand, den die Anwesenheit bei einer solchen Wahl bedeutet, wir wollten auch nicht Präsident werden. Unser Kandidat nahm diese Ablehnung sehr persönlich. Laut kreischen, das Wort: wie am Spieß trifft, zieht er sich in die neu gewonnen Freiheit zurück; ein lachendes und ein weinendes Auge, wie Kenner beobachtet haben wollen. Allemal aber protestierend!

Das Problem bleibt bestehen: Welches Schwein soll nun gewählt werden? Möge das Bessere gewinnen? Unsere Entscheidung nach kontrovers geführter Diskussion: Lieber keines! Lieber unseres!

Unseres darf es nicht sein. Dann wollen wir bei dieser Sauerei auch nicht länger mitspielen. Wir zerreißen die Stimmzettel.

Die Wahl findet statt, la farce continue – and, to come to an end: Gebert - 1 Stimme, Kelm: 50 Stück. Kelm, eben noch in einem Seitengang versteckt, hat sich inzwischen verpißt; hierzu noch eine Information vom Konventsvorstand: "Die Herren von der Kriminalpolizei werden sich zurückziehen, wenn die drei Herren, die eben im Cafe Bauer Eier gekauft haben, diese wieder herausbringen, aber nicht auf die übliche Art verteilen. Bitte."



JETZT KOMMEN AUCH DIE NAMHAFTEN KÜNSTLERINNEN

BERLIN
4. Januar 79

Ebba Sakel, die seit einem Jahr die Berliner Kunstgalerie "Andere Zeichen" – eine Frauengalerie – betreibt, hat ein Fazit ihrer Arbeit und ihrer Erfahrungen gezogen. Wir veröffentlichen Auszüge aus dem Papier:

"Vor einem Jahr, am 15.1.78, gründete ich die Galerie „Andere Zeichen – Frauen und Kunst", die erste Frauengalerie Berlins und der BRD", wie es überall hieß ...

Wie kam die Galerie zustande?

Ich habe micht immer schon gesträubt – heute wehre ich mich – als eine Benachteiligte oder Unterdrückte dastehen zu müssen, nur weil ich eine Frau war (bin). Vor 12 Jahren kam ich das erstemal in Berührung mit der Frauenbewegung. Heute verstehe ich mich als ihr aktives Mitglied. Mein Beitrag ist die Galerie. Nach Beendigung meines Studiums an einer Kunstakademie war ich finanziell völlig mittellos. Um Geld zu verdienen, arbeitete ich jahrelang als Illustratorin und Grafikerin in verschiedenen Sparten der Werbung ... Die Galerie ist unter anderem auch meine Gegenreaktion auf diese Jahre in der Werbung ...

In Berlin begann ich dann für sehr kurze Zeit nach Galerien Ausschau zu halten, die meine Arbeiten ausstellen sollten. Ich traute mich nicht so richtig ran wegen der inhaltlichen Aussagen meiner Bilder und ihrer teilweise 'eindeutigen feministischen Prägung'. Ich hatte 'Schwellenangst'. Schließlich dachte ich mir, wenn es mir so schwer fällt meine Arbeiten der Öffentlichkeit preiszugeben — und damit mein Leben —, wird es sicher vielen anderen Frauen auch so gehen. Warum also sollten Frauen nicht ihre eigene Galerie haben, eine Frauengalerie, an die sie sich vertrauensvoll auch und gerade mit ihren ureigensten und privatesten Aussagen wenden konnten ... Das Ladenlokal, in dem früher einmal ein Zoohändler seine Vögel gezüchtet hatte, mußte erstmal gründlich renoviert werden. Meine Freundin Tille Ganz und viele andere halfen mir dabei. Ich stand plötzlich nicht mehr allein da. Heute mache ich die Galerie mit Tille zusammen. Aber es gibt immer einige Frauen — meist lernen wir sie durch die Galerie erst kennen — die uns helfen zwischendurch. Ohne deren Hilfe hätten wir es oft kaum geschafft. ..
Etwa drei Monate, bevor ich die Galerie eröffnete, ging ich auf die Suche nach Künstlerinnen. Ich war ja noch neu in Berlin, kannte die hiesige Kunstszene noch nicht so. Ich suchte mir Adressenmaterial zusammen, vor allem aus dem Katalog 'Künstlerinnen international'. Dann telefonierte ich die Künsterlinnen an. Die namhaften, sogenannten 'feministischen Künstlerinnen' hatten Bedenken, in der Galerie auszustellen, weil es eine Frauengalerie war! Sie waren alle skeptisch. Eine sehr bekannte Künstlerin, die ich in ihrem Atelier besuchte, fragte erst ihren Mann, der die ganze Zeit mit dabei war; und als dieser seine Bedenken gegen die Galerie äußerte, sagte sie mir ab. Sie vertröstete mich mit dem 'in einem Jahr vielleicht', was ich später von anderen Künstlerinnen immer wieder zu hören bekommen sollte. 'In einem Jahr vielleicht', das hieß: wenn die Galerie erst mal läuft, wenn sie einen Namen hat, wenn sie bekannt ist. Auch bei den Medien. Da sich also diese sogenannten feministischen Künstlerinnen nicht herabließen, in einer Frauengalerie auszustellen, wurde die erste Ausstellung in der Galerie zu ein einem Kompromiß, mit dem ich nicht sehr zufrieden war. Trotzdem wurde die Galerie mit einem Schlag bekannt ... Ja — und dann kamen die Künstlerinnen ... Auch die namhaften ... Nach den ersten Enttäuschungen habe ich es mir zum Prinzip gemacht, nie wieder Künstlerinnen zu fragen, ob sie bei uns ausstellen wollen. Alle, die jetzt bei uns ausstellen, sind Frauen, die an die Galerie von sich aus herantreten. Mir ist viel wohler dabei. Denn von diesen Frauen ist anzunehmen, daß sie sich von vorneherein in etwa mit der Galerie identifizieren, sich diese Galerie also ganz bewußt als ihr Forum aussuchen ... Besonders erfreulich ist das internationale Interesse an der Galerie. 1979 wird beispielsweise u.a. auch die amerikanische Feministin und Bildhauerin Kate Millet bei uns ausstellen, die zu diesem Zweck auch nach Berlin kommen wird. Seit Oktober 78 gebe ich in der Galerie regelmäßig Kurse für Frauen, die lernen wollen, sich bildnerisch auszudrücken. Die Kurse finden Anklang bei den Frauen. Die gemeinsame Zusammenarbeit macht viel Spaß. Die Kurse sind eine wichtige Erweiterung und gehen über den bisherigen Rahmen der Galerie hinaus. Was in den Kursen entsteht, wird die Galerie noch zeigen."

Kontakt: Galerie "Andere Zeichen", Bleibtreustr. 53, 1000 Berlin 12

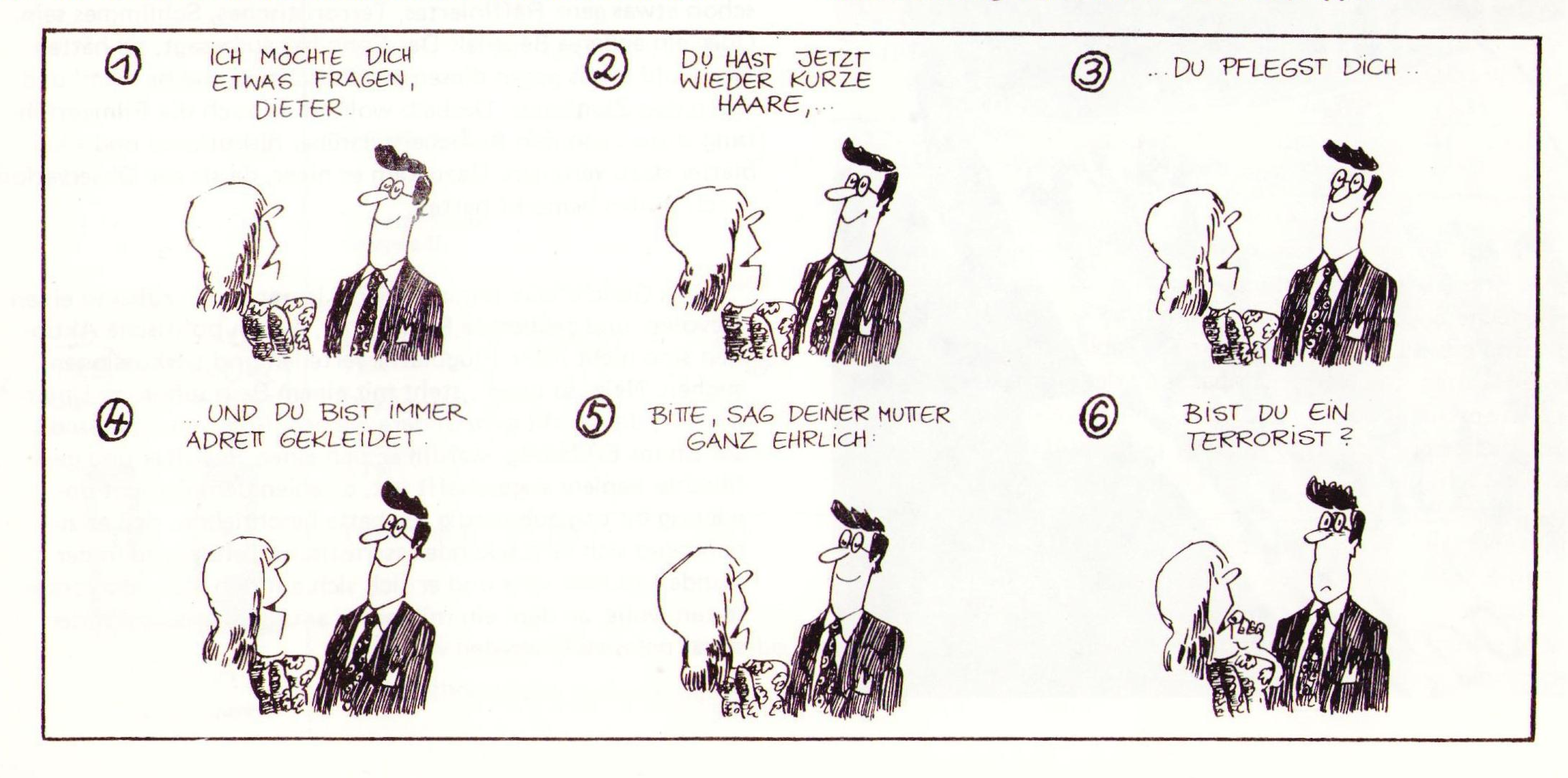
SCHWULE WOLLEN ZUM KIRCHENTAG

NÜRNBERG 24.Januar *Schwule schreiben in einer Pressemitteilung:* „Wir, die Nürnberger Schwulen- und Lesbengruppe, nehmen im Sommer 79 am evangelischen Kirchentag zu Nürnberg teil. Zu diesem Kirchentag hat sich die bundesweit organisierte AG ‚Homosexuelle und Kirche' diesjährlich fristgerecht angemeldet. Der ‚Markt der Möglichkeiten', der im Rahmen des Kirchentages dazu dienen soll, der Öffentlichkeit ein Bild von der Arbeit der Kirche zu vermitteln, soll für diese AG jedoch gesperrt sein, da ihr vor kurzem hierfür offiziell die Genehmigung verwehrt wurde. Münchens Oberkirchenrat Greifenstein sprachmittlerweile öffentlich vom ‚Markt der Unmöglichkeiten' für den Fall, daß sich Homosexuelle beteiligen sollten.

Nichtsdestotrotz und gerade deshalb beabsichtigen wir, uns nicht ausschließen zu lassen. Bitte macht euch Gedanken, ob und wie ihr euch an diesem Kirchentag beteiligen wollt, ob ihr kommen könnt, um uns zu unterstützen! Bitte schreibt uns Ideen und Vorschläge möglichst bald.

Parallel zu den Offiziellen Veranstaltungen wollen wir . alternative Programme vorbereiten, d.h. Diskussionen organisieren und Feste zu feiern. Wir planen, Räume anzumieten, wo wir Filme zeigen und auch andere Dinge tun können. Bitte gebt uns bald Bescheid, damit wir wenn möglich, privat für Übernachtung sorgen können. Termin für den Kirchentag: **Beginn Mittwoch, 13.Juni, Schlußveranstaltung, Sonntag, 17. Juni 1979.** Während dieser Tage wird im Messezentrum besagter 'Markt der Möglichkeiten' stattfinden."

„Fliederlich" c/o Wolfgang Kaaden, Waldstromerstraße 10, 8500 Nürnberg 14, Tel. 0911 / 640298, App. 2



URTEIL IM ENTEBBE-FILM-PROZESS

Ein Prozeßbeobachter berichtet von der Urteilverkündung im Prozeß gegen Enno Schwall und Gerd Albartus:

DÜSSELDORF 25. JANUAR Am 19. Januar wurde nach einjähriger Verhandlungsdauer in Düsseldorf das Urteil gegen Gerhard Albartus und Enno Schwall verkündet: 4 Jahre und 9 Monate bzw. 6 Jahre Knast. (siehe auch ID 261/262) Sie wurden für schuldig befunden, als Mitglieder der „Revolutionären Zellen" in Aachen im Januar 1977 einen nicht-funktionierenden Brandsatz gegen den berüchtigten Film „Unternehmen Entebbe" gelegt zu haben.

Über 90 Prozeßtage lang haben sich die 5 Richter des 4. Strafsenats beim Oberlandesgericht (Wagner, Schimanski, Paul, Ibold, Spangenberg) in guter Zusammenarbeit mit den beiden Staatsanwälten Rosenbaum und Fürstenau in einem fensterlosen Sondergebäude (das eigens für den Stockholmprozeß gebaut worden war und in dem in diesem Jahr auch die Prozesse gegen Johannes Roos, Knofo Kröcher/Manfred Adomeit stattfinden werden) innerhalb der Düsseldorfer Polizeikaserne durch Unmengen von Asservaten, Zeugenaussagen und Gutachten „gequält".

Sie haben Gutachter darüber gehört, ob man mit Bananensteckern nur Bomben bauen kann oder ob die schlicht zu jeder Bastelausrüstung gehören; ob elektrische Wecker von Junghans ein sicheres Indiz für RZler sind; ob man aus bestimmten Zahlenkombinationen (z. B. 6 – 12) nicht ablesen kann, daß hier geplant ist, Kinder im Alter von 6 bis 12 Jahren zu entführen, oder dass mindestens irgendwann am 6. Dezember der große Coup über die Bühne gehen soll; ob ein Häkchen auf einem Notizblock ein L oder ein C bedeutet.

Sie bemühten sich aufrichtig und mit Phantasie durch Verlesen von RZ-Bekennerbriefen (es war sehr schön, dabei den Vorsitzenden zum Kampf gegen den Imperialismus und ähnlichem aufrufen zu hören) und durch intensives Studium sämtlicher Revolutionärer Zörner das bis dato gerichtlich noch nicht erfaßte Phänomen RZ auf den korrekten terroristischen Vereinigungsbegriff zu bringen.

Beim Abtransport Gerds und Ennos in den Knast. Auf den Transparenten stand: „Eines Tages scheint die Sonne auch in deine Hintertür" („The Sun's Gonna Shine in Your Backdoor Some Day"/Sonny Terry & Brownie McGhee); „Niederlagen sind die Kämpfe, die wir nicht führen"; „Bis bald".



Doch dieser Prozeß und seine Vorder- und Hintergründe waren nicht so witzig, wie es hier auf den ersten Blick anmutet. Ein Jahr bemühte sich das Gericht mit Erfolg, wie man sieht, aus den mehr als dürftigen Beweisen gegen Gerd und Enno die wenigen Facts herauszupicken. Sie zu drehen und zu wenden, auf den Kopf und wieder auf die Beine zu stellen, bis schließlich, allen zeitweilig aufgetauchten Zweifeln zum Trotz, das heraus kam, was sollte: Gerd und Enno waren im Kino in Aachen, deshalb haben sie dort den Brandsatz gelegt. In einem Bekennerbrief hat eine Revolutionäre Zelle „Kämpfer für ein freies Palästina" die Verantwortung für den Anschlag übernommen, also sind die beiden Mitglieder d e r RZ und haben darüberhinaus als solche noch andere terroristische Gewalttätigkeiten gemacht oder zumindest geplant.

Wichtig war für dieses Gericht eigentlich weniger, mit Hilfe von Indizien die RZ-Mitgliedschaft der beiden nachzuweisen, sondern vielmehr alle Zeugenaussagen, Sachbeweise und unleugbare Tatsachen daraufhin zu untersuchen, ob sie mit dem gerichtseigenen Bild von Gerd und Enno übereinstimmen. Das meint, ob den beiden die Mitgliedschaft in der Rz und damit auch diese oder jene Tat zuzutrauen sei.

Dieses „Zutrauen" der Richter baute auf die sogenannte Gesamtschau aller Ereignisse. Details aus dem Leben jedes normalen Linken, wie zum Beispiel Besitz von bestimmten Flugblättern, Büchern oder dem „Zorn" wurden zielgerichtet in das Bild von den „terroristischen Gewalttätern" eingefügt. Nur in wenigen Fällen gelang es der Verteidigung, die in diesem Prozeß gezwungen war, den „Unschuldsbeweis" zu führen, solche Details zu entkräften. So glaubte das Gericht erst in dem Moment nicht mehr daran, eine „militante Selbstverpflichtung" von Gerd gefunden zu haben, als einer der Anwälte das altbekannte Indianerplakat mit eben diesem Text präsentierte. („Wenn militant sein heißt...")

Wenn eine Aussage dem Gericht nicht plausibel erschien, dann mußte eben mehr dahinter stecken. Ein Beispiel: Der Gerd, ein arbeitsloser Lehrer, wollte ein altes schrottreifes Auto klauen, um die ausgeschlachteten Teile dann zu verkaufen. Weil er aber das Auto mit einer Schloßauszieherkralle geknackt hatte - und die ist nach Auffassung der Richter ein terroristen-typisches Werkzeug - war für sie klar, daß dies ein Klau mit terroristischem Hintergrund war. Sie wollten ihm nicht abnehmen, daß er aus rein persönlichen Bereicherunsgründen so etwas machen würde, sie hätten einen anderen Eindruck von ihm gewonnen. Also m u ß mehr dahinter stecken - was, das ist unbekannt. Das aber das Gericht sicher ist, daß der Gerd ein RZler ist, wird das schon etwas ganz Raffiniertes, Terroristisches, Schlimmes sein. Oder ein anderes Beispiel: Der Enno hat ausgesagt, sie hätten sehr wohl etwas gegen diesen ‚rassistischen Entebbe-Film' und gegen den Zionismus. Deshalb wollten sie auch die Filmvorführung stören, mit den Besuchern darüber diskutieren und Flugblätter dazu verteilen. Dazu kam es nicht, da sie die Observation durch Bullen bemerkt hatten.

Das Gericht aber argumentiert: Jemand, der zuhause einen Revolver und gefälschte Papiere hat, dessen politische Aktionen sind nicht mehr Flugblätterverteilen und Diskussionen suchen. Nein, so einer „steht mit einem Bein schon im Untergrund", der macht ganz andere Sachen, Bomben legen und so. Ennos Erklärung, warum er sich einen Revolver und gefälschte Papiere angeschafft hat, erschien dem Gericht unwichtig bis unglaubwürdig. Er hatte beschrieben, daß er zunehmend sich verstärkende faschistische Tendenzen in der Bundesrepublik sehe und er sich sich auf den Moment vorbereiten wolle, an dem ein militanter antifaschistischer Widerstand notwendig werden würde.

Diese Einschätzung widersprach selbstverständlich der Vorstellung der Richter von der BRD als einen freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat. Da das Gericht als Staatsschutzsenat eben diesem Staat gegenüber verpflichtet ist, kann ein Prozeß von über einem Jahr nicht mit einem Freispruch enden. Es sei denn, daß durch eklatante und überraschende Gegenbeweise in letzter Minute die Anklage völlig in sich zusammenbricht (wie bei den angeblichen Polizistenmördern Detlev Schulz und Johannes Roos).

Die Urteilsverkündung selbst lief unter beachtlicher Nervosität von Gericht und Bullen ab: Im Saal saßen neben fünf Zuschauern (sonst waren es meist mehr) über 60 Bullen in Zivil, wohl mit der Erinnerung an den Putz bei der Urteilsverkündung im Stockholm-Prozeß. Entgegen dieser Erwartung und gerade wegen der Erinnerung und der danach folgenden Besuchssperren u.ä. hatten sich über 30 Freunde der beiden Transparente gemalt und sich damit beim letzten „Transport" der beiden vom Gericht vor den Knast gestellt. Zum großen Erstaunen der zahlreichen Sicherheitskräfte auf den Straßen wurde die „letzte Chance" , Gerd und Enno zu befreien und mitzunehmen, nicht genutzt...

Kontakt: Prozeßbüro Albartus/Schwall/Schlehuber, c/o Buchladen BVG, Konkordiastr. 81, 4000 Düsseldorf

UND IN HIMMLISCHER UNSCHULD SCHWEIGT DIE METALL

FRANKFURT
22. Januar 79

Die Mehrheit der Stahlarbeiter (genau 54,5% der abgegebenen gültigen Stimmen) habe sich in der Urabstimmung für den Stahlabschluß entschieden, der die 40-Stunden-Woche auf fünf Jahre hinaus festschrieb – so ließen IG Metall und Presse verlauten. Teilergebnisse wurden offiziell nicht bekanntgegeben, sie sind aber inzwischen an die Öffentlichkeit geraten. Die Zweifel, ob da vielleicht übereifrige Stimmenzähler am Werk waren, verstummen nicht. *(siehe ID 264/65)*

Wir haben die Teilergebnisse für folgende Bereiche: Stadt Duisburg, Stadt Dortmund, Krupp Geisweid und Mannesmann-Holzhausen, Siegen-Niederschelden, Klöckner Bremen, Klöckner und Georgsmarienhütte in Osnabrück. Dort (siehe Tabelle Teilsumme I) sind 70.549 gültige Stimmen abgegeben worden, davon haben 37.088 mit NEIN, also gegen den Abschluß, gestimmt (das sind 52,6 %) und 33.461 mit JA (das sind 47,4 %). Stimmberechtigt waren 83.705 Gewerkschaftsmitglieder; von ihnen waren 12.784 nicht zur Wahl gegangen, und 372 hatten ungültige Stimmen abgegeben.

	Stimmberechtigt	abgegebene Stimmen	Enthaltungen	ungültige	gültige	Nein	Ja	
„offizielles" Gesamtergebnis nach IG Metall	154.065	140.014 90,88%	14.051 9,12%	661 0,43%	139.353 90,45% 100%	63.082 40,95% 45,27%	76.271 49,51% 54,73%	 a) b)
Teilergebnisse (gegen den Willen der Bonzen veröffentlicht)								
Bremen Klöckner	3.187	2.849 89,4%	338 10,6%	8 0,25%	2.841 89,15% 100%	1.127 35,4% 39,7%	1.740 53,8% 60,3%	
Dortmund	23.851	20.432 85,66%	3.419 14,34%	117 0,49%	20.315 85,17% 100%	10.961 45,95% 53,96%	9.354 39,21% 46,04%	
Duisburg	45.261	38.559 85,19	6.702 14,81	169 0,37	38,390 84,82 100	21.837 48,25 56,88	16.553 36,57 43,12	
Geisweid + Holzhausen	3.527	2.159 61,2	1.368 38,8	16 0,45	2.143 60,75 100	502 14,2 23,4	1.541 46,5 76,57	
Osnabrück	6.661	5.811 87,2	850 12,8	45 0,8	5.766 86,4 100	2.345 35,2 40,7	3.421 51,4 59,3	
Siegen Krupp	1.218	1.111 91,4	107 8,8	17 1,4	1.094 90,0 100	316 26,0 28,85	778 64,2 71,15	
Teilsumme I	83.705	70.921 84,73%	12.784 15,27%	372 0,44%	70.549 84,28% 100%	37.088 44,3% 52,6%	33.461 39,9% 47,4%	
Teilergebnisse Gruppe II								
Hagen (Stadt)	2.670 ?	2.403 ?	267 ? 10% ?	10 ?	2.393 100%	1.217 50,9%	1.076 49,1%	 b)
Krefeld TEW	5.252 ?	4.674 89%	578 11%	33 0,6%	4.641 88,4% 100%	1.999 38,1 43,1	2.642 50,3% 56,9%	 a) b)
Oberhausen	5.771 ?	5.194 ?	577 ?	20 ?				
Oberhausen ATH	5.771 ?	5.194 ?	577 ? 10% ?	20 ?	5.174 100%	2.551 49,3%	2.623 50,7%	a) b)
Teilsumme II	97.398 ?	83.192 ?	14.206 !!	390	82,757 100%	42.855 51,8%	39.902 48,2%	

a) Berechnung auf Basis der Stimmberechtigten

b) Berechnung auf Basis der gültigen Stimmen



So weit, so gut. Aber, nach der IG-Metall, waren im Gesamt-Abstimmungsgebiet 154.065 Leute stimmberechtigt und 140.014 stimmten ab; das heißt, nur 14.051 enthielten sich.

Ziehen wir mal die Enthaltungen in den oben genannten Bereichen — etwa die Hälfte des Abstimmungsgebiets — von denen des Gesamtergebnisses ab, so ergibt sich: es bleiben ganze 1.267 übrig. In den restlichen Betrieben hätten sich also volle 98,2% an der Abstimmung beteiligt, während es in den oben genannten Bereichen nur 84,7% waren. Hmmm. Rechnen wir weiter.

Bekanntgeworden sind auch die Teilergebnisse der Stadt Hagen, der Thyssenhütte Oberhausen, der Thyssen-Edelstahlwerke Krefeld. Von diesen drei Städten kennen wir noch nicht die genaue Zahl der Stimmberechtigten. Bei den Thyssen-Edelstahlwerken in Krefeld gab es angeblich eine Wahlbeteiligung von 89%; nehmen wir bei Hagen und Oberhausen nur 10% Enthaltungen an (vorsichtig geschätzt), so kommen wir zu einer Summe von 14.206 Enthaltungen bei 97.398 Stimmberechtigten. Die IG Metall jedoch gibt nur 14.051 Enthaltungen für den gesamten Stahl-Wahl-Bereich an. Somit hätten die übrigen 56.667 Wahlberechtigten 56.822 Stimmen abgegeben! Das entspräche einer Wahlbeteiligung von 100,3%. Traumhaft!

Wir haben versucht, diese Merkwürdigkeiten mit der IG-Metall-Führung zu klären. In der zuständigen Bezirksleitung in Essen war Kurt Herb nicht aufzufinden, alle anderen — nicht zuständig: „Reden Sie mit Herrn Breitinger in Frankfurt!"

Herr Breitinger ist Leiter der Abteilung Organisation beim IG-Metall-Vorstand. Er versuchte, uns zu helfen.

„Rechnungen mit Einzelergebnissen sind sinnlos. Die Kollegen können abstimmen, wo sie wollen, am Wohnort oder im Betrieb. Auch deswegen geben wir keine Einzelergebnisse an die Presse. Diese wären irreführend." — „Aber Herr Breitinger, wieso gibt es in den Städten, für die wir Einzelresultate haben (das ist mehr als die Hälfte), durchschnittlich mehr als 15% Enthaltungen?" Breitinger: *„Woher haben Sie denn diese Resultate?"* — „Zum größten Teil von den IG-Metall-Verwaltungsstellen." — *„Die sind wertlos, das sind keine offiziellen Resultate."* Breitinger hat die Einzelresultate. *„Aber die geben wir nicht der Presse."*

Es hapert mit der Zahl der Enthaltungen, aber auch bei den abgegebenen gültigen Stimmen scheint manches sonderbar. Wir haben — siehe Teilsumme II in der Tabelle — Teilergebnisse für 82.757 gültige Stimmen; und zwar 42.855 (51,8%) Nein- und 39.902 (48,2%) Ja-Stimmen. Nach Adam Riese und den offiziellen Angaben bleiben noch 56.596 Stimmen übrig, und, um auf das offizielle Gesamtergebnis zu kommen, müßten von den restlichen Stahlarbeitern 64,3% mit Ja und nur 35,7% mit Nein gestimmt haben. Uns liegen aber Ergebnisse aus anderen Teilbereichen vor, nach denen auch dort etwa 50% mit Nein gestimmt haben.....

Der strapazierten Fantasie, die sich fragt, woher denn diese enorme Beteiligung in bestimmten Betrieben kommt und aus welchen Ecken die dringend benötigten Ja-Stimmen kamen, kommt der amerikanische Wahlexperte Tom Jordan zu Hilfe. Jordan grinst: *„Du kannst mit einer Wahlurne, vor allem, wenn ihr Werdegang nicht kontrolliert ist, verschiedenes anstellen. Erstens kannst du sie ganz verlieren oder eine andere stattdessen hinstellen. Das ist mühsam und riskant. Zweitens aber kannst du sie haufenweise mit den von dir gewünschten Zetteln ausfüllen. Paß nur auf, daß du nicht zu viel reinwirfst, so daß du gefährlich nahe an die Zahl der Stimmberechtigten oder sogar darüber kommst ....* Vielleicht ist das der IG Metall passiert ? Jedenfalls klagen Lokalzeitungen gerade in den Teilen des Ruhrgebiets, in denen wir 100,3% Wahlbeteiligung festgestellt haben — nämlich in Mülheim, Essen und Bochum — darüber, daß es unmöglich ist, von der IG Metall überhaupt irgendwelche Zahlen zu bekommen. Auch entrüstete Stahlarbeiter bekamen sie nicht, selbst nicht von den Betrieben, in denen sie arbeiten.

Die Erklärung von Herrn Breitinger dazu, daß es in diesem Bereich merkwürdigerweise mehr abgegebene Stimmen als Stimmberechtigte gibt, ist wert was sie wert ist, aber selbst wenn dadurch mehr als ein paar hundert überschüssige Stimmen geklärt werden könnten — wo sind denn die Betriebe, in denen die enorm hohen Ja-Stimmen abgegeben wurden ?

Die MEHRHEIT der Stahlarbeiter — so Jordan im Gegensatz zur gesamten Presse, auch dem ID („Der Kollege M.....", ID 265) — habe NICHT mit Ja gestimmt. Aber wer interessiert sich schon dafür? „Spiegel" wie „Stern" fanden die Nachricht von der vermutlichen Wahlfälschung, geäußert gegenüber verantwortlichen Journalisten, auf Anhieb „sehr interessant". Aber schließlich meinte der „Spiegel": man könne das ja gar nicht beweisen; und der „Stern": es hätte ja am Gesamtergebnis doch nichts geändert. Gewiß waren die 75 Prozent, die zur Ablehnung des Verhandlungsergebnisses nötig gewesen wären, nicht zu schaffen — aber mit einer „Mehrheit" kann sich die IG Metall nur brüsten, weil keine Medien-Krähe ihr ein Auge aushackt.

Kontakt: über ID, Stichwort BETRIEB

KRUPP-SCHMIEDEARBEITER WOLLEN NICHT STILLGELEGT WERDEN

BOCHUM
25. JANUAR

Bei den Friedrich-Krupp-Hüttenwerken in Bochum (früher der „Bochumer Verein", eines der ältesten Stahlwerke Deutschlands, und noch nicht friedhofsruhig, obwohl rechte SPD und politische Polizei den Betrieb von Linken „sauber" halten) soll der Schmiedebereich stillgelegt werden. Im April wird der Aufsichtsrat über Vorschläge entscheiden, die Gesenkschmiede nach Essen zu verlegen und damit in Bochum Arbeitsplätze abzuschaffen.

An der Gesenkschmiede hängen 600 bis 1000 Arbeitsplätze. Für sie waren größere Investitionsmaßnahmen geplant (25 Millionen Mark); hohe Zuschüsse der Bundesregierung sind abrufbereit zur Verfügung gestellt worden, denn bei der geplanten Modernisierung der Gesenkschmiede, die als „Hölle von Bochum" bekannt ist (schwerste Arbeit in glühender Hitze), sollte auch für die „Humanisierung der Arbeitswelt" etwas abfallen. Aber Krupp hat das Geld bisher nicht abberufen, und es droht die Stillegung.

Auch im Preßwerk und im Hammerwerk soll künftig rentabler gearbeitet werden. Ein Betriebsrat aus dem Schmiedebereich: „Dort soll wieder ein akkordähnlicher Leistungslohn eingeführt werden. Sie streitens nicht ab, wenn man von Erpressung spricht: entweder kommt der Akkord — oder die Arbeitsplätze werden nach Essen verlagert."

Am Vormittag der großen Stahlarbeiter-Demonstration vom 12. Dezember 1978 machten die Bochumer Krupp-Leute einen spontanen Protestmarsch mit den Parolen:
„Wir sind bereit, Krupp in den Streik"
„Bochums Schmiede mit Tradition, Stillegung ist der Lohn"
„Die Gesenkschmiede darf nicht dichtgemacht werden"
„16. 2. 79 Todesstoß für den FKH-Schmiedebereich"

Insgesamt betreffen die Stillegunspläne unter Einschluß der betroffenen Bearbeitungsbetriebe 4000 Arbeiter. — Nur noch am Rande: Krupp gehört bekanntlich zu einem großen Teil dem Amerika-Urlauber Rehza Pahlevi, Adresse vormals: Auf dem Pfauenthron, Teheran. Der Betriebsrat: „Vom Unternehmen wurde bindend erklärt, durch den Rausschmiß vom Schah entstehen keine Probleme. Aber die können ja viel sagen. Wenn der sagt, er braucht jetzt sein Geld, und zieht es aus dem Krupp raus, dann stehn die nackig in den Erbsen."

Nähere Informationen über: Bochumer Volksblatt, An der Landwehr 47, 4630 Bochum 1

„ICH HABE DAMIT NICHTS MEHR ZU TUN..."

FRANKFURT Januar '79 *Diese Meldung erreichte uns kurz vor Ladenschluß:*

„Im Zuge der geistigen Auseinandersetzung mit dem Terrorismus war letzte Woche in der Frankfurter Rundschau ein Zitat von Ilse Stachowiak zu lesen: „Ich habe damit nichts mehr zu tun!"

Die Quelle für diesen Artikel, in dem Ilse Stachowiak in eine Reihe mit Hans-Joachim Klein, H.J. Dellwo und Volker Speitel gestellt wird, liefert eine Reportage der Bunten Illustrierten über die „Aussteiger aus der Terrorszene" (so die ‚Bunte'). Den Lesern der Artikel in der Frankfurter Rundschau wie auch in der Bunten wird hierbei der Eindruck vermittelt, Ilse Stachowiak hätte ihre Vergangenheit an die bürgerliche Presse verkauft. Sie ist in der Bunten zwischen Bildern des Kronzeugen Ruhland und Horst Mahler, der meint, sich durch Interviews mit dem Spiegel die Freilassung erkaufen zu können. Dazu ist folgendes zu sagen:

Ilse Stachowiak hat nie ein Interview mit der Bunten oder sonstiger bürgerlicher Zeitungen gemacht und wird es auch in Zukunft nicht tun! Vielmehr wurden alle Versuche, die die bürgerlichen Medien machten, Ilse vor ihren Propagandakarren zu spannen von ihr im Keim erstickt. Der Redakteur, der für diese Schmiererei verantwortlich zeichnet, erklärte vielmehr der Mutter von Ilse, er müsse ohnehin etwas schreiben, auch wenn Ilse sich weigert, ein Interview zu geben.

Es wird suggeriert, daß Ilse Stachowiak für ihr Aussteigen 2 1/2 Jahre ihrer Strafe erlassen bekam (laut Zeitung '76 verurteilt, '78 entlassen). Wahr ist: Ilse ist zwar erst '76 verurteilt worden, jedoch war sie schon seit '74 in Haft, saß also 4 1/2 Jahre ab, bevor sie entlassen wurde. Sie hat auch nie irgendwelche belastenden Aussagen vor den Bullen, der Presse oder sonst irgend jemand gemacht."

ICH HABE DEN WEG IN DIE FREIHEIT GE– WÄHLT

Hamburg 24.1.79 *Borvin Wulf hat einen offenen Brief geschickt und ist untergetaucht, um nicht wieder ins Gefängnis zu müssen. Der Brief ist leicht gekürzt:*

"An meine Lieben, Freunde und Bekannten – zur Alternative Freiheit oder Unfreiheit des Menschen.

Ihr kanntet - der eine mehr, der andere weniger - mich und meine politisch-soziale Situation: am 25.1.1975 unter der Beschuldigung verhaftet, Gründer bzw. Mitglied einer "kriminellen" Vereinigung zu sein, eine sprengstoff- und waffenstarrende Ferienwohnung in der Lüneburger Heide besessen zu haben und an einem Sprengstoff- bzw. Brandanschlag auf das Haus des (ehemaligen) Hamburger Justizsenators Klug und das Auto des (ehemaligen) Chefarztes der Hamburger Untersuchungshaftanstalt, Mairose, beteiligt gewesen zu sein, saß ich 26 Monate in Untersuchungshaft, davon 17 Monate in Isolationshaft, wurde – nach einem Staatsschutzprozeß von 3/4 Jahr Dauer – dann (zusammen mit Bernd Geburtig) zu 5 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt, wurde am Tag der Urteilsverkündung (2.3.77) gegen Meldeauflagen und weil beide Parteien (also Staatsanwaltschaft einerseits und Verteidiger/ich andererseits) Revision gegen das Urteil einlegten, aus der Haft in die Freiheit entlassen.

Zum Schluß des Staatsschutzprozesses aufgrund medizinischer Gutachten wegen der gegen mich verhängten Isolationshaft und wegen der justitiellen Prozeßterrorbedingungen erheblich krank und deshalb nur noch maximal eine Stunde verhandlungsfähig gewesen, begann ich nach meiner Entlassung langsam wieder zu LEBEN, begann meine Umwelt und die in und mit mir ablaufenden gesellschaftlichen Prozesse wieder real wahrzunehmen und konnte mich an ihnen wieder beteiligen, spürte wieder (der unmittelbaren Direktheit wegen) elementar und physisch menschliche Wärme, Liebe, Zärtlichkeit und kritische Solidarität, die mir zuteil wurde, erfuhr medizinisch-therapeutische Hilfe von Ärzten, denen ich vertrauen konnte, klinkte mich wieder ein in alte politisch-soziale Arbeitszusammenhänge (z.B. die der Hamburger Evangelischen Studentengemeinde ESG), begann im Herbst 1977 an einer beruflichen Umschulung teilzunehmen, die – nicht nur des monatlichen Unterhaltsgeldes wegen – ein klein wenig zu meiner und meiner Familie finanzieller Existenzsicherung beitragen sollte, sondern von der ich mir – nach dem vorgesehenen Abschluß im März 1979 – eventuelle Möglichkeiten erhoffte, wieder beruflich arbeiten zu können.

Fakt – und das wißt ihr gleichfalls – war allerdings auch, daß meine mit dem 2.3.1977 neu gewonnene und mir – zusammen mit anderen Menschen – neu erarbeitete Freiheit eine Freiheit war, die sich ständig auf Abruf befand:

Einerseits: je länger ich mich in Freiheit befand, desto fundierter (wenn auch nicht immer widerspruchsfrei) wurden zwar meine politisch-sozialen Zusammenhänge und zahlreiche meiner mitmenschlichen Bindungen, und desto klarer wurde mir auch bewußt, welche Dimensionen und Qualität die Freiheit des Menschen haben kann, wenn er mit ihr verantwortungsbewußt umzugehen und sie zu entwickeln versteht.

Andererseits: Je länger ich mich in der Situation der ständigen Erwartung des justitiellen Abrufs von meiner Freiheit befand, desto mehr Angst hatte ich davor, meiner Freiheit – wegen der mir bevorstehenden Verbüßung der Reststrafe von 3 1/2 Jahren – wieder verlustig zu werden.

Diese Ambivalenz, dieses Hin- und Hergerissensein zwischen Glücksempfinden, Lebenslust und stringentem politischen und sozialen Arbeitswillen auf der einen Seite und auf der anderen Seite Angst davor, die Inhalte, Qualitäten und Perspektiven meiner seit dem 2.3.77 neu gewonnenen Freiheit und Arbeit wieder verlustig zu werden, bewog mich dazu, ernsthaft und gründlich darüber nachzudenken, wie ich mich wohl für den Tag X, den Tag meiner Wiedereinberufung in den Knast und die dann noch folgenden 3 1/2 Jahre vorbereiten, entscheiden und verhalten würde. Dieser – bei mir sehr widerspruchsvoll ablaufende und schwierige Entscheidungsfindungsprozeß – erhielt neue Aktualität im November 1978, als meinen Anwälten und mir das (letztinstanzliche) Urteil des Bundesgerichtshofes (BGH) zur Kenntnis gelangte, meine Revision sei als "unbegründet" verworfen worden, das Urteil damit rechtskräftig und endgültig.

Damit aktualisierte und dramatisierte sich für mich der Entscheidungsfindungsprozeß: "freiwillig" für 3 1/2 Jahre ins Gefängnis zurückkehren oder die (einzige) Alternative wählen? Diese Frage spitzte sich noch einmal zu - nun allerdings endgültig, – als ich am 2.12.78 von der Justiz schriftlich und ultimativ die Aufforderung erhielt, binnen einer Woche meine Reststrafenverbüßung von 3 1/2 Jahren anzutreten und zwar in der Justizvollzugsanstalt Kiel. . .

Ich habe mich entschieden und den Weg in die Freiheit gewählt! Ich habe lange um die richtige Entscheidung gerungen: Bewußt bin ich mir, daß politische Emigration, Flucht, Untertauchen, neue Identität, politisch-soziale Arbeit aus diesen Bedingungen heraus bedeuten, seiner kulturellen, ökonomischen, politischen und sozialen Zusammenhänge, in denen man aufwuchs und welche die eigene Identität prägten, äußerlich verlustig zu werden und die politische und soziale Arbeit, die lebendige Diskussion und sinnlich spürbare Erfahrung von Liebe von und zu Menschen, mit denen man zusammenlebte und -arbeitete, wahrscheinlich völlig (schon aus Sicherheitsgründen notwendigerweise) aufzugeben. Hinzu kommt die Ungewißheit der Zukunft.

Das alles hat mir die Entscheidung, auch von euch (für immer?) fortzugehen, sehr schwer gemacht.

Leichter gemacht hat mir meine Entscheidung:
meine eigene Erfahrung von 26 Monaten Gefängnis und die Tatsache, daß ich durch sie z.T. irreversibel krank wurde; das Wissen darum, daß für mich weitere 3 1/2 Jahre Gefängnishaft bzgl. ihrer physischen und psychischen Auswirkung auf mich nicht kalkulierbar sind. . .
die Gewißheit, daß es – ungeachtet aller immensen Schwierigkeiten zwar – möglich ist, auf der Grundlage seiner eigenen gewachsenen Identität und mit dem starken Willen, hinzuzulernen, neue, qualitativ wertvolle und einen selbst und andere Menschen voranbringende (Arbeits-)Zusammenhänge herzustellen.
Meine Freunde und Bekannten, abschließend darf ich euch herzlich darum bitten, meiner Familie, d.h. meiner Frau und den beiden Kindern, gerade in dieser Zeit, jetzt und in den nächsten Wochen, wo sie einem besonderen Maß an Psychoterror seitens der im Staatsdienst stehenden Menschenjäger ausgesetzt sein werden, beizustehen. Von zahlreichen von euch weiß ich, daß ihr es tun würdet, wäre ich "freiwillig" ins Gefängnis gegangen. Bitte, tut es auch jetzt!

Euer Borvin Wulf"

FÜR ASTRID PROLL – GEGEN AUSLIEFERUNG

FRANKFURT
25.Januar

Am 5.2. entscheidet ein Londoner Gericht über die Staatsbürgerschaft von Astrid Proll. Für diesen Tag ist vorgeschlagen worden, einen nationalen Aktionstag zu machen. Es werden alle Gruppen, Initiativen und Zentren aufgerufen, sich daran zu beteiligen. Überlegt euch, was ihr an diesem Tag oder in dieser Woche in eurer Stadt machen könnt, um eine Auslieferung zu verhindern bzw. eine breite Öffentlichkeit zu schaffen, was eine Auslieferung Astrids an die BRD für sie bedeuten würde.

In Frankfurt ist ein Vorbereitungstreffen hierzu am **2. Februar (Freitag) um 19.00 Uhr im KOZ (Kommunikationszentrum) an der Universtiät im Studentenhaus, Mertonstraße.**

Höchstwahrscheinlich wird dann da auch der Videofilm über Astrid Proll's Leben in England gezeigt (siehe auch ID 265).

Kontakte: **Karl-Marx-Buchhandlung,Frankfurt,Tel.0611/778803**
Anwaltsbüro Zeißelstr.8,Frankfurt, Tel. 594049

UNTERSUCHUNGEN ZUM TOD VON ULRIKE MEINHOF ABGESCHLOSSEN

Die Internationale Untersuchungskommission zu den Todesumständen von Ulrike Meinhof (IUK) teilt mit, daß sie ihre Arbeit abgeschlossen hat. Am Mittwoch, 31.Januar 1979 um 15.00 Uhr wird die Kommission ihre Ergebnisse in einer Pressekonferenz vorlegen. Ort: Association des Etudiants Protestants de Paris (A.E.P P.), 46,rue Vaugirard, 75006 Paris.

Da die Kommission erhebliche Unkosten gehabt hat – einige Kommissionsmitglieder brauchen Zuschüsse für die Anreise nach Paris – bittet sie um Spenden auf die Konten:

Sekretariat der Internationalen Untersuchungskommission, 8000 Arhus/Dänemark, GIRO 1 30 14 03
oder
W.Zitzlaff, Staufenberg, PSchA Essen Nr. 13 58 24 - 439

PROZESS GEGEN WERNER IVENS – SIPPENHAFT? –

STUTTGART/STAMMHEIM
25.Januar

Ende Januar beginnt der Prozeß gegen den Schwager von Jörg Lang, Werner Ivens, der seit dem 18.10.78 in Stuttgart-Stammheim in Untersuchungshaft sitzt. Werner wird vorgeworfen, sich im Frühjahr 1972 mit Baader und Ensslin in einer Tübinger Wohnung getroffen und technisches Wissen über die Herstellung von Bomben-Zeitverzögerern geliefert zu haben. Hauptbelastungszeuge ist der bekannte „Kronzeuge" Gerhard Müller. Folgende Prozeßtermine stehen schon fest:
31. Januar um 9.30 Uhr; am 1.,7.,8. Februar im Prozeßgebäude in Stuttgart-Stammheim.

Die „Werner-Ivens-Unterstützungsgruppe" hat in einer vorläufigen Dokumentation einige Informationen zur Anklage, den Haftbedingungen, aus der Presse und zu Gerhard Müller zusammengestellt. Wir werden den Prozeß verfolgen und weiter darüber berichten. Die Dokumentation ist zum Preis von 1,-DM zu erhalten über:

„Werner-Ivens-Unterstützungsgruppe"
c/o Buchladen Aktion, Nauklerstraße 20; 74 Tübingen

KLAUS VIEHMANN MISSHANDELT

BERLIN
24. Januar 79

Der Rechtsanwalt von Klaus Viehmann schildert in einer Presseerklärung die Behandlung seines Mandanten bei einer Gegenüberstellung. Diese fand im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens wegen der Befreiung von Till Meyer vor etwa anderthalb Jahren statt:

„Am 6.12.1978 wurden im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens wegen angeblicher Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung die Beschuldigten Goder, Rollnick, Stürmer und Viehmann zu einer „Gegenüberstellung" in das Polizeipräsidium Berlin, Tempelhofer Damm, transportiert. Den Verteidigern der Beschuldigten wurde zunächst die Anwesenheit bei der „Gegenüberstellung" gestattet.

Zunächst wurde mit dem Verfahren gegen Klaus Viehmann begonnen. Dabei konnte der anwesende Verteidiger folgende Beobachtungen machen:

Herr Viehmann wurde gemeinsam mit fünf anderen Personen in Zivil in einer Reihe aufgestellt. Hinter jedem stand ein Polizist in Uniform. Anwesend waren außerdem: zwei Polizeifotografen, die das Verfahren auf Videofilm aufnahmen, Beamte vom Staatsschutz, die Staatsanwälte Wolke und Przytarski, der Ermittlungsrichter Bräutigam. Da Herr Viehmann eine Mitwirkung bei der Gegenüberstellung ablehnte, hielt er seinen Kopf gesenkt. Kurz vor dem Hereinführen der gegenüberzustellenden Zeugen wurde ihm der „Befehl" gegeben, den Kopf zu heben. Als dies nicht geschah, wurden der passive Widerstand von Herrn Viehmann dadurch gebrochen, daß ihm der Kopf von hinten an den Haaren nach oben gezogen wurde. Eine Intervention des Verteidigers beim Staatsanwalt Wolke wurde mit dem lapidaren Hinweis abgetan, daß der Beschuldigte ja seinen Kopf heben könne, dann werde ihm auch nicht wehgetan. Da die Vergleichspersonen im Verein mit den hinter ihnen stehenden Polizisten das „Spiel" mitmachen mußten, um die Gegenüberstellung nicht zu entwerten, wurde diese Gegenüberstellung nach einiger Zeit wegen Erschöpfung der Beamten abgebrochen.

Dem Verteidiger von Herrn Viehmann wurde darauf mitgeteilt, daß für den Fall der Fortsetzung des passiven Widerstandes nur noch eine Einzelgegenüberstellung durchgeführt würde. Da sich Herr Viehmann seine derzeitige einzige Verteidigungsmöglichkeit — Passivität gegenüber abgelehnten Ermittlungsmethoden — nicht nehmen lassen wollte, wurde er darauf weiteren drei angeblichen Tatzeugen einzeln gegenübergestellt.

Dies ging so vor sich, daß auf Anordnung der „Einsatz"leitung sich jeweils vier Uniformierte auf den allein im Raum auf einem Stuhl sitzenden Herrn Viehmann stürzten, um dem gegenübergestellten Zeugen das Gesicht von dem Gefangenen „erkenntlich zu zeigen". Dabei zog einer hinten an den Haaren, zwei versuchten, Herrn Viehmann, der wegen der Schmerzen aufspringen wollte, auf dem Stuhl zu halten, während ein vierter unter dem Kinn von Herrn Viehmann kräftig an den Hals griff, um so die genehme Kopfhaltung zu erreichen. Die betreffenden Zeugen durften sich dann jeweils einen blau-rot angelaufenen Beschuldigten ansehen, der nach seinen Angaben wegen des Würgens am Hals bei der Gegenüberstellung überhaupt nichts sehen konnte.

Herr Viehmann wurde dabei nach seinen Mitteilungen so verletzt: Hautabschürfungen, Beule am Hinterkopf, ein ausgerissenes Haarbüschel hinterließ eine zehn Pfennigstück große, blutende Wunde, wovon sich auch der Verteidiger überzeugen konnte. Außerdem bestanden noch zehn Tage später erhebliche Schluckbeschwerden wegen des Würgens am Hals.

Nach diesen Gegenüberstellungen wurden die Verteidiger der übrigen Beschuldigten unter Hinweis auf das Hausrecht aus dem Polizeipräsidium geschickt und die Tortur für die beschuldigten Frauen völlig unter Ausschluß außenstehender Personen durchgeführt.

Auch sie wurden dabei nicht ohne Verletzungsfolgen „gegenübergestellt". Der Unterschied zwischen einer körperlich erzwungenen Aussage und die Ausübung von Zwang, damit die Beschuldigten ihr Gesicht als Beweismittel zur Verfügung stellen, erscheint dabei doch sehr gering.
Berücksichtigt man, daß der „Wert" einer solchen Gegenüberstellung in einem etwaigen Prozeß juristisch gering bzw. gar nicht vorhanden ist, so bleibt als Fazit für die Einzelgegenüberstellungen nur übrig, daß hier Untersuchungsgefangene gequält wurden."

Kontakt: Rechtsanwälte U. Grönheit, H.-H. Thormeyer, M. Zieger, Hasenheide 12, 1000 Berlin 61.

VERLEGUNG VON HEINZ HOLGER STUMME:
"ES REICHT MIR, WAS ICH AM TELEFON GEHÖRT HABE!"

WERL
1.12.78

Heinz-Holger Stumme schreibt in einem 'Rund schreiben', das er 'kein Knast-Info! Ätsch!' nennt zu seiner Verlegung von Münster nach Werl. Hier Auszüge:

"NEUE ADRESSE! Wieder einmal! Umzugskosten zu Lasten des Steuerzahlers. Könnt Ihr nicht darauf achten, daß Euer Geld sinnvoller ausgegeben wird? Aufgrund einer vagen, aber begierig aufgenommenen Denunziation mit dem neudeutschen Reizwort 'Terrorist' bin ich ohne jegliche mündliche oder schriftliche Begründung vom Leiter des Pädagogischen Zentrums, Herrn Kuhlmann in die JVA Werl zurückverlegt worden. Als rechtliche Mittel dagegen blieb mir wegen der Dringlichkeit der Lage nur ein Antrag auf einstweilige Anordnung, ein Rechtsanwalt ist aber dringend notwendig, ebenso die weite Verbreitung dieses 'Rundschreibens', daher auch die Angabe eines Solidaritätskontos:

Edith Zedler, Deutsche Bank, Köln-Mühlheim, Kto.-Nr. 604/1917

Ereignisse am 27.11.78

Um 13.00 Uhr wurde ich zu Herrn Kuhlmann gerufen. Zwei Beamte, die Herren Kranz und Sessentrup, postierten sich im Büro, einer neben mir, neben Herrn Kuhlmann, Von Herrn Kuhlmann wurde mir sinngemäß folgendes eröffnet: 'Wie ihm vom Generalstaatsanwalt (welchem?) soeben telefonisch mitgeteilt wurde, würde ich als Herausgeber sogenannten Knast-Infos fungieren, Kontakte zu einem Terorristen in Düsseldorf unterhalten und ihm diese Infos ins Gefängnis schicken. Die Infos seien gegen die bestehende Rechtsordnung gerichtete und würden Gewalt propagieren. Er hätte mich ja bereits gewarnt (!) und ich würde auf der Stelle nach Werl zurückverlegt. Mein Einwand, er möge die Infos doch bitte erstmal lesen, bevor es solch ein Urteile fälle, wurde mit der Bemerkung abgetan: 'Es reicht mir, was ich am Telefon gehört habe.' Meine Zelle durfte ich nicht mehr betreten, wurde von beiden Beamten zum Umkleiden auf die Kammer gebracht, anschließend in die Transporterzelle eingeschlossen. Dorthin wurde mir dann ein Karton mit Lebensmitteln und Tabak gebracht, sämtliche andere Habe verblieb auf der Zelle, soll vom Beamten (!?) am Mittwoch nachgeschickt werden. Die Verlegung nach Werl sollte dann per Sonder-Einzeltransport erfolgen, es wurde aber ein weiterer Gefangener (nach Bochum) mitgenommen und ein Beamter des PZ*, Herr Arntrop, saß mit uns Gefangenen hinten im Wagen. Ich, nicht gefesselt, die Begleiter 'nur' mit Pistole ausgerüstet, ein 'normaler' VW-Bus — welch deutlicher Bruch in der Behandlungsweise, bei der ich mir wie Vollzugs- und Staatsfeind Nr. 1 vorkommen mußte. Es wäre zum lachen, wenn's nicht zum Heulen wäre! Mit dieser Rückverlegung nach Werl wird mir die im Vollzugsplan ausgewiesene Möglichkeit zu Erlangung der Mittleren Reife genommen, die als Grundlage einer späteren Berufsausbildung und letztendlich einer erfolgreichen Resozialisierung gedacht ist, und gerade im PZ Münster hatte ich die Möglichkeit, soziale Verhaltensweise zu trainieren, zu festigen, z.B. mein freiwilliger 'Nachhilfeunterricht' für einen englischschwachen Mitgefangenen oder das gemeinsame Erarbeiten von Unterrichtsstoffen, Referaten.

FRAGE DES MONATS!

Ich kenne einen Mörder sehr gut, halte Kontakt mit ihm und schicke ihm meine Infos. Werde ich jetzt demnächst auch der Beihilfe zum Mord beschuldigt?

Übrigens: Der telefonbeflissene Generalstaatsanwalt, der die Verlegung letztlich bewirkte ist derjenige, der im Prozeß gegen Gerd Albartus und Enno Schwall die Anklage vertritt! Sein Name ist Rosenbaum.
Heinz-Holger Stumm ist mittlerweile wieder in Münster und kann seine Schule weitermachen.

*Pädagogisches Zentrum

NEAPEL IST NICHT BOLOGNA

Neapel
10. Dezember

In Neapel ist die PCI nicht, wie in Norditalien durch die Tradition des antifaschistischen Widerstands groß geworden, sondern erst in den 70er Jahren durch die Kämpfe der Arbeitslosen, der Frauen, der Körperbehinderten, Jugendlichen, der Schmuggler und Kleinhändler, die vorher den Anhang der Klientele der Faschisten und DC-Barone ausgemacht hatten. Die Unterstützung dieser Gruppen, die nie in der PCI waren, geht nun, nach drei Jahren der PCI-Stadtregierung in Neapel verloren. Aus der Italienischen Tageszeitung entnehmen wir folgenden gekürzten Artikel von Enrico Pugliese.

(PCI ist die Kommunistische Partei Italiens, auch KPI genannt, DC ist die Christdemokratische Partei Italiens.)

"Die PCI-Stadtregierung in Neapel hat es in den vergangenen Monaten vorgezogen, mit den Parteien der Bougeoisie zu einer großen Verständigung zu kommen, statt sich auf die Mas-

senbewegung zu beziehen. Sicher, nicht alle Übel Neapels kann man der PCI anlasten. Die Frage ist eher, wie die PCI die Spielräume genutzt hat, die ihr nach ihrem Wahlsieg am 15. Juni 75 zur Verfügung standen, konkret: heute stehen die Arbeitslosen zum ersten Mal gegen Neapels PCI-Bürgermeister Valenzi auf der Straße.

Ziehen wir einen Vergleich zwischen Bologna und Neapel. In Bologna hat die PCI wenigstens regiert, es ist hier nicht die Frage, wie, in Neapel dagegen hatte sie nur einen sehr geringen Spielraum. Die DC hat die Kontrolle über die Produktionsstrukturen, d.h. auch die Verteilung der Gelder. In einer Region, in der der Großteil der Industrie staatliche Beteiligungen sind, hat die DC, die "Staatspartei", eine direkte Kontrollmöglichkeit über die ausgegebenen Gelder.

In Bologna ist z.B. auch ein Teil der Industrie selbst in den Händen der linken Parteien, wenigstens was die Kleinindustrie betrifft. In Neapel kontrolliert die Linke nicht die lokale Wirtschaft, sondern machen dies politische Kräfte, die sich überhaupt nicht mit ihr identifizieren. Ugo Grippo, Fraktionsvorsitzender der DC im Stadtrat von Neapel sagte dazu selbst:"Die 88 Posten der wirtschaftlichen Macht in Neapel sind alle in der Hand der DC, und 65 % davon in der doroteischen Strömung." D.h. die Macht liegt in der Hand des neapoletanischen DC-Vorsitzenden Gava. Vielleicht ist das das Motiv für die Verständigungsstrategie der PCI mit der DC. Aber diese zahlt sich nicht aus. Einige Beispiele:

Der Schmuggel. Eine größere Repression als die augenblickliche kann es nicht geben, ohne eine größere Reaktion der dort Beschäftigten. Innerhalb des Schmuggels gibt es eine „Restrukturierung durch die Gangsterbosse". Demgegenüber versucht die Polizei die kleinen Fische zu fangen, sie einzuschüchtern. Zu schmuggeln ist in Neapel allgemein nicht eine verachtete Berufstätigkeit; wenn die Schmuggler ihre Arbeit verlieren würden, würde dies die Arbeitslosensituation noch mehr verschärfen. Selbst der Magistrat hat gemerkt, daß die Repression gegen den Schmuggel eine destabilisierende Funktion auf den Magistrat hat.

Die Beziehung zwischen Arbeitslosen und der Polizei. Nach dem Mord an dem Rentner Constantino im Mai 75 durch die Polizei waren die Gewerkschaften und die linken Parteien gezwungen, sich hinter die Arbeitslosen zu stellen. Aber heute kann jeder Eingriff der Polizei den Magistrat zwingen, sich zu entlarven. Bisher ging dies für den Magistrat noch glimpflich ab. Aber der Repressionsapparat hat eine immanente Kraft gegen ihn.

Die finanzielle Einschnürung. Die Junta hat auch finanziell das Erbe der ehemaligen Bürgermeister Lauro und Gava angetreten. Wegen jedes Kredits ist sie auf das Wohlverhalten der Banken angewiesen. Die Banco di Napoli, Hausmacht der DC, hat ihr ein Darlehen erst kürzlich verweigert. Gava sagte vor einiger Zeit im Fernsehen, wie man früher vom „Neapel Lauros und Gavas" gesprochen habe, werde man in Zukunft vom „Neapel Lauros, Gavas und Valenzis" sprechen.

In diesen Schwierigkeiten kommt die Abhängigkeit Neapels von den Plänen der nationalen Industrie und den Entscheidungen der Regierung in Rom hinzu. Ob etwa das Stahlwerk Italsider weiterbesteht oder aufgelöst wird, entscheidet der halbstaatliche Konzern IRI und die Regierung.

Auf Regierungsebene ist die Linke also schwach. Auch die politische Stärke in den neuen Wahlen ist begrenzt — das ist der Hauptunterschied zur Bologneser Situation. In Bologna hat sich die PCI auf die Wählerstimmen der fest beschäftigten Arbeiterschaft gestützt und die sogenannten „marginalen Schichten" vernachlässigt. In Neapel war es genau „die Unruhe" — wie Gewerkschaftssekretär Ridi die Arbeitslosen neuerdings nennt —, die die PCI-Führung ins Bürgermeisteramt gebracht hat.

Das ganze System sozialer Dienstleistungen ist in Bewegung geraten: neben den Kämpfen der Arbeitslosen gab es die Wohnungskämpfe, die Organisierung der Körperbehinderten, der Jugendlichen, der Frauen, der ehemals in psychiatrischen Kliniken Untergebrachten. Nach der Cholera gab es in den verschiedensten Schichten Kämpfe für ein Leben unter menschenwürdigen Bedingungen — eine radikale Heruasforderung für die Linke, die diese in ihrem Kampf — und Regierungsmöglichkeiten weitgehend paralysierte. Aber während vorher z. B. junge Körperbehinderte in einem Sozialzentrum für bessere Sozialbedingungen kämpften — wobei sie von einer vollen Unterstützung ihres Kampfs durch die Gewerkschaften und die PCI Stadtregierung ausgingen, da steht heute der offizielle Besuch des Bürgermeisters Valenzi, der diese Insitution unterstützt, ohne zu wissen, worum es geht. Im sozialen Bereich kann man sowohl die in ihr arbeitenden als auch die ihn nutzenden leicht verlieren.

Manchmal hat man den Eindruck, als gäbe es in Neapel zwei voneinander getrennte, parallel laufende Bewegungen. Eine, die der Massen, die für ihre elementare Lebensbedürfnisse kämpft (Arbeit, Wohnung, Überlebensbedingungen) — diese Bewegung kümmert sich nicht um die von den linken Parteien mühevoll erworbnenen Positionen und Gleichgewichtsbedingungen in den verschiedenen Institutionen. Auf der anderen Seite die PCI-Stadtregierung, die „die Maschine der Lebensbedingungen der Stadt nach nationalen Entwicklungsbedingungen zum laufen bringen" will. (Cassa per il Mezzogiorno, Gesetz zur Arbeitsplatzbeschaffung für Jugendliche, wirtschaftlicher Wiederaufschwung). Diese zwei „Linien" innerhalb der Linken treffen heute am Klarsten beim Kampf der Arbeitslosen aufeinander.

Sicher, Die PCI-Stadtregierung ist Erbe einer schwierigen Situation mit korporativen Elementen. Aber diese sind das Ergebnis einer sozialpolitischen Situation, nicht ihre Ursache.

Z.B. die Stadtreinigung. Die PCI-Stadtregierung hatte den Anspruch, dieses Problem sich als erstes vorzunehmen. In den ersten drei Tagen der PCI-Regierung waren Neapels Straßen wie durch ein Wunder so sauber wie noch nie in den letzten 500 Jahren. Heute ist die Stadt ungefähr so dreckig wie früher. Valenzi erklärte dies damit, daß ein Teil der Straßenkehrer von der DC politisch bestimmt sei (und nur den Lohn einsteckt, aber nicht saubermacht), während ein anderer Teil mit „gewöhnlicher Kriminalität" zusammenhänge. Aber wenn die Dinge nicht gut stehen, kann man mit „Malavita" (der Unterwelt) und Korporativismus sehr viel erklären. Warum sind breite Schichten der Bevölkerung, die die PCI unterstützen, in einem Moment von großer Spannung und Enthusiasmus, wie es in den ersten Monaten der Regierung der Linken in Neapel der Fall war, nicht in der Lage gewesen, die Sympathien einer breiten Schicht von Lohnabhängigen zu gewinnen, sondern lassen sie in der Hand von Unterwelt und DC? Was weiß die PCI-Regierung von ihnen? Warum sind die Straßenkehrer so anfällig für Manöver der DC? Das kommt auch daher, weil in Neapel die Mieten höher sind als in Mailand, nur geringfügig niedriger als in New York — und in den Jahren der PCI-Stadtregierung sind sie noch gestiegen — sicher ist sie nicht dafür verantwortlich, aber sie hat auch nichts unternommen, um es zu verhindern. Weiß eigentlich die Junta, für wieviele Münder der Lohn eines Straßenkehrers reichen muß? Und selbst wenn die PCI bei den Straßenkehrern recht hätte, wie ist es bei anderen „korporativen" Kämpfen,[1] den Krankenpflegern, den Eisenbahnern, den Angestellten bei den Behörden... In diesen Breichen hatten „autonome" Gewerkschaften die Führung der Kämpfe. Und sicher, diese Arbeiter fordern nur „fünf Lire". Aber sie machen es auch, weil sie gesehen haben, daß in diesen Bereichen sich wenig oder nichts geändert hat. Weil sie gesehen haben, daß die üblichen sozialistischen oder christdemokratischen Bosse weiter die Krankenhäuser oder Sozialämter zum Zweck persönlicher Machtausübung benutzen. Sie sehen nicht mehr, warum sie Opfer bringen sollen. Findet deshalb der Aufruf der CGIL zu Opfern kein Gehör? Opfer für wen? Für einen PCI-Bürgermeister

oder eine Regierung, die immer mehr Opfer (und Komplize) der DC ist? Und die Liste könnet man ins Grenzenlose fortsetzen...

Z.B. die Arbeitslosen. Heute nennt man sie „die Unruhe". Die Bedenken der PCI gegenüber ihnen waren immer größer als eine positive Einschätzung ihres Kampfes, aus dem Ghetto herauszukommen. Korporativismus, Korruption und politische Instrumentalisierung wird den organisierten Arbeitslosen vorgeworfen, die den Vorrang bei der Stellenvergabe fordern. Vor fünf Monaten waren nur die paar Hundert Arbeitslose der Bianchi Nuovi auf der Straße. Heute hat jede der politischen Gruppen Listen aufgestellt – in Erwartung neuer Arbeitsplätze. Die Kampflisten werden heute nicht anerkannt, nachdem die Gewerkschaften und Ministerien früher damit einverstanden waren und sie eine Sozialunterstützung (ECA) bekommen hatten. Die ersten Arbeitslosen wurden nach den Kriterien der Kampflisten eingestellt. Wer übrigblieb, waren die Arbeitslosen der „ECA", aber in Neapel verbreitete sich immer mehr die Meinung, daß die ECA-Listen aufgefüllt wurden mit DC-Parteigängern – und daß die PCI das wüßte und duldete. Jetzt hat das Abkommen über die 4000 neu zu vergebenden Arbeitsplätze diese Arbeitslose begünstigt, und die die letzten Monate gekämpft haben, ausgespart. – Aber auch eine andere Lösung wäre ungerecht. Das Problem in Neapel ist nicht nur, an wen die Arbeitsplätze gehen, sondern auch wieviele. Wenn die zweite Frage nicht gelöst wird, wird die erste weiterhin „Quelle von Widersprüchen im Volk" sein. Aktuell nimmt die Gewerkschaft eine harte Stellung gegenüber den autonomen Arbeitslosenlisten ein, aber in Wirklichkeit zählt, daß sie in der Vergangenheit nicht in der Lage war, die Bewegung der organisierten Arbeitslosen weiter vorwärtszubringen. Das macht nicht nur die Beziehungen mit dem „besseren" Teil der Bewegung schwierig, sondern berührt die ganze Fähigkeit der Gewerkschaft, politische Forderungen für Süditalien zu stellen.

Die Bewegung der organisierten Arbeitslosen stellt auch heute noch ein Bein dar, auf dem diese Forderungen basieren müssen. Aber die Gewerkschaften wollen sich damit nicht abgeben. „Zu korporativ" sind ihr die organisierten Arbeitslosen. „Korporativ", „extremistisch" oder „qualunquistisch"[2] – so werden die genannt, die sich auf der Ebene unmittelbarer, dringender Forderungen bewegen. Und das ist der Charakter der Massenbewegungen in Süditalien heute.

Das aktuelle Verhalten der Linken in Neapel erinnert an einen berühmten Ausspruch des Präsidenten Mao: „All diese täglichen Appelle, ‚die Volksmassen' aufzurütteln und dieser Schrecken, wenn sie wirklich aufwachen, ist das nicht die berühmte Geschichte des Meisters Cheh und seiner Liebe zu den Drachen (Das Haus des Meisters Cheh war überall mit Drachenbildern geschmückt. Aber als der Meister Cheh einen wirklichen Drachen sah, flüchtete er, vom Schrecken gepackt)? ".

In Neapel ist der Drachen, die „Unruhe" jeden Tag auf der Straße. Und das ist ganz gut so. Das erfordert allerdings eine Veränderung im politischen Gleichgewicht, eine radikale Veränderung in der Regierungsweise der PCI-Junta: daß die Kämpfe mehr Berücksichtigung finden als die Erfordernisse des Regierens."

Anmerkungen:

[1] „Korporativ" kann man nicht einfach mit ständisch übersetzen. Korporativismus ist ein Begriff, den es in der bundesrepublikanischen Diskussion nicht geben kann. Im bundesdeutschen Sprachgebrauch kann man sagen, daß Beschäftigte, z.B. Fluglotsen, Beamte usw., „Privilegien auf Kosten der Volkswirtschaft durchsetzen". Korporativismus heißt aber, Privilegien auf Kosten der Arbeiter durchsetzen, und dieser Vorwurf wird in Italien von Linken und Linksradikalen erhoben.

[2] „Qualunquistisch" ist mehr als „politisch apathisch" (ohne Michel Standpunkt). Es ist eine Ablehnung der Politik, des Nordens Italiens und „denen in Rom" – eine Ablehnung, die ihre Tradition in der Sonderentwicklung Süditaliens hat und viel mit der starken Bindung an die Großfamilie, einer historisch ablehnenden Haltung gegen ausländische Eroberer usw. zu tun hat.

„MILITANTER ANTIFASCHISMUS" ODER „MORD"

ROM 20. JANUAR Als Reaktion auf den Überfall der Faschisten auf den Sender „Radio Citta Futura" gab es in ganz Italien Demonstrationen; noch am gleichen Tag demonstrierten in Rom 30 000 Frauen. Gleichzeitig machten die Faschisten mit ihren Attentaten und Brandanschlägen weiter; unter anderem setzten sie – jetzt schon zum zweiten Mal in kurzer Zeit – die linke Buchhandlung Feltrinelli mit Molotow- Cocktails in Brand. Auf der Gegenseite griffen linke Kleingruppen Parteibüros der Faschisten an. Eine dieser Gruppen, die „organisierten Genossen für den Kommunismus" hat sich eine als Faschistentreffpunkt bekannte Bar im römischen Stadtteil Talenti als Angriffsziel ausgesucht. In einer Kommandoaktion gehen sie zu der Bar hin, schießen mit ihren Pistolen ins Innere und flüchten dann. Unter dem Kugelhagel stirbt der 19-jährige Schüler Stefano Cecchetti.

Einige Tage später wird bei einer Versammlung in der Universität von Rom eine Erklärung der „organisierten Genossen für den Kommunismus" verlesen, in der sie sich zu dem Attentat bekennen. Cecchetti sei ein Faschist gewesen – was alle bestreiten, die ihn gekannt haben – und sie würden auch weiterhin diese Form von „militantem Antifaschismus" betreiben. Darüberhinaus werden alle aufgefordert „nicht in faschistische Bar's zu gehen oder sich in ihrer Nähe aufzuhalten, da sie als militärische Ziele angesehen werden." Diese Erklärung wird von der überwiegenden Mehrheit der Anwesenden – 1500 an der Zahl– mit Applaus aufgenommen. Die Vollversammlung der linksradikalen „Bewegung" in Rom mit etwa 6000 Leuten gibt es schon seit w etwa einem Jahr nicht mehr. Zu den Versammlungen kommen zum größten Teil nur noch die Genoss/inn/en der „Autonomia operaia", die den „militanten Antifaschismus" rechtfertigen oder praktizieren.

Innerhalb der römischen Bewegung gibt es nach dem Tod von Stefano Cecchetti eine scharfe Auseinandersetzung: Radio Citta Futura ruft zu einer Demonstration „gegen Faschismus und Staat, gegen den Terrorismus und für eine Massenopposition" auf. In der Erklärung heißt es: „Wer den Mord an Stefano Cecchetti verteidigt, hat absolut nichts mit der Demonstration zu tun, zu der wir aufrufen". Auch Lotta Continua reagiert ähnlich scharf auf den Tod Cecchettis, während der von Leuten aus der „Autonomia" betriebene Radiosender „Onda Rossa" Radio Citta Futura und Lotta Continua „Pazifismus" und eine „katholische Haltung zum Menschenleben" vorwirft.

Am 18. Januar gibt es neben der Demonstration von Radio Citta Futura auch eine antifaschistische Demonstration von den Gewerkschaften; zu beiden Demonstrationen kommen je 20 000 Leute. Daneben haben die Gewerkschaften zu einem vierstündigen Generalstreik aufgerufen. Die Gewekschaftsdemo verläuft – wie üblich – recht lahm; typisch für die Stimmung ist die Parole: „Autonomia operaia, wir wissen was du willst, ein Stück Sibirien werden wir dir geben." Bei der Demonstration von Radio Citta Futura macht auch die „Autonomia" mit; eine ihrer Parolen: „Faschisten zu erschießen muß legal sein, wir wollen eine Änderung des Strafgesetzes". Auf welcher Seite sind nun die Stalinisten ?

Wer war Stefano Cecchetti ?

Einige Genossen der Zeitung „Lotta Continua" sind zu dem Gymnasium gegangen, wo Stefano Cecchetti zur Schule ging, und haben mit Genoss/inn/en aus seiner Schulklasse gesedet. Einige Auszüge aus dem Gespräch:

„Es ist wahr, daß im Stadtteil Talenti die Faschisten vorherrschen: es gibt keine Bar, die nicht von den Faschisten beherrscht wird. Aber in jeder Bar gibt es eine Art „Koexistenz" zwischen den Jugendlichen aus dem Stadtteil und den Faschisten. Vor zwei Jahren verkrachte sich Stefano mit den Faschisten der Bar, als sie einen Freund von ihm an einen Pfahl knebeln wollten und

Stefano die Polizei rief. Er wurde von den Faschisten dafür bedroht und aufgefordert, die Bar zu verlassen. Er ging aber weiter dorthin. Es ist die Bar neben dem Haus wo er wohnte."

— „Stefano war 19 Jahre alt, er hatte keine politischen Interessen, er liebte Motorräder, Fußball und Baseball; auf Schulversammlungen ging er nie, er nahm aber an jedem Streik teil. Kürzlich ging er auf die Demonstration gegen die Bildungsreform, obwohl er sich sonst nie um etwas kümmerte."

— „Stefano ist hier mit einem Haufen von Jungen aufgewachsen, aus denen inzwischen richtige Faschisten geworden sind. Die meisten Genossen, die in seiner Lage waren, haben den Kontakt zu den früheren Spiel- und Schulkameraden abgebrochen, Stefano aber nicht. Er wollte mit jedem gut auskommen und sich nicht isolieren." — „Aber er wußte genau, was die Faschisten machen, die sich in dieser Bar treffen. Trotzdem hielt er sich unter ihnen auf."

— „Red doch mal mit solchen, die sich nicht um Politik kümmern. Die können gar nicht zwischen Roten und Schwarzen (Faschisten) unterscheiden. Wenn einer sich gut anziehen will, wie Stefano, braucht er noch lange kein Faschist sein. Und Stefano war kein Faschist. Es kommt ja auch vor, daß wir Genossen — vielleicht sogar aus Gründen einer militanten Praxis - uns in unserem Äußeren nicht von Faschisten unterscheiden. Auch wir Militante haben bestimmte Werte und Dogmen verloren. Im übrigen wollen auch wir uns gut anziehen und samstags tanzen gehen. Oder es geschieht, daß wir — immer mehr — nur ein Heer sind. Jedenfalls in den Augen dieser Leute sind wir zu einem Bandenkrieg organisiert, ohne eine kulturelle Basis." — „Wir haben die Angewohnheit, die Leute danach einzuordnen, wie sie sich kleiden oder reden. Das ist langsam schon ein professioneller Fehler."

„Die Wahl, die du treffen mußt, wenn einer deiner Freunde ein Faschist geworden ist, hängt ganz von dem Grad deines politischen Bewußtseins ab. Ich würde sagen: 'bleiben wir weiterhin Freunde, jeder auf seinem Weg'. Aber für Stefano war es anders, er hat sich nicht klar entschieden." — „Ich glaube, daß es früher oder später notwendig ist, sich zu entscheiden, auch wenn es im aktuellen Klima zwischen den Faschisten und den Genossen für einen Jungen von 15 Jahren ganz schön schwierig ist, sich da zu entscheiden. Es gibt Hunderte von Jugendlichen wie Stefano, die sich irgendwo zwischen den faschistischen Mördern und den kleinen Travoltas bewegen."

„Ich glaube, Stefano war mit seiner Welt und seinen Werten zufrieden. Er wollte so weiterleben und sich nicht von den Beziehungen trennen, die ihm emotional viel wert waren. Deshalb hat er auch gar nicht vor einer klaren Wahl gestanden. Wenn du nicht etwas findest, was dich mehr befriedigt als Motorräder, gehst du weiterhin mit Leuten, die auch auf Motorrädern stehen und drehst deine Runden im Stadtteil." — Alle wissen, daß die Leidenschaft für Motorräder eines jener Dinge ist, mit denen die Faschisten Jugendliche gewinnen wollen.

Auf die Frage, was sie denn tun würden, wenn sie wüßten, wer Stefano Cecchetti erschossen hat, ist für die Genossen und Genossinnen aus Stefanos Klasse klar, daß sie niemanden anzeigen würden. Aber die meisten sind sehr kritisch: „So wie die mit dem menschlichen Leben umgehen, sind das für mich keine Genossen mehr. Ich will mit ihnen nichts zu tun haben." — „Ach hör doch auf mit deinen katholischen Reden über das Menschenleben."

— „Ich würde sie isolieren und damit basta!" — „Sie haben einen Fehler gemacht, aber für mich sind es keine Mörder."

Ein Fehler, der nicht wiedergutzumachen ist

Aus den vielen Leserbriefen, die „Lotta Continua" zum Tod Stefano Cecchettis erhalten hat, hier Auszüge aus einem Brief vom 19. Januar:

„Der Tod von Cecchetti erinnert mich sofort an den Anschlag auf die Bar Angelo Azzurro in Turin *(bei einer antifaschistischen Demonstration im Herbst 77 griff ein „Kommando" aus der Demonstration heraus eine als faschistisch bezeichnete Bar mit Molotow-Cocktails an; dabei kam ein völlig unbeteiligter Schüler um.)*. Die Sache, die mir am meisten Horror macht, ist nicht der Tod zweier Menschen, sondern die eisige Polemik, in der diese Dinge gerechtfertigt werden, in der die Möglichkeit eines technischen Fehlers einkalkuliert wird. Wir können uns in unserem Leben immer irren, aber tragisch wird ein Irrtum, wenn er nicht wiedergutzumachen ist, wie der Tod.

Hinter dieser Art von Aktionen steht eine völlig falsche Vorstellung von Kommunismus und von politischem Kampf, eine Vorstellung, die in der Zerstörung ihr Lebensmotiv sieht, für die nur die zahlenmäßigen Veränderungen zählen, aber nicht die qualitativen. Vor allem ist sie falsch, weil sie von statistischen Beziehungen zwischen den Individuen und den Klassen ausgeht: sie geht überhaupt nicht davon aus, daß es radikale Veränderungen im Leben der Individuen gibt, Veränderungen, die allermeistens nicht von 'katalagosierbaren' Situationen direkt abhängen. Das genau ist die Diskussion, die die Oppositionsbewegung im Augenblick trennt und die sie während der Entführung Moros getrennt hat. Während dieser Geschichte, auf die man noch einmal näher eingehen sollte, sind zwei ganz unterschiedliche Vorstellungen von Politik (und von sozialen Veränderungen) aufeinandergestoßen, die quer durch die Bewegung und die 'Scene' von Lotta Continua durchgegangen sind. Aber zu schnell haben wir diesen Widerspruch auf sich beruhen lassen.....

Es kam der Wunsch auf, sich eine Insel der Ruhe zu suchen, die Widersprüche beiseite zu lassen und in diesem Auf-sich-Beruhen-Lassen eine unmögliche Lösung der wirklichen Spannungen zu finden... Es wäre wichtig, die Erfahrungen jener Genoss/inn/en aufzugreifen und zu entwickeln, die sich in letzter Zeit nicht mit jener Art und Weise, Politik zu machen, identifizieren konnten, wie sie in der Bewegung vorherrschte (vor allem deshalb vorherrschte, weil es die einzig organisierte Art ist), und dabei müssen wir versuchen, ohne vorgefertigte Lösungen eine Alternative sowohl in den Inhalten als auch in den Mitteln zu dieser vorherrschenden Politik zu entwickeln..."

IRAN: FÜR DIE KUGELN SORGTE GEISENHEIM AM RHEIN

GEISENHEIM 21.Januar — Der größte Arbeit„geber" im Rheingau ist die Firma „Fritz Werner Industrieanlagen". Größter Auftraggeber ist der Iran mit 80% des Umsatzes. Die Fritz Werner-Firma baut ganze Rüstungsfabriken, z.B. für Munitionsherstellung, mit eigenen Ingenieuren im Iran.

Seit November 1978 gibt es einen antiimperialistischen Arbeitskreis in Geisenheim. In einem Flugblatt des Arbeitskreises heißt es:

„Der momentane Auftragswert der Handelsbeziehungen Fritz Werner/Iran beträgt 3 Milliarden DM. Man kann sich ausrechnen, um welche Summen es von 1967 bis heute ging! Was würden Sie sagen, wenn Sie bei einem Streik mit Schlagstöcken mit Elektroschockwirkung behandelt und danach mit Handschellen abgeführt würden? Aber was die im Iran mit ihren Schlagstöcken machen, kann uns schließlich egal sein, oder? Die Hauptsache ist doch, daß das Öl aus Persien weiterfließt.

Natürlich haben Sie Angst, Ihren Arbeitsplatz zu verlieren,wenn die Firma Fritz Werner nicht mehr an den Iran liefern kann. Deshalb wollen wir mit Ihnen versuchen, Wege zu finden, wie die Produktion auf andere Sachen umgestellt werden kann...

Wir fordern: eine eindeutige Stellungnahme der Firma Fritz Werner zu ihren Rüstungsgeschäften mit dem Iran, sowie eine Offenlegung der Vertragsabschlüsse und eine genaue Beschreibung der an den Iran gelieferten Gegenstände."

Am 29. Januar um 19.00 Uhr gibt es eine Veranstaltung über die Handelsbeziehungen Westdeutschland-Iran in der Aula der Fachhochschule in Geisenheim. Betrifft:
„Gegen die Rüstungsgeschäfte — für den iranischen Widerstand!

Kontakt: **Antiimperialistischer Arbeitskreis Geisenheim c/o M.Stork, Winkelerstraße 132, 6222 Geisenheim**

BUENOS AIRES: „DIE VERRÜCKTEN DES PLAZA DE MAYO" VERHAFTET

(von Libé/APL-B)
JANUAR 1979

Jeden Donnerstag haben einige Dutzend Frauen vor dem Präsidentenpalast in Buenos Aires demonstriert - auf diese Weise versuchten sie seit Monaten, Nachrichten über ihre verschwundenen Männer und Familien zu erzwingen. Genannt wurden sie „die Verrückten vom Plaza de Mayo". In Argentinien gibt es augenblicklich 25000 - 30000 Verschwundene. Die Demonstrantinnen des Plaza de Mayo wurden ‚verrückt' genannt, weil es in der Tat lebensgefährlich ist, in diesem Land Fragen über den Verbleib von Oppositionellen zu stellen.

Am 29.Dezember und am 11. Januar hat das argentinische Regime hier zugeschlagen. Die Frauen wurden verhaftet, die Kundgebungen der ‚Verrückten' werden eventuell nicht mehr stattfinden. In der erschreckenden Stille des Nach-Mundial, der Zeit nach den Fußball-Weltmeisterschaften, versuchen die argentinischen Machthaber eine der wenigen, öffentlichen regelmäßigen Kundgebungen, die es in Argentinien noch gibt, zu liquidieren.

Inzwischen hat ein Solidaritätskomitee in Paris bereits Aktionen vor der argentinischen Botschaft durchgeführt (am 18.Januar). Weiter werden Briefe an die argentinische Botschaft geschickt, um die sofortige Freilassung der verhafteten Frauen zu fordern und sie in der Durchsetzung des Rechts, zu demonstrieren, um Informationen über ihre verschwundenen Familienangehörigen zu erzwingen, zu unterstützen. Weiter prangert das Komitee die Zusammenarbeit zwischen der französischen Regierung und Argentinien an, insbesondere die Waffenkäufe. Plakate und Broschüren sind erhältlich bei der
C O B A
14, rue de Nanteuil, Paris 14e

DER FALL LEONHARD PELTIER INDIANER IN WEISSEN GEFÄNGNISSEN

KÖLN
21. Januar

Aufruf der Gesellschaft für bedrohte Völker: Wir bitten euch inständig um Hilfe im Kampf für Leonhard Peltier. Lest das Info-Blatt, schreibt Artikel, veröffentlich den Petitions-Brief! Hunderte und Tausende dieser Briefe müssen den Supreme Court erreichen, sonst hat Leonhart keine Chance!

Leonhard Peltier ist 34 Jahre alt, Indianer vom Stamm der Chippewa-Sioux. Mit acht zwang man ihn, seine Familie zu verlassen und eine weiße Schule zu besuchen. In den sechziger Jahren arbeitete er als Sozialarbeiter in Seattle. 1972 bekannte er sich zum American Indian Movement, um sich für die Rechte der Indianer effektiver einsetzen zu können. Somit wurde er zur Zielscheibe für FBI-Aktionen. Regierungsakten belegen, daß seit 1970 FBI-Agenten traditionell lebende Indianer systematisch auf Kriminalität hin „durchleuchten". In den letzten fünf Jahren wurde hunderten von Indianer-Führern der Prozeß gemacht. Im Fall Leonhard Peltier hieß das Urteil: zweimal lebenslänglich!

Zwei Mörder sind frei — ein Unschuldiger sitzt.

Am 26. Juni 1975 drangen FBI-Agenten in einer gezielten Aktion in das traditionelle Indianerdorf Oglala, Pine Ridge Reservation ein. Nach einer kurzen Schießerei umringten hunderte Beamte das Dorf und feuerten mit automatischen Waffen auf die bewohnten Häuser. Der Indianer Joe Stuntz und zwei FBI-Agenten wurden erschossen. Niemand wurde verhaftet, eine Terror-Kampagne gegen Indianer begann. Peltier bat um politisches Asyl in Kanada. Mit der Falschaussage einer Frau namens Myrtle Poor Bear erreichte der FBI die Auslieferung. Frau Poor Bear widerrief später und gab an, vom FBI bedroht und zur Unterschrift gezwungen worden zu sein. In Fargo wurde er in einem recht zweifelhaften Prozeß verurteilt, in einem zweiten Prozeß in Milwaukee wurde seine Unschuld bewiesen. Seine Berufungsklagen aber kamen nicht zur Entscheidung oder wurden abgelehnt. Zum letzten Mal im Dezember 1978 vom 8. Distrikt Berufungsgericht.

Einige Hintergrundinformationen

133.00 acres Land in Pine Ridge wurden am bewußten 26. Juni beschlagnahmt. Das Innenministerium hat dort die Suche nach Uran angeordnet. Weiße Polizisten wurden vorher aufgefordert, Oglala zu meiden, am 26. Juni gäbe es „trouble". Der FBI übernahm für den 26. Juni die Funktionen der örtlichen Polizei. In den Wochen vor dem 26. wurden die FBI-Kräfte um Pine Ridge um 40 Mann verstärkt. Der Verteidigung wurde verweigert, Poor Bear in den Zeugenstand zu rufen. Sie wollte ihre Aussage auch vor Gericht widerrufen. Als ‚Beweis' für die „Greueltaten" von Leonhard Peltier wurden den Geschworenen Fotos der obduzierten Leichen vorgelegt. Da die Verteidigung von einem Angriff des FBI sprach, wurde das Plaidoyer abgelehnt. Der Richter von Leonhard Peltier, William Webster, sitzt inzwischen in der obersten FBI-Chefetage.

Was ist zu tun?

Rechtsanwalt Lewis S. Gurwitz und Steve Robideau haben Europa besucht und gebeten, folgendes zu übermitteln: In einem neuen Prozeß kann die Unschuld Peltiers erneut bewiesen werden. Dazu aber läßt man es nicht kommen. Die Entscheidung über ein „hearing" liegt beim Obersten Gerichtshof. Dieser zeigt sich ablehnend. Die Entscheidungsfrist läuft Mitte Februar 1979 ab. Danach gibt es keine Möglichkeit mehr für eine Wiederaufnahme, keine weiteren Rechtsmittel. Die letzte Chance: Nur massiver Druck der öffentlichen Meinung, besonders aus Europa, kann die Richter bewegen, die Verteidiger Peltiers anzuhören. Diese bitten uns, Öffentlichkeits- und Pressearbeit zu betreiben, Briefe an das Oberste Gericht zu schreiben, Interesse zu bekunden. Bis zum Februar 1979!
Kontakt: Klaus J. Dörges, Gesellschaft für bedrohte Völker/ Leonard Peltier Defense Committee.

Der Petitionsbrief an:

Justices
Supreme Court of United States
Washington D.C.
U.S.A.

Dear Sirs,
the public overhere has recently become aware of the case of Mr. Leonhard Peltier. He's an native american Indian, serving two life sentences in the prison of Marion Ill. We also have learned that this man was extradicted on the basis of the falsified affidavits of a woman named Myrtle Poor Bear, who has since recanted her false statement.

In our opinion this fact should be enough for your court to hear Mr. Peltiers appeal. But we are informed that it is not certain that you will hear this appeal.

To allow this man to spend his life in jail without any chance seems to us to be a serious disregard of the human rights which we will not accept. So it's up to you to show respect of your judical system among all people of your country.

We trust that you will accept Leonhard Peltiers appeal and give him his chance.

We are awaiting your decree.

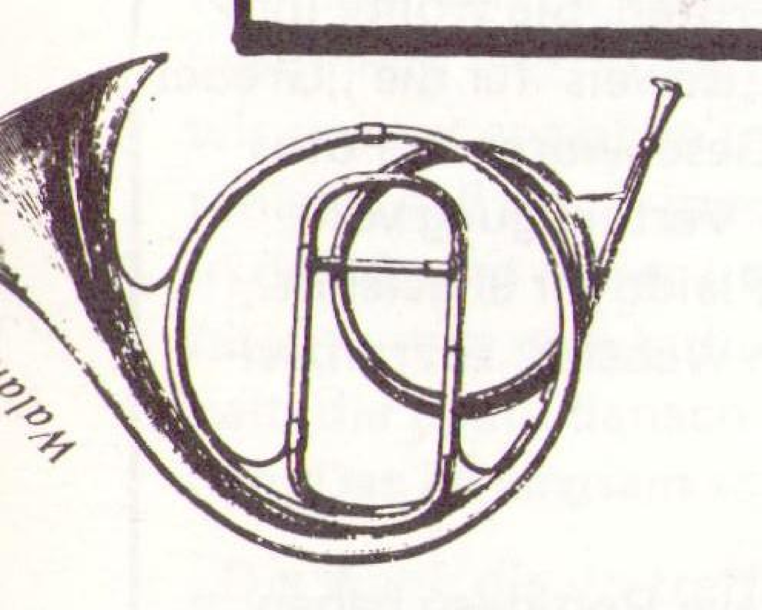
Postvertriebsstuck
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informationsdienst
Postfach 900 343
6000 Frankfurt 90

ID **Nr. 266**

Nummer des Abos	bez. bis ID Nr.	Exempl.

Achtung liebe Abonennten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, heißt das, daß baldigst Geld auf unser Postscheckkonto 5252 28-602 überwiesen werden muß, um den ID auch weiterhin wöchentlich zu erhalten...
KEIN GELD AUFM KONTO – KEIN ID IM KASTEN!

EIGENTUMSVORBEHALT: *Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders,bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. 'Zurhabenahme' ist keine persönliche Aushändigung im sinne dieses Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichaushändigung zurückzusenden.*



Ventilhorn

TITELBLATT: Eine von „acht Möglichkeiten keinen Wirsing zu kochen", die Matthias Schäffer fotografiert hat, ist aus nummer zwei. „nummer" ist eine Zeitschrift von Künstlern in Selbstverwaltung (c/o H. Breloh, Postfach 260108, 5000 Köln 1). – Guten Apetit ?